Bundesrat Drucksache **300/87**

14.08.87

Fz

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes
über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 1988
(Haushaltsgesetz 1988)

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
121 (431) – 501 03 – Ha 46/87 Bonn, den 14. August 1987

An den Herrn
Präsidenten des Bundesrates

Hiermit übersende ich gemäß Artikel 110 Abs. 3 des Grundgesetzes den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 1988 (Haushaltsgesetz 1988)

mit Begründung.

Die Entwürfe des Gesamtplans und der Einzelpläne *) sind beigefügt.

Federführend ist der Bundesminister der Finanzen.

Kohl

Fristablauf: 25. 09. 87

*) als Sonderdruck verteilt

Druck: Bundesdruckerei
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 08 21, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2,
Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0720-2946

ntwurf eines
esetzes
ber die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 1988
laushaltsgesetz 1988)

er Bundestag hat das folgende Gesetz beschlos-
:n:

§ 1

Der diesem Gesetz als Anlage beigefügte Bun-
:shaushaltsplan für das Haushaltsjahr 1988 wird
Einnahme und Ausgabe auf 275 040 000 000
eutsche Mark festgestellt.

§ 2

(1) Der Bundesminister der Finanzen wird er-
ächtigt, zur Deckung von Ausgaben für das
aushaltsjahr 1988 Kredite bis zur Höhe von
320 000 000 Deutsche Mark aufzunehmen.

(2) Dem Kreditrahmen nach Absatz 1 wachsen
e Beträge zur Tilgung von im Haushaltsjahr 1988
llig werdenden Krediten zu, deren Höhe sich aus
r Finanzierungsübersicht (Teil II des Gesamt-
ans) ergibt.

(3) Der Bundesminister der Finanzen wird er-
ächtigt, ab Oktober des Haushaltsjahres im Vor-
riff auf die Kreditermächtigung des nächsten
aushaltsjahres Kredite bis zur Höhe von 3 vom
ndert des in § 1 festgestellten Betrages aufzu-
hmen. Die danach aufgenommenen Kredite sind
f die Kreditermächtigung des nächsten Haus-
ltsjahres anzurechnen.

(4) Auf die Kreditermächtigung sind anzurechnen
bei Diskontpapieren der Nettobetrag
bei Bundesschatzanweisungen der Verkaufser-
s.

(5) Der Bundesminister der Finanzen wird er-
ächtigt, zum Ankauf von Schuldtiteln des Bundes
Wege der Marktpflege Kredite bis zu 10 vom
ndert des Betrages der umlaufenden Bundes-
leihen und Bundesobligationen aufzunehmen,
:ssen Höhe sich aus der jeweils letzten im Bun-
:sanzeiger veröffentlichten Übersicht über den
and der Schuld der Bundesrepublik Deutschland
gibt.

§ 3

Der Bundesminister der Finanzen wird ermäch-
t, Kassenverstärkungskredite bis zur Höhe von
vom Hundert des in § 1 festgestellten Betrages
ifzunehmen. Auf die Kreditermächtigung sind die Beträge anzurechnen, die auf Grund von Ermächtigungen früherer Haushaltsgesetze aufgenommen sind.

§ 4

(1) Innerhalb der einzelnen Kapitel können verwendet werden (einseitige Deckungsfähigkeit)

1. Einsparungen bei Titel 422 01 zur Verstärkung der bei Titel 422 02 veranschlagten Ausgaben;

2. Einsparungen bei Titel 423 01 zur Verstärkung der bei Titel 423 02 veranschlagten Ausgaben;

3. Einsparungen bei Titeln der Gruppen 422, 423, 425 und 426 zur Verstärkung von Ausgaben bei Titeln der Gruppen 443 und 453.

(2) Die Erläuterungen zu den Titeln der Gruppe 425 sind hinsichtlich der Zahl der für die einzelnen Vergütungsgruppen angegebenen Stellen verbindlich. Abweichungen bedürfen der vorherigen Zustimmung des Bundesministers der Finanzen.

(3) Innerhalb der einzelnen Kapitel fließen die Einnahmen den Ausgaben bei folgenden Titeln - einschließlich der entsprechenden Titel in Titelgruppen - zu:

1. Titel 427 01
- aus Zuschüssen für die berufliche Eingliederung Behinderter sowie für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen -

2. Titel 441 01, 443 01 und 446 01
- aus Schadensersatzleistungen Dritter -

3. Titel 511 01 und 518 01
- aus der Veräußerung von ausgesondertem Schriftgut und aus der Anfertigung von Fotokopien für Dritte -

4. Titel 513 01 (im Kapitel 14 14 Titel 513 02)
- aus der privaten Inanspruchnahme dienstlicher Fernmeldeanlagen -

5. Titel 514 01 (im Kapitel 06 25 Titel 514 04, im Kapitel 14 15 Titel 553 04, im Kapitel 14 17 Titel 522 01)
- aus Schadensersatzleistungen Dritter insoweit, als sie zur Instandsetzung bestimmt sind, sowie

aus der Abgabe von Kraftstoffen (Betriebsstoffen) an andere Bedarfsträger -

6. Titel 517 01
- aus Erstattungen Dritter -.

(4) Innerhalb eines Kapitels dienen Einnahmen auf Grund der Ausgleichsabgabeverordnung Schwerbehindertengesetz vom 8. August 1978 (BGBl. I S. 1228), geändert durch Artikel 12 des Gesetzes vom 13. April 1984 (BGBl. I S. 601), zur Verstärkung der Ausgaben der Hauptgruppen 5 bis 8.

(5) Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 der Bundeshaushaltsordnung wird zugelassen, daß von Bundesdienststellen im Bereich der Datenverarbeitung entwickelte Software unentgeltlich an Stellen der öffentlichen Verwaltung im Geltungsbereich dieses Gesetzes abgegeben wird, soweit Gegenseitigkeit besteht. Das gilt auch für von Bundesdienststellen erworbene Software.

(6) Die obersten Bundesbehörden können mit Zustimmung des Bundesministers der Finanzen die Deckungsfähigkeit der Ausgaben bei Titeln der Gruppen 511 bis 519, 527 und 539 innerhalb eines Kapitels anordnen, soweit die Mittel nicht übertragbar sind, der Mehrbedarf des Einzeltitels nicht mehr als 20 vom Hundert beträgt und die Maßnahme wirtschaftlich zweckmäßig erscheint. Soweit eine Deckung nach Satz 1 nicht möglich ist, kann der Bundesminister der Finanzen in besonders begründeten Ausnahmefällen zulassen, daß Mehrausgaben bei Titeln der Gruppen 514 und 517 sowie des Titels 522 01 im Kapitel 14 17 bis zur Höhe von 30 vom Hundert des Ansatzes durch Einsparungen anderer Ausgaben innerhalb der Hauptgruppe 5 desselben Einzelplans gedeckt werden. In besonders begründeten Ausnahmefällen kann der Bundesminister der Finanzen zulassen, daß Mehrausgaben bei den Titeln 526 01 und 526 04 gegen Einsparungen bei anderen Ausgaben der Obergruppen 51 - 54 desselben Einzelplans gedeckt werden.

(7) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, mit Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages innerhalb des Einzelplans 14 (Bundesminister der Verteidigung) die Deckungsfähigkeit der Ausgaben bei Titeln der Gruppen 551, 553 bis 559 der Kapitel 14 08 und 14 11 bis 14 20 sowie bei Titel 522 01 im Kapitel 14 17 anzuordnen, falls dies auf Grund später eingetretener Umstände wirtschaftlich zweckmäßig erscheint. Diese Regelung gilt auch für übertragbare Ausgaben.

(8) Mit Einwilligung des Bundesministers der Finanzen können Ausgaben für bauliche Sicherungsmaßnahmen im Rahmen der Zweckbestimmung des Titels 711 51 in Kapitel 60 02 im Bundeshaushaltsplan 1987 auch aus Titeln der Obergruppen 71 bis 73 des jeweiligen Einzelplans geleistet werden. Der Bundesminister der Finanzen kann im übrigen zulassen, daß Mehrausgaben für die in Satz 1 bezeichneten Maßnahmen durch Einsparungen bei den Titeln der Obergruppen 51 bis 54 und der Hauptgruppe 6 des jeweiligen Einzelplans gedeckt werden.

(9) Die in den Kapiteln 14 13 bis 14 20 bei Titeln der Gruppen 551 und 554 veranschlagten Verpflichtungsermächtigungen sind in Höhe von 20 vom Hundert gesperrt. Die Inanspruchnahme der gesperrten Verpflichtungsermächtigungen bedarf der Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages.

§ 5

§ 37 Abs. 1 Satz 3 bis 5 der Bundeshaushaltsordnung ist in folgender Fassung anzuwenden:
"Als unabweisbar ist ein Bedürfnis insbesondere nicht anzusehen, wenn nach Lage des Einzelfalles ein Nachtragshaushaltsgesetz rechtzeitig herbeigeführt oder die Ausgabe bis zum nächsten Haushaltsgesetz zurückgestellt werden kann. Eines Nachtragshaushaltsgesetzes bedarf es nicht, wenn die Mehrausgabe im Einzelfall einen Betrag von 10 000 000 Deutsche Mark nicht überschreitet oder wenn Rechtsverpflichtungen zu erfüllen sind."

§ 6

(1) Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen für Zuwendungen im Sinne des § 23 der Bundeshaushaltsordnung zur Deckung der gesamten Ausgaben oder eines nicht abgegrenzten Teils der Ausgaben einer Einrichtung außerhalb der Bundesverwaltung (institutionelle Förderung) sind gesperrt, wenn der Haushalts- oder Wirtschaftsplan des Zuwendungsempfängers nicht von dem zuständigen Bundesminister und dem Bundesminister der Finanzen gebilligt ist. Der Bundesminister der Finanzen hat vor der Aufhebung der Sperre die Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages einzuholen, wenn die Zuwendungen den Betrag von 1 000 000 Deutsche Mark im Haushaltsjahr überschreiten.

(2) Die in Absatz 1 genannten Zuwendungen zur institutionellen Förderung dürfen nur mit der Auflage bewilligt werden, daß der Zuwendungsempfänger seine Beschäftigten nicht besserstellt als vergleichbare Arbeitnehmer des Bundes; vorbehaltlich einer abweichenden tarifvertraglichen Regelung dürfen deshalb keine günstigeren Arbeitsbedingungen vereinbart werden als sie für Arbeitnehmer des Bundes jeweils vorgesehen sind. Entsprechendes gilt bei Zuwendungen zur Projektförderung, wenn die Gesamtausgaben des Zuwendungsempfängers überwiegend aus öffentlichen Mitteln finanziert werden. Der Bundesminister der Finanzen kann bei Vorliegen zwingender Gründe Ausnahmen zulassen.

(3) Die in den Erläuterungen zu den Titeln, aus denen Verwaltungskosten erstattet oder Zuwendungen im Sinne des § 23 der Bundeshaushaltsordnung zur institutionellen Förderung von Ein

:htungen außerhalb der Bundesverwaltung gelei-
et werden, für andere als Projektaufgaben aus-
ebrachten Stellen für Angestellte sind hinsichtlich
er Gesamtzahl und der Zahl der für die einzelnen
ergütungsgruppen angegebenen Stellen verbind-
h. Die Wertigkeit übertariflicher Stellen ist durch
ıgabe der entsprechenden Besoldungsgruppen
kennzeichnen. Der Bundesminister der Finanzen
nn Abweichungen in den Wertigkeiten der Stellen
s Tarifbereichs zulassen. Satz 1 gilt nicht für die
ax-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wis-
nschaften e.V. (MPG) in Göttingen, die Deutsche
rschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und
ıumfahrt e.V. (DFVLR) in Köln, das Kernfor-
hungszentrum Karlsruhe GmbH (KfK) und das
hn-Meitner-Institut für Kernforschung Berlin
ıbH (HMI).

§ 7

Der Bund kann den Ländern auf Grund von Ver-
ıltungsvereinbarungen Finanzhilfen im Sinne des
tikels 104 a Abs. 4 des Grundgesetzes nach
aßgabe der dafür im Bundeshaushaltsplan zur
rfügung gestellten Mittel gewähren.

§ 8

(1) Die Rückzahlung zuviel erhobener Einnah-
n ist stets beim Titel abzusetzen.

(2) Bei Unrichtigkeit einer Zahlung, bei Doppel-
ıhlungen oder Überzahlungen darf die Rückzah-
ıg von der Ausgabe abgesetzt werden, wenn die
cher noch nicht abgeschlossen sind. Die Rück-
ılung zuviel geleisteter Personalausgaben ist
ts bei dem entsprechenden Ausgabetitel abzu-
zen. Umsatzsteuerkürzungsbeträge nach § 2
s Berlinförderungsgesetzes in der Fassung der
kanntmachung vom 10. Dezember 1986 (BGBl. I
2415) sind stets beim jeweiligen Ausgabetitel
zusetzen.

(3) Titelverwechslungen dürfen nur berichtigt
rden, solange die Bücher noch nicht abge-
ılossen sind oder durch die Titelverwechslung
r Bundeshaushalt und der Haushalt einer ande-
ı Gebietskörperschaft oder der Haushalt der
opäischen Gemeinschaften betroffen sind.

§ 9

(1) Der Bundesminister der Finanzen wird er-
chtigt, Bürgschaften, Garantien oder sonstige
währleistungen zu übernehmen

a) im Zusammenhang mit förderungswürdigen
sfuhren zugunsten von Ausführern und zugun-
n von Kreditgebern für Kredite an ausländische
ıuldner.
ie Gewährleistungen werden nach Richtlinien
ernommen, die der Bundesminister für Wirt-
ıaft im Einvernehmen mit dem Bundesminister
r Finanzen, dem Bundesminister für wirtschaftli-
e Zusammenarbeit und dem Bundesminister des
swärtigen festlegt-,

b) im Zusammenhang mit Ausfuhren, an deren Durchführung ein besonderes staatliches Interesse der Bundesrepublik Deutschland besteht, zugunsten von Ausführern und zugunsten von Kreditgebern für Kredite an ausländische Schuldner,
c) zum Zwecke der Umschuldung nach Buchstabe a oder b gedeckter Forderungen deutscher Gläubiger.
- Dabei können die Selbstbeteiligungen nachträglich ermäßigt sowie in Ausnahmefällen Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen für bisher ungedeckte Forderungen übernommen werden, wenn andernfalls die Umschuldungsmaßnahmen nicht durchgeführt werden können -;

2. a) für Kredite an ausländische Schuldner im Zusammenhang mit der Gewährung von Krediten im Rahmen der bilateralen Zusammenarbeit,
b) für andere Kredite an ausländische Schuldner, wenn dies der Finanzierung förderungswürdiger Vorhaben dient oder im besonderen staatlichen Interesse der Bundesrepublik Deutschland liegt,
c) zum Zwecke der Umschuldung nach Buchstabe a oder b gedeckter Forderungen deutscher Gläubiger.
- Dabei können die Selbstbeteiligungen nachträglich ermäßigt sowie in Ausnahmefällen Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen für bisher ungedeckte Forderungen übernommen werden, wenn andernfalls die Umschuldungsmaßnahmen nicht durchgeführt werden können -;

3. zur Absicherung des politischen Risikos bei förderungswürdigen Kapitalanlagen im Ausland, wenn zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Land, in dem das Kapital angelegt wird, eine Vereinbarung über die Behandlung von Kapitalanlagen besteht oder, solange dies nicht der Fall ist, durch die Rechtsordnung des betreffenden Landes oder in sonstiger Weise ein ausreichender Schutz der Kapitalanlage gewährleistet erscheint. - Die Gewährleistungen werden nach Richtlinien übernommen, die der Bundesminister für Wirtschaft im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Finanzen, dem Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und dem Bundesminister des Auswärtigen festlegt -;

4. gegenüber der Europäischen Investitionsbank für Kredite dieser Bank an Schuldner außerhalb der Europäischen Gemeinschaft.

(2) Der Höchstbetrag der Gewährleistungen nach Absatz 1 Nr. 1 wird auf 195 000 000 000 Deutsche Mark, der Höchstbetrag der Gewährleistungen nach Absatz 1 Nr. 2 bis 4 auf insgesamt 15 000 000 000 Deutsche Mark festgesetzt.

§ 10

Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen für Bevorratungsmaßnahmen auf dem Ernährungsgebiet bis zur Höhe von 10 000 000 000 Deutsche Mark zu übernehmen.

§ 11

Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen bis zur Höhe von 41 700 000 000 Deutsche Mark zu übernehmen

1. zur Förderung der gewerblichen Wirtschaft und der freien Berufe, wenn eine anderweitige Finanzierung nicht möglich ist und ein allgemeines volkswirtschaftliches Interesse an der Durchführung der Maßnahmen besteht;

2. zur Förderung der Berliner Wirtschaft und des Warenverkehrs mit Berlin nach Richtlinien, die der Bundesminister für Wirtschaft im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Finanzen und den sonst beteiligten Fachministern festlegt;

3. zur Förderung des Verkehrswesens;

4. a) zur Förderung des Wohnungsbaues, insbesondere des öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaues,
b) zur Förderung des Baues gewerblicher Räume, wenn der Bau der gewerblichen Räume im Zusammenhang mit dem Bau von Wohnungen steht,
c) zur Förderung der Modernisierung und Instandsetzung von Wohnungen,
d) zur Förderung des Erwerbs vorhandener Wohnungen durch kinderreiche Familien und Schwerbehinderte;

5. für Verbindlichkeiten, die der Deutschen Siedlungs- und Landesrentenbank aus der Ausgabe von Schuldverschreibungen erwachsen - § 3 des Gesetzes über die Zusammenlegung der Deutschen Landesrentenbank und der Deutschen Siedlungsbank vom 27. August 1965 (BGBl. I S. 1001), das durch Artikel 1 Nr. 3 des Gesetzes vom 22. August 1980 (BGBl. I S. 1558) geändert worden ist;

6. für Maßnahmen gemäß § 5 des Landwirtschaftsgesetzes in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 780-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, das durch Artikel 75 des Gesetzes vom 14. Dezember 1976 (BGBl. I S. 3341) geändert worden ist;

7. zur Förderung der Fischwirtschaft;

8. im Zusammenhang mit der Freigabe beschlagnahmter deutscher Auslandsvermögen;

9. für Verbindlichkeiten des Ausgleichsfonds aus der Eintragung der Schuldbuchforderungen oder der Aushändigung von Schuldverschreibungen nach § 252 Abs. 3 des Lastenausgleichsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Oktober 1969 (BGBl. I S. 1909), das zuletzt durch Gesetz vom 26. Januar 1987 (BGBl. I S. 474) geändert worden ist;

10. im Zusammenhang mit der Abdeckung von Haftpflichtrisiken, die sich insbesondere aus Tätigkeiten ergeben, die in den Anwendungsbereich des Atomgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Juli 1985 (BGBl. I S. 1565), geändert durch Artikel 9 des Gesetzes vom 18. Februar 1986 (BGBl I S. 265), oder der auf Grund dieses Gesetzes ergangenen Rechtverordnungen fallen, soweit dadurch eine Finanzierung aus Haushaltsmitteln vermieden wird;

11. für Kredite, die das vom Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Finanzen beauftragte Kreditinstitut im Zusammenhang mit der Gewährung von Kapitalisierungsbeträgen an Versorgungsberechtigte nach dem Rentenkapitalisierungsgesetz-KOV vom 27. April 1970 (BGBl. I S 413), geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 4. Juni 1985 (BGBl. I S. 910), aufnimmt;

12. für Kredite, die die vom Bundesminister der Finanzen im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung beauftragten Einrichtungen zur anteiligen Finanzierung der Investitionskosten von Krankenhäusern nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.Dezember 1985 (BGBl. 1986 I S. 33) aufnehmen;

13. zur Förderung der Anpassung und der Gesundung des deutschen Steinkohlenbergbaues und der deutschen Steinkohlenbergbaugebiete;

14. zugunsten von Personen, die vom Bund an deutsche Auslandsvertretungen entsandt oder im Rahmen seiner Auslandskulturarbeit ins Ausland entsandt oder vermittelt werden, sowie zugunsten von Personen, die von der Gesellschaft für Außenhandelsinformationen (GfAI) zur Beschaffung von außenwirtschaftlichem Informationsmaterial ins Ausland entsandt werden, für ihre Verpflichtungen gegenüber den Zollbehörden des Aufnahmestaates im Zusammenhang mit der Ein- und Ausfuhr von Umzugsgut sowie für ihre sonstigen Verpflichtungen gegenüber Behörden und Personen des Aufnahmestaates, soweit dies gesetzlich vorgeschrieben oder nach den örtlichen Umständen unvermeidbar ist und im dienstlichen Interesse des Bundes liegt;

15. im Falle eines unvorhergesehenen, unabweisbaren Bedürfnisses, insbesondere für Notmaßnahmen.

§ 12

Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, im Zusammenhang mit der Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an der Europäische Investitionsbank, der Weltbank, der Asiatische Entwicklungsbank, der Interamerikanischen Entwicklungsbank, der Afrikanischen Entwicklungsbank, der Karibischen Entwicklungsbank, der Wiedereingliederungsfonds des Europarates, der Gemeinsamen Fonds für Rohstoffe sowie an der Multilateralen Investitions-Garantie-Agentur Gewährleistungen in der Form von abrufbarem Kapital

Haftungskapital) oder Garantien bis zur Höhe von 7 500 000 000 Deutsche Mark zu übernehmen.

§ 13

Gewährleistungen nach den §§ 9 bis 12 können uch in ausländischer Währung übernommen wer-en; sie sind zu dem Mittelkurs, der vor Ausferti-ung der Urkunden zuletzt amtlich festgestellt orden ist, auf den Höchstbetrag anzurechnen.

§ 14

(1) Auf die Höchstbeträge der §§ 9 bis 12 werden eweils die Gewährleistungen auf Grund der ent-prechenden Ermächtigungen angerechnet, die in en §§ 9 bis 12 des Haushaltsgesetzes 1987 ent-alten sind. In den Fällen der §§ 9 bis 12 erfolgt die nrechnung nur, soweit der Bund noch in Anspruch enommen werden kann oder soweit er in An-pruch genommen worden ist und für die erbrach-en Leistungen keinen Ersatz erlangt hat.

(2) Eine Bürgschaft, Garantie oder sonstige ewährleistung ist auf den Höchstbetrag der ent-prechenden Ermächtigung in der Höhe anzurech-en, in der der Bund daraus in Anspruch genom-nen werden kann. Zinsen und Kosten sind auf den weiligen Ermächtigungsrahmen nur anzurech-en, soweit dies gesetzlich bestimmt ist oder bei er Übernahme ein gemeinsamer Haftungsbetrag ür Hauptverpflichtung, Zinsen und Kosten festge-egt wird.

(3) Soweit in den Fällen der §§ 9 bis 12 der Bund hne Inanspruchnahme von seiner Haftung frei wird der Ersatz für erbrachte Leistungen erlangt hat, t eine übernommene Gewährleistung auf den öchstbetrag nicht mehr anzurechnen.

(4) Die Ermächtigungsrahmen der §§ 9 bis 12 önnen mit Einwilligung des Haushaltsausschusses s Deutschen Bundestages auch für Zwecke der weils anderen Vorschriften verwendet werden.

§ 15

Die Bundesregierung wird ermächtigt, die Be-iligung der Bundesrepublik Deutschland am apital der Internationalen Bank für Wiederaufbau nd Entwicklung "Weltbank", der Asiatischen, Afri-anischen, Interamerikanischen und Karibischen ntwicklungsbank, des Gemeinsamen Fonds für ohstoffe und der Multilateralen Investitions-Ga-ntie-Agentur sowie die Beteiligung an der Auf-llung der Mittel für die Internationale Entwick-ngsorganisation (IDA), des Internationalen Fonds r landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD) sowie eines Sonderprogramms für Subsahara-Afrika und es Sonderfonds der Asiatischen, Afrikanischen nd Interamerikanischen Entwicklungsbank durch ingabe von unverzinslichen Schuldscheinen zu bringen.

§ 16

Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, mit Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages bei Aktiengesellschaften, an denen der Bund beteiligt ist, einem genehmigten Kapital im Sinne des § 202 des Aktiengesetzes vom 6. September 1965 (BGBl. I S. 1089), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 19. Dezember 1985 (BGBl. I S. 2355), zuzustimmen und sich zur Leistung des auf den Bundesanteil entfallenden Erhöhungsbetrages zu verpflichten.

§ 17

(1) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, mit Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages Planstellen für Beamte und Stellen zusätzlich auszubringen, wenn hierfür ein unabweisbares, auf andere Weise nicht zu befriedigendes Bedürfnis besteht.

(2) Die für den Einzelplan zuständige Stelle übersendet ihre Anträge auf Ausbringung der zusätzlichen Planstellen und Stellen auch dem Bundesrechnungshof. Er kann dazu Stellung nehmen.

(3) Die nach Absatz 1 neu ausgebrachten Planstellen und Stellen sind in entsprechender Zahl und Wertigkeit im Gesamthaushalt einzusparen.

(4) Bei der Ermittlung des Anteils der Planstellen der Besoldungsgruppe B 3 auf Grund der Fußnoten 12, 18, 19 und 21 zur Besoldungsgruppe B 3 des Bundesbesoldungsgesetzes sind die Planstellen der Besoldungsgruppe A 16, die mit dem Vermerk "künftig wegfallend" oder "künftig umzuwandeln" versehen sind, nicht zu berücksichtigen; dies gilt nicht, wenn der Vermerk "künftig wegfallend" den Zeitpunkt des Wegfalls näher bestimmt oder den Zusatz trägt "mit Wegfall der Aufgabe". Satz 1 gilt entsprechend bei Anwendung anderer gesetzlicher Obergrenzen für den Anteil der Planstellen für Beförderungsämter.

§ 18

(1) Wird ein planmäßiger Beamter im dienstlichen Interesse des Bundes mit Zustimmung seiner obersten Dienstbehörde im Dienst einer öffentlichen zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Einrichtung oder für eine Tätigkeit bei einer Fraktion des Deutschen Bundestages unter Wegfall der Dienstbezüge länger als ein Jahr verwendet und besteht ein unabweisbares Bedürfnis, die Planstelle des Beamten neu zu besetzen, so kann der Bundesminister der Finanzen für diesen Beamten eine Leerstelle der bisherigen Besoldungsgruppe des Beamten ausbringen. Das gleiche gilt für eine Verwendung beim Bundeskanzleramt und der Ständigen Vertretung sowie bei sonstigen juristischen Personen des öffentlichen Rechts.

(2) Kehren mehrere Beamte gleichzeitig in den Bundesdienst zurück, kann der Bundesminister der Finanzen mit Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages in besonderen Fällen zulassen, daß nur jede zweite freiwerdende Planstelle für die zurückkehrenden Beamten in Anspruch zu nehmen ist.

(3) Der Bundesminister der Finanzen kann ferner im Einzelplan der zuständigen Dienstbehörde Planstellen für Beamte ausbringen, deren Verwendung demnächst im Dienst einer öffentlichen zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Einrichtung beabsichtigt ist, wenn die Maßnahme keinen Aufschub duldet. Für den Fall, daß Ersatz für Beamte gewonnen werden soll, die in Zukunft bei einer bestehenden oder erwarteten Einrichtung dieser Art verwendet werden sollen oder die durch Teilnahme an zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Konferenzen länger als ein Jahr an der Erfüllung ihrer dienstlichen Aufgaben verhindert sind, können auf die gleiche Weise Planstellen ausgebracht werden.

(4) Absatz 1 findet entsprechend Anwendung, wenn ein Beamter nach § 79 a Abs. 1 Nr. 2 oder § 89 a Abs. 2 Nr. 2 des Bundesbeamtengesetzes langfristig beurlaubt wird.

(5) Die Absätze 1, 2 und 3 gelten entsprechend, wenn ein planmäßiger Beamter im dienstlichen Interesse des Bundes mit Zustimmung seiner obersten Dienstbehörde zur Verwendung in einem Entwicklungsland oder bei einer Auslandshandelskammer oder als Auslandskorrespondent der Gesellschaft für Außenhandelsinformationen m.b.H. ohne Dienstbezüge länger als ein Jahr beurlaubt wird.

(6) Die Absätze 1 bis 5 gelten sinngemäß für Richter, Soldaten und Angestellte.

(7) Über den weiteren Verbleib der nach den Absätzen 1 bis 6 ausgebrachten Planstellen ist in dem nächsten Haushaltsplan zu entscheiden.

§ 19

(1) Für einen planmäßigen Beamten, der nach § 72 a des Bundesbeamtengesetzes ohne Dienstbezüge beurlaubt wird, gilt vom Beginn der Beurlaubung an eine Leerstelle der entsprechenden Besoldungsgruppe als ausgebracht.

(2) Absatz 1 gilt entsprechend bei Beurlaubungen nach § 48 b des Deutschen Richtergesetzes und nach § 28 a des Soldatengesetzes.

§ 20

Wird ein planmäßiger Bundesrichter an einem obersten Gerichtshof des Bundes zum Richter des Bundesverfassungsgerichts gewählt, kann der Bundesminister der Finanzen für diesen Richter im Einzelplan des abgebenden obersten Gerichtshofes des Bundes eine Leerstelle der bisherigen Besoldungsgruppe des Bundesrichters ausbringen.

§ 21

Abweichend von § 50 Abs. 3 der Bundeshaushaltsordnung können

1. mit Einwilligung des Bundesministers der Finanzen für Beamte und Angestellte, die zu einer Vertretung der Bundesrepublik Deutschland im Ausland abgeordnet sind,

2. für Beamte des höheren Dienstes, die nach § 8 Abs. 2 der Bundeslaufbahnverordnung vom 15. November 1978 (BGBl. I S. 1763), die zuletzt durch die Verordnung vom 8. Juli 1981 (BGBl. I S. 646) geändert worden ist, zur Ableistung der Probezeit außerhalb einer obersten Dienstbehörde abgeordnet sind,

von der abordnenden Verwaltung die Personalausgaben für die Dauer der Abordnung weitergezahlt werden.

§ 22

Die Vorschriften des Haushaltsgrundsätzegesetzes, der Bundeshaushaltsordnung sowie die zu ihrer Änderung, Ergänzung und Durchführung erlassenen Bestimmungen sind auf die Anlagen E zu den Kapiteln 10 04, 23 02 und 60 06 des Bundeshaushaltsplans entsprechend anzuwenden. Der Bundesminister der Finanzen kann Änderungen der Anlagen E, die auf Grund der endgültigen Feststellungen von Haushalts-, Nachtrags- oder Berichtigungshaushaltsplänen der Europäischen Gemeinschaften erforderlich werden, vornehmen und bekanntgeben. Der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages ist unverzüglich zu unterrichten.

§ 23

Der Bund gewährt der Bundesanstalt für Arbeit bei kurzfristigen Liquiditätsschwierigkeiten zur Aufrechterhaltung einer ordnungsgemäßen Kassenwirtschaft zinslose Betriebsmitteldarlehen bis zur Höhe von 2 000 000 000 Deutsche Mark. Die Darlehen sind zurückzuzahlen, sobald und soweit die Einnahmen eines Monats die Ausgaben übersteigen und dieser Überschuß voraussichtlich im nächsten Monat des laufenden Haushaltsjahres nicht zur Deckung der Ausgaben benötigt wird, spätestens jedoch zum Schluß des Haushaltsjahres. § 187 Abs. 2 des Arbeitsförderungsgesetzes vom 25. Juni 1969 (BGBl. I S. 582), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 27. Juni 1987 (BGBl. I S. 1542) geändert worden ist, findet insoweit keine Anwendung. Der Ermächtigungsrahmen darf wiederholt in Anspruch genommen werden.

§ 24

Das nach Artikel 1 des Straßenbaufinanzierungsgesetzes in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 912-3, veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch Artikel 23 des Gesetzes vom 22. Dezember 1981 (BGBl. I S. 1523) geändert worden ist, und nach Artikel 3 des Ver-

kehrsfinanzgesetzes 1971 vom 28. Februar 1972 (BGBl. I S. 201), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 26. Juni 1981 (BGBl. I S. 537) geändert worden ist, für Zwecke des Straßenwesens gebundene Aufkommen an Mineralölsteuer ist auch für sonstige verkehrspolitische Zwecke im Bereich des Bundesministers für Verkehr zu verwenden.

§ 25

§ 19 Abs. 2 Satz 2 des Zweiten Wohnungsbaugesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. Juli 1985 (BGBl. I S. 1284,1661), das durch Artikel Nr. 5 des Gesetzes vom 8. Dezember 1986 (BGBl. S. 2191) geändert worden ist, findet keine Anwendung.

§ 26

Die Deutsche Bundespost wird verpflichtet, die im Haushaltsjahr 1988 fälligen Zinsen für die Ausgleichsforderung zu übernehmen, die der Postsparkasse auf Grund des § 10 der Bankenverordnung (Beilage Nr. 5/48 zum Gesetz- und Verordnungsblatt des Wirtschaftsrates des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, S. 24) gegenüber dem Bund zusteht.

§ 27

§ 2 Abs. 5, die §§ 4, 5, 6 Abs. 1 Satz 1, Abs. 2 und Abs. 3 sowie die §§ 7 bis 24, gelten bis zum Tage der Verkündung des Haushaltsgesetzes des folgenden Haushaltsjahres weiter.

§ 28

In § 324 Abs. 5 des Lastenausgleichsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Oktober 1969 (BGBl. I S. 1909), das zuletzt durch Gesetz vom 26. Januar 1987 (BGBl. I S. 474) geändert worden ist, wird die Zahl "1987" durch die Zahl "1988" ersetzt.

§ 29

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes auch im Land Berlin.

§ 30

Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 1988 in Kraft.

Begründung

Zu § 1

Die Vorschrift enthält die Zahlen des Gesamtabschlusses.

Zu § 2

Abs. 1:

Die Vorschrift enthält die erforderliche Ermächtigung zur Aufnahme von Krediten zur Deckung von Ausgaben.

Abs. 2:

Die Vorschrift bestimmt, daß der Kreditrahmen um Beträge zur Tilgung von im Haushaltsjahr 1987 fällig werdenden Krediten erhöht wird.

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Abs. 3:

Zum Ende eines jeden Jahres sind kassenmäßig beträchtliche Zahlungen zu leisten, die jedoch haushaltsmäßig als Ausgaben des neuen Haushaltsjahres zu behandeln sind. Aus kreditpolitischen Erwägungen und aus Gründen der Wirtschaftlichkeit eröffnet die Ermächtigung die Möglichkeit, günstige Situationen am Kreditmarkt flexibel zu nutzen.

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Abs. 4:

Die im Ausschreibungsverfahren zugeteilten Bundesschatzanweisungen werden um eine bestimmte Quote aufgestockt, die in Teilbeträgen veräußert wird. Am Ende des Haushaltsjahres können Eigenbestände gehalten werden, für die keine Krediteinnahmen zugeflossen sind. Auf die Kreditermächtigung wird daher nur der erzielte Verkaufserlös angerechnet.

Abs. 5:

Von der in Anspruch genommenen Ermächtigung werden die Einnahmen aus dem Verkauf von Schuldtiteln des Bundes zu Zwecken der Marktpflege abgeschrieben.

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Zu § 3

Durch die Ermächtigung wird die Liquidität des Bundes sichergestellt.

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Zu § 4

Abs. 1 Nr. 1 bis 3:

Die Vorschrift erweitert die in § 20 Bundeshaushaltsordnung enthaltenen Deckungsmöglichkeiten.

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Abs. 2:

Titel der Gruppe 425 umfassen die Vergütungen für Angestellte.

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Abs. 3:

Die Vorschrift läßt zu, daß die Einnahmen bei den genannten Titeln den Ausgaben zufließen; Haushaltsvermerke bei den einzelnen Titeln sind dadurch entbehrlich.

Die Regelung ist gegenüber dem Vorjahr um die Einnahmen aus Schadenersatzleistungen Dritter bei Fürsorgemaßnahmen sowie aus ausgesondertem Schriftgut erweitert worden.

Abs 4:

Die Vorschrift ermöglicht, daß Einnahmen im Zusammenhang mit der Einstellung von Schwerbehinderten zweckgebunden verwendet werden.

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Abs. 5:

Die Vorschrift erleichtert den Austausch von Software in der öffentlichen Verwaltung und sichert die Gegenseitigkeit. Unwirtschaftliche Doppelentwicklungen sollen vermieden werden.

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Abs. 6:

Die Vorschrift regelt die begrenzte Deckungsfähigkeit von Ausgaben bei bestimmten Titeln der Hauptgruppe 5 - sächliche Verwaltungsausgaben innerhalb eines Kapitels.

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Abs. 7:

Die Bestimmung enthält eine Ermächtigung für den Bundesminister der Finanzen mit Zustimmung des Haushaltsausschusses die gegenseitige Deckungsfähigkeit von Ausgaben im Epl. 14 anzuordnen.

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Abs. 8:

Die Vorschrift ermöglicht, neben den im jeweiligen Einzelplan veranschlagten Beträgen weitere Mittel zur Deckung von Ausgaben für bauliche Sicherungsmaßnahmen an Dienstgebäuden in Anspruch zu nehmen. Im Hinblick auf den Planungsstand soll die Regelung im Haushaltsgesetz 1987 für 1988 beibehalten werden. Die Ausgaben sind für 1988 einzelveranschlagt worden.

.bs. 9:

ie Verpflichtungsermächtigungen in den Bereichen .eschaffung von Wehrmaterial und Forschung und ntwicklung sind qualifiziert gesperrt.

ie Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverän- ert.

Zu § 5

is zur Verabschiedung einer Neuregelung des § 37 undeshaushaltsordnung ist es notwendig, dem rteil des Bundesverfassungsgerichts vom 25. Mai 977 durch eine Übergangsregelung im Haushalts- esetz Rechnung zu tragen.

ie Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverän- ert.

Zu § 6

bs. 1:

ie Ermächtigung, an institutionelle Zuwendungs- mpfänger Ausgaben zu leisten, ist von der Billigung r Wirtschaftsplanentwürfe durch die genannten ndesministerien abhängig. Durch die in Satz 2 ngeordnete qualifizierte Sperre wird dem Anliegen es Haushaltsausschusses Rechnung getragen, die irtschaftsplanentwürfe in die Beratungen einzube- ehen.

e Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverän- rt.

.bs. 2:

as Besserstellungsverbot, das bisher in Verwal- ngsvorschriften zu §§ 44, 44 a BHO enthalten war, hält Gesetzesrang.

bs. 3:

e zu den Zuschußtiteln des Bundeshaushalts (in- itutionelle Förderung) aufgenommenen Stellen- ersichten sind Teil der Erläuterungen und damit undsätzlich nicht verbindlich. Sie oder Teile von nen können nach § 17 Abs. 1 Satz 2 Bundeshaus- ltsordnung für verbindlich erklärt werden.

a im Zeitpunkt des Aufstellungsverfahren des aushalts nicht im einzelnen abzusehen ist, welche ojektaufträge der jeweilige institutionell geförderte wendungsempfänger im betreffenden Haushalts- hr durchzuführen hat, wurden die Stellenübersich- n für die Durchführung derartiger Projektaufgaben die Stellenbindung nicht einbezogen.

ie Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverän- rt.

Zu § 7

ie Vorschrift schafft die Rechtsgrundlage für die ewährung von Finanzhilfen an die Länder auf und von Verwaltungsvereinbarungen im Sinne von t. 104 a Abs. 4 GG.

e Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverän- rt.

Zu § 8

In Abs. 2 ist die Möglichkeit, Rückflüsse bei den Ausgaben "rot" abzusetzen, auf das Haushaltsjahr zeitlich begrenzt worden.

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr sonst unverändert.

Zu § 9

Die §§ 9 bis 14 enthalten die Vorschriften über Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleistungen. Der Ermächtigungsrahmen für Ausfuhrbürgschaften und -garantien ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Zu § 10

Die Vorschrift ermächtigt den Bundesminister der Finanzen, Gewährleistungen für Bevorratungsmaßnahmen auf dem Ernährungsgebiet zu übernehmen. Der Ermächtigungsrahmen ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Zu § 11

Der Ermächtigungsbetrag wurde gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 1 300 000 000 Deutsche Mark verringert.

Innerhalb des Ansatzes sind folgende Rahmen vorgesehen:

Für die gewerbliche Wirtschaft (Nr. 1) bis zu	17 500 000 000 DM
für die Berliner Wirtschaft und den Warenverkehr mit Berlin (Nr.2) bis zu	200 000 000 DM
für das Verkehrswesen (Nr. 3) bis zu	2 700 000 000 DM
für den Wohnungsbau (Nr. 4) bis zu	5 532 000 000 DM
für Verbindlichkeiten der Deutschen Siedlungs- und Landesrentenbank (Nr. 5) bis zu	3 900 000 000 DM
für die Landwirtschaft (Nr. 6) bis zu	20 000 000 DM
für die Fischwirtschaft (Nr. 7) bis zu	30 000 000 DM
für die Freigabe beschlagnahmten deutschen Auslandsvermögens (Nr. 8) bis zu	1 000 000 DM
für Verbindlichkeiten des Ausgleichsfonds (Nr. 9) bis zu	1 000 000 DM
für die Abdeckung von Haftpflichtrisiken im Zusammenhang mit Kernbrennstoffen (Nr. 10) bis zu	4 000 000 000 DM
für die Grundrentenabfindung bei der Kriegsopferversorgung (Nr. 11) bis zu	430 000 000 DM
für die Aufnahme von Krediten zur zur anteiligen Finanzierung der Investitionskosten von Krankenhäusern (Nr. 12) bis zu	4 000 000 DM

für die Gesundung des Steinkohlenbergbaus und der Steinkohlenbergbaugebiete (Nr. 13) bis zu	6 000 000 000 DM
für die Verpflichtungen deutscher Personen, die im Rahmen der Auslandskulturarbeit oder zur Beschaffung von außenwirtschaftlichem Informationsmaterial ins Ausland entsandt werden, gegenüber den Zollbehörden des Aufnahmestaates im Zusammenhang mit der Einfuhr von Umzugsgut (Nr. 14) bis zu	6 000 000 DM
für Unvorhergesehenes (Nr. 15) bis zu	1 376 000 000 DM
insgesamt 1)	41 700 000 000 DM

1) Die Rahmen der Nrn. 5, 11, 12, 14 und 15 haben sich gegenüber dem Vorjahr ermäßigt.

Zu § 12

Die Vorschrift ermöglicht die Übernahme von Haftungskapital bei sieben internationalen Finanzierungsinstituten sowie dem Gemeinsamen Fonds für Rohstoffe und an der Multilateralen Investitions-Garantie-Agentur der Weltbank. Es ist vorgesehen, daß sich die Bundesrepublik Deutschland am Kapital der Karibischen Entwicklungsbank beteiligt.

Zu § 13

Die Übernahme von Gewährleistungen wird auch in ausländischer Währung zugelassen.

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Zu § 14

Es wird im einzelnen bestimmt, wie Gewährleistungen, die auf Grund von Ermächtigungen in Haushaltsgesetzen der vorangegangenen Jahre übernommen worden sind, sowie Beträge, die durch Enthaftungen freigeworden sind, auf den Gewährleistungsrahmen anzurechnen sind.

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Zu § 15

Die Hingabe von Schuldscheinen anstelle von Barleistungen ist in den Abkommen über die Gründung und in den Resolutionen über die Aufstockung des Kapitals der in § 15 genannten Banken und Fonds vorgesehen.

Die Abrufe erstrecken sich über einen Zeitraum von etwa zehn Jahren. Sie richten sich nach dem Finanzierungsbedarf der Institutionen.

Durch die Begebung von Schuldscheinen wird eine nicht erforderliche Liquiditätshaltung bei den Institutionen zu Lasten des Bundeshaushalts vermieden.

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Zu § 16

Die Vorschrift ermöglicht es, kurzfristig notwendig Zustimmungen zu Kapitalerhöhungen bei Unternehmen mit Bundesbeteiligung zu erteilen, um da Beteiligungsverhältnis des Bundes beibehalten z können. Zahlungen erfolgen über einen Ausgabet tel.

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverän dert.

Zu § 17

Abs. 1 und 2:

Die Vorschrift ermöglicht es dem Bundesministe der Finanzen, mit Einwilligung des Haushaltsaus schusses des Deutschen Bundestages Planstelle für Beamte und Stellen zusätzlich auszubringer wenn hierfür ein unabweisbares Bedürfnis vorlieg z.B. zur Durchführung eines neuen gesetzliche Auftrags.

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverär dert.

Abs. 3:

Die Bestimmung enthält eine Einsparungsauflag nach Zahl und Wertigkeit für die nach Absatz 1 zu sätzlich bewilligten Planstellen und Stellen.

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverär dert.

Abs. 4:

Die Vorschrift regelt Einzelheiten bei der Ermittlun des Anteils der Planstellen der Besoldungsgrupp B 3.

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverär dert.

Zu § 18

Die Vorschrift regelt im wesentlichen das Verfahre beim Ausbringen von Leerstellen und die Einrichtun von Planstellen für Ersatzkräfte für ohne Dienstbe züge beurlaubte Beamte.

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverär dert.

Zu § 19

Die Bestimmung ermöglicht es, freiwerdende Plar stellen unmittelbar nach Ausscheiden des Planste leninhabers neu zu besetzen.

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverär dert.

Zu § 20

Die Bestimmung regelt das Ausbringen einer Lee stelle beim Sondertatbestand der Wahl eines Bur desrichters zum Richter an das Bundesverfas sungsgericht.

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverär dert.

Zu § 21

Die Abweichung von § 50 Abs. 3 Bundeshaushaltsordnung ermöglicht es, die Bediensteten langfristig an die Vertretungen abzuordnen. Die Tätigkeit der Bediensteten bei den Vertretungen der Bundesrepublik Deutschland erfolgt im Interesse der abordnenden Verwaltung.

Außerdem wird ermöglicht, daß die abordnende Stelle die Personalausgaben für Bedienstete des höheren Dienstes, die gemäß § 8 Abs. 2 der Bundeslaufbahnverordnung zur Ableistung der neunmonatigen Probezeit außerhalb einer obersten Dienstbehörde abgeordnet werden, auch über den Zeitpunkt der Verabschiedung des nächsten Haushaltsgesetzes hinaus weiterzahlen kann.

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Zu § 22

Es wird bestimmt, daß für die Anlagen E zu den Kapiteln 10 04, 23 02 und 60 06 die Vorschriften des Haushaltsgrundsätzegesetzes, der Bundeshaushaltsordnung sowie die zu ihrer Änderung, Ergänzung und Durchführung erlassenen Bestimmungen entsprechend anwendbar sind.

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Zu § 23

Die Regelung eröffnet dem Bund die Möglichkeit, der Bundesanstalt für Arbeit zur Behebung kurzfristiger Liquiditätsschwierigkeiten und damit zur Aufrechterhaltung einer ordnungsgemäßen Kassenwirtschaft Betriebsmitteldarlehen zu gewähren.

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Zu § 24

Mit dieser Vorschrift wird die Zweckbindung eines Teils des Mineralölsteueraufkommens auch auf sonstige verkehrspolitische Zwecke im Bereich des Bundesministers für Verkehr ausgedehnt.

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Zu § 25

Die Vorschrift entbindet den Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau von der Verpflichtung gemäß § 19 Abs. 2 des Zweiten Wohnungsbaugesetzes, die Verteilung der für den sozialen Wohnungsbau vorgesehenen Mittel bis zum 1. Dezember des dem Haushaltsjahr vorangegangenen Jahres vorzunehmen.

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Zu § 26

Die Vorschrift enthält die Verpflichtung der Deutschen Bundespost, die im Haushaltsjahr 1988 fälligen Zinsen für die Ausgleichsforderung zu übernehmen, die der Postsparkasse gegenüber dem Bund zusteht.

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Zu § 27

Die Vorschrift zählt die Bestimmungen auf, die bis zum Tage der Verkündung des Haushaltsgesetzes für das folgende Haushaltsjahr weitergelten.

Zu § 28

Der Ausgleichsfonds benötigt auch nach dem Auslaufen der Ermächtigung zur Aufnahme von Kassenverstärkungskrediten in § 324 Abs. 4 LAG eine derartige Ermächtigung.

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Zu §§ 29 und 30

Die Vorschriften enthalten die Berlin-Klausel und den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Haushaltsgesetzes.

Gesamtplan
des Bundeshaushaltsplans
1988

Teil I: Haushaltsübersicht

mit Anlage Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen

Teil II: Finanzierungsübersicht

Teil III: Kreditfinanzierungsplan

Gesamtplan — **Einnahmen** — **Teil I: Haushaltsübersicht**

Epl.	Bezeichnung	Steuern und steuerähnliche Abgaben 1988 1000 DM
1	2	3
01	Bundespräsident und Bundespräsidialamt	—
02	Deutscher Bundestag	—
03	Bundesrat	—
04	Bundeskanzler und Bundeskanzleramt	—
05	Auswärtiges Amt	—
06	Bundesminister des Innern	—
07	Bundesminister der Justiz	—
08	Bundesminister der Finanzen	—
09	Bundesminister für Wirtschaft	—
10	Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	3 300
11	Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung	—
12	Bundesminister für Verkehr	—
13	Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen	—
14	Bundesminister der Verteidigung	—
15	Bundesminister für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit	—
16	Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	—
19	Bundesverfassungsgericht	—
20	Bundesrechnungshof	—
23	Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit	—
25	Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	—
27	Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen	—
30	Bundesminister für Forschung und Technologie	—
31	Bundesminister für Bildung und Wissenschaft	—
32	Bundesschuld	—
33	Versorgung	—
35	Verteidigungslasten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt ausländischer Streitkräfte	—
36	Zivile Verteidigung	—
60	Allgemeine Finanzverwaltung[1]	222 988 000
	Summe Haushalt 1988[2]	222 991 300
	Summe Haushalt 1987	220 893 300
	gegenüber 1987 — mehr(+)/weniger(−) —	+ 2 098 000

[1]) Zu Spalte 3: Darin Steuereinnahmen in Höhe von 222,4 Mrd DM.

[2]) Zu Spalten 4 und 5: Verwaltungseinnahmen sowie übrige Einnahmen (ohne Einnahmen aus Krediten = 29 320 Millionen DM) 22 729 Millionen DM.

Verwaltungseinnahmen 1988 1000 DM	Übrige Einnahmen 1988 1000 DM	Summe Einnahmen 1988 1000 DM	1987 1000 DM	gegenüber 1987 mehr (+) weniger (−) 1000 DM	Epl.
4	5	6	7	8	9
117	—	**117**	44	+ 73	01
2 944	1	**2 945**	1 789	+ 1 156	02
17	—	**17**	12	+ 5	03
2 329	—	**2 329**	2 208	+ 121	04
48 660	2 050	**50 710**	51 181	− 471	05
19 932	8 798	**28 730**	34 472	− 5 742	06
248 319	183	**248 502**	234 246	+ 14 256	07
714 739	210 781	**925 520**	982 411	− 56 891	08
273 609	121 922	**395 531**	365 715	+ 29 816	09
62 047	201 004	**266 351**	259 862	+ 6 489	10
7 770	406 102	**413 872**	384 282	+ 29 590	11
782 174	142 060	**924 234**	903 609	+ 20 625	12
5 069 750	—	**5 069 750**	4 903 200	+ 166 550	13
553 150	172 405	**725 555**	704 574	+ 20 981	14
42 090	33 032	**75 122**	83 250	− 8 128	15
1 008	500	**1 508**	1 580	− 72	16
342	—	**342**	305	+ 37	19
19	—	**19**	21	− 2	20
33 042	1 375 220	**1 408 262**	1 389 562	+ 18 700	23
22 012	502 496	**524 508**	929 504	− 404 996	25
1 549	—	**1 549**	1 581	− 32	27
45 543	33 600	**79 143**	89 174	− 10 031	30
2 045	266 139	**268 184**	223 575	+ 44 609	31
1 600 004	29 531 600	**31 131 604**	24 186 606	+ 6 944 998	32
2 180	85 820	**88 000**	95 000	− 7 000	33
50 795	158 400	**209 195**	204 760	+ 4 435	35
5 022	9 518	**14 540**	14 292	+ 248	36
7 808 155	1 387 706	**232 183 861**	232 498 185	− 314 324	60
17 399 363	34 649 337	**275 040 000**	268 545 000	+ 6 495 000	
19 835 515	27 816 185				
− 2 436 152	+ 6 833 152				

Gesamtplan **Ausgaben** **Teil I: Haushaltsübersich**

Epl.	Bezeichnung	Personalausgaben 1988 1000 DM	Sächliche Verwaltungsausgaben 1988 1000 DM	Militärische Beschaffungen, Anlagen usw. 1988 1000 DM	Schuldendienst 1988 1000 DM
1	2	3	4	5	6
01	Bundespräsident und Bundespräsidialamt	10 334	6 202	—	—
02	Deutscher Bundestag	321 584	103 650	—	—
03	Bundesrat	8 060	4 806	—	—
04	Bundeskanzler und Bundeskanzleramt	95 868	392 885	—	—
05	Auswärtiges Amt	777 881	189 440	—	—
06	Bundesminister des Innern	1 533 460	575 994	—	—
07	Bundesminister der Justiz	302 171	103 609	—	—
08	Bundesminister der Finanzen	2 105 700	475 755	—	—
09	Bundesminister für Wirtschaft	357 907	159 981	—	—
10	Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	285 169	117 471	—	33
11	Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung	122 677	54 995	—	—
12	Bundesminister für Verkehr	1 304 014	1 537 075	—	—
13	Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen	488	—	—	—
14	Bundesminister der Verteidigung	22 313 147	5 596 640	21 480 600	—
15	Bundesminister für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit	1 036 400	184 503	—	—
16	Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	78 029	181 448	—	—
19	Bundesverfassungsgericht	12 400	2 053	—	—
20	Bundesrechnungshof	41 074	5 414	—	—
23	Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit	39 417	18 630	—	—
25	Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	76 999	77 774	—	—
27	Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen	37 261	14 959	—	—
30	Bundesminister für Forschung und Technologie	66 819	26 702	—	—
31	Bundesminister für Bildung und Wissenschaft	29 063	21 001	—	—
32	Bundesschuld	14 891	502 119	—	32 397 869
33	Versorgung	7 979 584	—	—	—
35	Verteidigungslasten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt ausländischer Streitkräfte	618 743	536 072	—	—
36	Zivile Verteidigung	134 354	240 650	—	—
60	Allgemeine Finanzverwaltung	902 500	233 135	—	—
	Summe Haushalt 1988	40 605 994	11 362 963	21 480 600	32 397 902
	Summe Haushalt 1987	39 191 714	11 045 689	21 539 425	30 877 916
	gegenüber 1987 — mehr(+)/weniger(−) —	+ 1 414 280	+ 317 274	— 58 825	+ 1 519 986

Teil I: Haushaltsübersicht **Ausgaben** Gesamtplan

Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen) **1988** 1000 DM	Ausgaben für Investitionen **1988** 1000 DM	Besondere Finanzierungsausgaben **1988** 1000 DM	**Summe Ausgaben** **1988** 1000 DM	1987 1000 DM	gegenüber 1987 mehr (+) weniger (–) 1000 DM	Epl.
7	8	9	10	11	12	13
1 930	4 148	–	**22 614**	20 597	+ 2 017	01
80 974	46 560	–	**552 768**	539 669	+ 13 099	02
224	1 109	–	**14 199**	12 548	+ 1 651	03
37 909	12 359	–	**539 021**	522 292	+ 16 729	04
1 491 951	194 264	–	**2 653 536**	2 550 050	+ 103 486	05
1 280 963	434 101	–	**3 824 518**	3 795 718	+ 28 800	06
17 027	28 897	–	**451 704**	423 251	+ 28 453	07
637 531	513 348	–	**3 732 334**	3 541 035	+ 191 299	08
4 191 349	1 727 560	–	**6 436 797**	5 831 973	+ 604 824	09
7 073 729	969 736	1 520	**8 447 658**	7 907 006	+ 540 652	10
60 010 482	81 223	– 32 000	**60 237 377**	58 994 769	+ 1 242 608	11
10 007 922	12 866 725	–	**25 715 736**	25 683 668	+ 32 068	12
–	21 610	–	**22 098**	41 335	– 19 237	13
1 894 062	315 551	–	**51 600 000**	50 852 404	+ 747 596	14
17 729 677	180 761	–	**19 131 341**	18 990 096	+ 141 245	15
82 115	141 055	–	**482 647**	463 274	+ 19 373	16
–	352	–	**14 805**	14 434	+ 371	19
12	1 373	–	**47 873**	44 740	+ 3 133	20
1 187 286	5 609 267	–	**6 854 600**	6 940 350	– 85 750	23
2 970 297	2 914 927	–	**6 039 997**	6 192 753	– 152 756	25
700 772	122 570	–	**875 562**	809 740	+ 65 822	27
5 989 043	1 700 796	– 151 520	**7 631 840**	7 535 581	+ 96 259	30
1 147 541	2 305 632	– 45 000	**3 458 237**	3 957 631	– 499 394	31
333 625	2 751 090	–	**35 999 594**	34 160 685	+ 1 838 909	32
2 199 873	–	–	**10 179 457**	9 472 541	+ 706 916	33
225 421	430 650	–	**1 810 886**	1 807 828	+ 3 058	35
100 491	412 584	–	**888 079**	879 661	+ 8 418	36
15 377 487	371 600	490 000	**17 374 722**	16 559 371	+ 815 351	60
134 769 693	34 159 848	263 000	**275 040 000**	268 545 000	+ 6 495 000	
132 341 733	34 616 523	– 1 068 000				
+ 2 427 960	– 456 675	+ 1 331 000				

Anlage zur Haushaltsübersicht

Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen im Bundeshaushaltsplan und deren Inanspruchnahme

Epl.	Bezeichnung	Verpflichtungsermächtigung 1988	Von dem Gesamtbetrag (Sp. 3) dürfen fällig werden				
			1989	1990	1991	Folgejahre	Für künftige Haushaltsjahre
		1000 DM	1000 DM	1000 DM	1000 DM	1000 DM	1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
01	Bundespräsidialamt	7 586	7 586	—	—	—	—
02	Deutscher Bundestag	31 996	17 741	10 155	2 050	2 050	—
03	Bundesrat	—	—	—	—	—	—
04	Bundeskanzleramt	6 700	6 700	—	—	—	—
05	Auswärtiges Amt	589 954	295 382	193 798	43 487	27 287	30 000
06	Bundesminister des Innern	350 155	143 935	47 740	13 700	2 300	142 480
07	Bundesminister der Justiz	6 503	5 061	721	721	—	—
08	Bundesminister der Finanzen	164 255	128 955	20 000	—	—	15 300
09	Bundesminister für Wirtschaft	5 194 469	922 930	664 750	418 150	22 139	3 166 500
10	Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	1 318 080	741 520	288 850	153 250	134 460	—
11	Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung	139 495	90 195	30 200	19 100	—	—
12	Bundesminister für Verkehr	3 382 684	2 176 099	866 855	321 730	18 000	—
13	Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen	7 300	7 300	—	—	—	—
14	Bundesminister der Verteidigung	20 891 175	4 763 157	3 423 208	2 822 230	3 682 580	6 200 000
15	Bundesminister für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit	512 700	248 100	169 500	91 000	—	4 100
16	Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	292 975	157 295	90 650	45 030	—	—
19	Bundesverfassungsgericht	—	—	—	—	—	—
20	Bundesrechnungshof	800	800	—	—	—	—
23	Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit	8 316 084	436 599	324 099	196 849	100 548	7 257 989
25	Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	624 428	210 577	129 061	71 290	213 500	—
27	Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen	170 017	114 667	19 750	5 600	—	30 000
30	Bundesminister für Forschung und Technologie	3 940 457	1 342 831	1 190 876	949 550	457 200	—
31	Bundesminister für Bildung und Wissenschaft	230 226	139 345	41 295	15 084	4 502	30 000
32	Bundesschuldenverwaltung	—	—	—	—	—	—
35	Verteidigungslasten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt ausländischer Streitkräfte	31 450	26 450	5 000	—	—	—
36	Zivile Verteidigung	375 651	229 597	99 551	37 501	2	9 000
60	Allgemeine Finanzverwaltung	17 800	12 000	—	—	—	5 800
	Summe	46 602 940	12 224 822	7 616 059	5 206 322	4 664 568	16 891 169

Gesamtplan: Teil II

Finanzierungsübersicht

		Betrag für 1988	Betrag für 1987
		- 1000 DM -	
	Ermittlung des Finanzierungssaldos		
1.	**Ausgaben** (ohne Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt, Zuführungen an Rücklagen und Ausgaben zur Deckung eines kassenmäßigen Fehlbetrags)	275 040 000	268 545 000
2.	**Einnahmen** (ohne Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt, Einnahmen aus Rücklagen, Einnahmen aus kassenmäßigen Überschüssen und Münzeinnahmen)	245 180 000	245 878 000
3.	**Finanzierungssaldo**	- 29 860 000	- 22 667 000
	Zusammensetzung des Finanzierungssaldos		
4.	**Nettoneuverschuldung/Nettotilgung am Kreditmarkt**		
4.1	Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt	(81 544 000)	(84 357 000)
4.101	zu allgemeinen Zwecken	81 544 000	84 357 000
4.102	zu besonderen Zwecken	-	-
4.2	Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt	52 149 000	62 000 000
4.3	Ausgaben zur Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	-	-
	Saldo	- 29 395 000	- 22 357 000
5.	**Ausgaben zur Tilgung der Investitionshilfe-Abgabe**	75 000	80 000
6.	**Marktpflege**	-	-
7.	**Nettoneuverschuldung insgesamt**	- 29 320 000	- 22 277 000
8.	**Einnahmen aus kassenmäßigen Überschüssen**	-	-
9.	**Rücklagenbewegung**		
9.1	Entnahmen aus Rücklagen	-	-
9.2	Zuführungen an Rücklagen	-	-
10.	**Münzeinnahmen**	- 540 000	- 390 000
11.	**Finanzierungssaldo**	- 29 860 000	- 22 667 000

Gesamtplan: Teil III

Kreditfinanzierungsplan

		Betrag für 1988	Betrag für 1987
		- 1000 DM -	
1.	**Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt**		
	davon voraussichtlich		
1.1	langfristig	(73 544 000)	(68 357 000)
1.101	zu allgemeinen Zwecken	73 544 000	68 357 000
1.102	zu besonderen Zwecken	-	-
1.2	kürzerfristig	8 000 000	16 000 000
	Summe 1	81 544 000	84 357 000
2.	**Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt**		
2.1	Tilgung langfristiger Schulden mit Laufzeiten von mehr als 4 Jahren	(39 699 000)	(45 946 000)
2.101	Schuldbuchforderungen der Träger der Sozialversicherung	-	-
2.102	Bundesanleihen (einschl. der Entschädigung für verspätet vorgelegte oder verlorengegangene Prämienschatzanweisungen)	1 900 000	3 750 000
2.103	Bundesschatzbriefe	4 400 000	3 497 000
2.104	Schuldbuchkredite	-	-
2.105	Schuldscheindarlehen	21 847 000	22 401 000
2.106	Bundesschatzanweisungen (dazu zählen auch Kassenobligationen)	-	100 000
2.107	Bundesobligationen	11 450 000	16 100 000
2.108	Ausgleichsforderungen nach dem Umstellungsergänzungsgesetz	11 000	11 000
2.109	Ablösungsschuld	-	-
2.110	Altsparerentschädigung	-	-
2.111	Bereinigte Auslandsschulden (Londoner Schuldenabkommen)	-	-
2.112	Auf Grund des Gesetzes zur näheren Regelung der Entschädigungsansprüche für Auslandsbonds (Auslandsbonds-Entschädigungsgesetz)	-	-
2.113	Nachkriegsschulden für Verbindlichkeiten der Koka aus Anschlußgebieten	-	-
2.114	Ausgleichsforderungen und Rentenausgleichsforderungen zur Aufbesserung von Versicherungsleistungen	91 000	87 000

		Betrag für 1988	Betrag für 1987
		- 1000 DM -	
2.2	Tilgung kürzerfristiger Schulden mit Laufzeiten bis zu 4 Jahren	(12 450 000)	(16 054 000)
2.201	Bundesschatzanweisungen (dazu zählen auch Kassenobligationen)	5 115 000	3 375 000
2.202	Unverzinsliche Schatzanweisungen	2 414 000	3 018 000
2.203	Finanzierungsschätze des Bundes	1 100 000	1 848 000
2.204	Schuldscheindarlehen	3 821 000	7 813 000
2.3	Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	-	-
	Summe 2	52 149 000	62 000 000
3.	**Ausgaben zur Tilgung der Investitionshilfe-Abgabe**	75 000	80 000
4.	**Ausgaben zur Schuldentilgung insgesamt**	52 224 000	62 080 000
5.	**Marktpflege**	-	-
	Zusammen	52 224 000	62 080 000
	Saldo aus 1. und 6. (im Haushaltsplan insgesamt veranschlagte Nettoneuverschuldung)	29 320 000	22 277 000
	Einnahmen aus Krediten von Gebietskörperschaften - einschließlich ERP-Sondervermögen und LA-Fonds (im Haushaltsplan veranschlagt)	-	-
	Ausgaben zur Schuldentilgung bei Gebietskörperschaften - einschließlich ERP - Sondervermögen und LA - Fonds (im Haushaltsplan veranschlagt)	-	-

Übersichten

zum Bundeshaushaltsplan 1988[1)]

Teil I: Gruppierungsübersicht

Teil II: Funktionenübersicht

Teil III: Haushaltsquerschnitt

Teil IV: Übersicht über den Haushalt durchlaufenden Posten

Teil V: Personalübersicht

) Anlagen gem. § 14 der Bundeshaushaltsordnung vom 19. August 1969 (BGBl. I S. 1284) auf der Grundlage es für Bund und Länder einheitlichen Gruppierungs- und Funktionenplans.

Grupp.-Nr.	Bezeichnung	1988	1987
		— Millionen DM —	
	Teil I: Gruppierungsübersicht		
	A. Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Einnahme- und Ausgabegruppen		
0	**Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben**	**222 991**	**220 893**
01	Gemeinschaftsteuern und Gewerbesteuerumlage	170 693	168 653
02-04	Bundessteuern	51 755	51 847
09	Steuerähnliche Abgaben	543	393
091	Einnahmen aus Abschöpfungen	0	0
092	Münzeinnahmen	540	390
099	Sonstige	3	3
1	**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen**	**20 637**	**23 420**
11	Verwaltungseinnahmen	3 563	3 599
111	Gebühren, sonstige Entgelte	2 813	2 859
112	Geldstrafen und Geldbußen (einschl. Gerichts- und Verwaltungskosten)	18	17
113	Verkaufserlöse, soweit nicht unter 13	181	191
119	Sonstige	551	531
12	Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit und aus Vermögen (ohne Zinsen)	11 799	12 716
121	Gewinne aus Unternehmen und Beteiligungen	6 138	7 208
122	Konzessionsabgaben	5 054	4 913
124	Mieten und Pachten	554	541
125	Erlöse aus der Veräußerung von bewegl. Sachen und Diensten aus wirtschaftlicher Tätigkeit	47	47
129	Sonstige	6	6
13	Erlöse aus der Veräußerung von Gegenständen, soweit in der Vermögensrechnung erfaßt, Kapitalrückzahlungen	2 038	3 520
131	Erlöse aus der Veräußerung von unbeweglichen Sachen	224	204
132	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	13	15
133	Erlöse aus der Veräußerung von Beteiligungen und sonstigem Kapitalvermögen	1 800	3 302
134	Kapitalrückzahlungen	1	—
15	Zinseinnahmen aus dem öffentlichen Bereich	153	330
152	von Ländern	146	324
153	von Gemeinden und Gemeindeverbänden	7	6
155	vom ERP-Sondervermögen	—	—
157	von Zweckverbänden	—	0
16	Zinseinnahmen aus sonstigen Bereichen	921	936
161	Zinseinnahmen von öffentlichen Unternehmen	17	17
162	Sonstige Zinseinnahmen aus dem Inland	365	371
166	Zinseinnahmen aus dem Ausland	539	547
17	Darlehensrückflüsse aus dem öffentlichen Bereich	394	593
172	von Ländern	377	578
173	von Gemeinden und Gemeindeverbänden	16	15
174	vom Lastenausgleichsfonds	—	—

Grupp.-Nr.	Bezeichnung	1988	1987
		— Millionen DM —	
176	von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesanstalt für Arbeit	—	—
177	von Zweckverbänden	1	0
18	Darlehensrückflüsse aus sonstigen Bereichen	1 770	1 725
181	Darlehensrückflüsse von öffentlichen Unternehmen	3	4
182	Sonstige Darlehensrückflüsse aus dem Inland	751	724
186	Darlehensrückflüsse aus dem Ausland	1 016	998
2	**Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen**	**2 084**	**1 947**
21	Allgemeine Finanzzuweisungen aus dem öffentlichen Bereich	—	—
23	Erstattungen von Verwaltungsausgaben aus dem öffentlichen Bereich	19	6
232	von Ländern	17	4
233	von Gemeinden und Gemeindeverbänden	0	0
236	von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesanstalt für Arbeit	2	1
24	Sonstige Erstattungen aus dem öffentlichen Bereich	425	409
242	von Ländern	389	372
243	von Gemeinden und Gemeindeverbänden	27	26
245	vom ERP-Sondervermögen	—	—
246	von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesanstalt für Arbeit	9	9
247	von Zweckverbänden	2	2
25	Sonstige Zuweisungen aus dem öffentlichen Bereich	—	—
252	von Ländern	—	—
27	Erstattungen von Verwaltungsausgaben aus sonstigen Bereichen	902	865
271	aus dem Inland	242	234
276	aus dem Ausland	661	631
28	Sonstige Erstattungen und Zuschüsse aus sonstigen Bereichen	730	661
281	Erstattungen aus dem Inland	93	95
282	Zuschüsse aus dem Inland	9	9
286	Erstattungen aus dem Ausland	628	557
287	Zuschüsse aus dem Ausland	—	—
29	Vermögensübertragungen, soweit nicht für Investitionen	7	7
3	**Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen**	**29 327**	**22 285**
31	Schuldenaufnahmen bei Gebietskörperschaften, Sondervermögen und gebietskörperschaftlichen Zusammenschlüssen	—	—
32	Schuldenaufnahmen am Kreditmarkt	29 320	22 277
325	Schuldenaufnahmen auf dem sonstigen inländischen Kreditmarkt	29 320	22 277
33	Zuweisungen für Investitionen aus dem öffentlichen Bereich	—	—
34	Beiträge und sonstige Zuschüsse für Investitionen	7	8
341	Beiträge	7	7
342	Sonstige Zuschüsse für Investitionen aus dem Inland	0	1
35	Entnahmen aus Rücklagen, Fonds und Stöcken	—	—
351	aus der Ausgleichsrücklage	—	—

Grupp.-Nr.	Bezeichnung	1988	1987
		— Millionen DM —	
352	aus der Betriebsmittelrücklage	—	—
355	aus der Konjunkturausgleichsrücklage	—	—
359	Sonstige	—	—
36	Einnahmen aus Überschüssen der Vorjahre	—	—
37	Globale Mehr- und Mindereinnahmen	—	—
38	Haushaltstechnische Verrechnungen	—	—
	Gesamteinnahmen	**275 040**	**268 545**
4	**Personalausgaben**	**40 606**	**39 192**
41	Aufwendungen für Abgeordnete und ehrenamtlich Tätige	221	229
411	Aufwendungen für Abgeordnete	215	224
412	Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige	6	5
42	Dienstbezüge und dergleichen	30 066	28 984
421	Bezüge des Bundespräsidenten, Bundeskanzlers, Ministers, Parlamentarischen Staatssekretärs, Wehrbeauftragten	11	10
422	Bezüge der Beamten und Richter	6 140	5 935
423	Bezüge der Berufssoldaten und Soldaten auf Zeit, Wehrsold der Wehrpflichtigen sowie Sold der Zivildienstleistenden	13 517	13 008
425	Vergütungen der Angestellten	4 614	4 423
426	Löhne der Arbeiter	5 007	4 847
427	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich usw. Tätige	158	160
429	Nicht aufteilbare Personalausgaben	620	600
43	Versorgungsbezüge und dergleichen	7 622	7 286
431	des Bundespräsidenten, Bundeskanzlers, Ministers, Parlamentarischen Staatssekretärs, Wehrbeauftragten	6	6
432	der Beamten und Richter	1 919	1 834
433	der Soldaten	2 800	2 567
435	der Angestellten	0	0
437	nach G 131	2 896	2 878
439	Sonstige	1	1
44	Beihilfen, Unterstützungen und dergleichen	1 218	1 132
441	Beihilfen, soweit nicht für Versorgungsempfänger und dergleichen	346	327
442	Unterstützungen	3	3
443	Fürsorgeleistungen	430	407
446	Beihilfen für Versorgungsempfänger und dergleichen	440	395
45	Personalbezogene Sachausgaben	579	561
451	Zuschüsse zur Gemeinschaftsverpflegung und zu Gemeinschaftsveranstaltungen sowie für soziale Einrichtungen	3	3
453	Trennungsgeld, Umzugskostenvergütungen	572	557
459	Sonstiges	4	1
46	Globale Mehr- und Minderausgaben für Personalausgaben	900	1 000
5	**Sächliche Verwaltungsausgaben, militärische Beschaffungen usw., Ausgaben für den Schuldendienst**	**65 241**	**63 463**
51-54	Sächliche Verwaltungsausgaben	11 363	11 046

Grupp.-Nr.	Bezeichnung	1988	1987
		— Millionen DM —	
511	Geschäftsbedarf	145	137
512	Bücher, Zeitschriften	18	16
513	Post-, Fernmelde-, Rundfunk- und Fernsehgebühren	685	689
514	Haltung von Fahrzeugen und dergleichen	150	154
515	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	270	267
516	Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände (einschl. Zuschüsse)	53	51
517	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	1 573	1 535
518	Mieten und Pachten	839	846
519	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	1 165	1 165
521	Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens	1 220	1 201
522	Verbrauchsmittel	1 242	1 163
523	Kunst- und wissenschaftliche Sammlungen und Bibliotheken	2	13
524	Lehr-und Lernmittel	9	9
525	Aus- und Fortbildung, Umschulung	394	393
526	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	156	158
527	Dienstreisen	351	342
529	Verfügungsmittel	19	18
531-546	Sonstiges	3 010	2 792
547	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	61	95
55	Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	21 481	21 539
56	Zinsausgaben an Gebietskörperschaften, Sondervermögen und gebietskörperschaftliche Zusammenschlüsse	—	—
57	Zinsausgaben an Kreditmarkt	32 398	30 878
572	an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesanstalt für Arbeit	—	—
573	für Ausgleichsforderungen	132	136
575	an sonstigen inländischen Kreditmarkt	32 266	30 742
576	an Ausland	0	0
58	Tilgungsausgaben an Gebietskörperschaften, Sondervermögen und gebietskörperschaftliche Zusammenschlüsse	—	—
59	Tilgungsausgaben an Kreditmarkt	0	0
591	an öffentliche Unternehmen	—	—
592	an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesanstalt für Arbeit	—	—
593	für Ausgleichsforderungen	—	—
595	an sonstigen inländischen Kreditmarkt	0	0
6	**Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen**	**134 770**	**132 342**
61	Allgemeine Finanzzuweisungen an öffentlichen Bereich	12 137	11 855
612	an Länder	12 137	11 855
616	an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesanstalt für Arbeit	—	—
62	Schuldendiensthilfen an öffentlichen Bereich	51	125
622	an Länder	51	123
623	an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	1
625	an ERP-Sondervermögen	—	—
626	an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesanstalt für Arbeit	—	—
627	an Zweckverbände	—	—

Grupp.-Nr.	Bezeichnung	1988	1987
		— Millionen DM —	
63	Erstattungen von Verwaltungsausgaben an öffentlichen Bereich	1 471	1 511
632	an Länder	1 130	1 170
633	an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—
636	an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesanstalt für Arbeit	341	341
64	Sonstige Erstattungen an öffentlichen Bereich	11 957	9 628
642	an Länder	7 354	6 981
643	an Gemeinden und Gemeindeverbände	707	754
646	an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesanstalt für Arbeit	3 890	1 887
647	an Zweckverbände	6	6
65	Sonstige Zuweisungen an öffentlichen Bereich	44 817	43 723
652	an Länder	1 908	1 342
653	an Gemeinden und Gemeindeverbände	81	75
654	an Lastenausgleichsfonds	770	820
656	an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesanstalt für Arbeit	42 058	41 485
66	Schuldendiensthilfen an sonstige Bereiche	1 180	1 355
661	an öffentliche Unternehmen	749	887
662	an private Unternehmen	423	444
663	an Sonstige im Inland	8	24
666	an Ausland	0	1
67	Erstattungen an sonstige Bereiche	1 690	1 918
671	an Inland	1 563	1 794
676	an Ausland	113	111
678	an DDR	13	13
68	Sonstige Zuschüsse an sonstige Bereiche	60 805	61 208
681	Renten, Unterstützungen und sonstige Geldleistungen an natürliche Personen	33 182	34 294
682	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen (soweit nicht unter 661 und 687)	5 929	5 824
683	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen (soweit nicht unter 662)	5 314	4 533
684	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	1 033	979
685	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	5 967	6 347
686	Zuschüsse für laufende Zwecke im Ausland	4 382	4 281
687	Zuschüsse an öffentliche Unternehmen, soweit nicht durch den laufenden Betrieb bedingt	4 424	4 376
688	Ausgleichsleistungen an die DDR	575	575
69	Vermögensübertragungen, soweit nicht für Investitionen	662	1 019
697	an Unternehmen	195	170
698	an Sonstige im Inland	468	849
699	an Ausland	—	—
7	**Baumaßnahmen**	**6 446**	**6 194**
8	**Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen**	**27 714**	**28 422**
81	Erwerb von beweglichen Sachen	1 238	1 202
811	Erwerb von Fahrzeugen im Inland	349	336
812	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen im Inland	734	711
813	Erwerb von sonstigen beweglichen Sachen im Inland	108	111

Grupp.-Nr.	Bezeichnung	1988	1987
		— Millionen DM —	
816	Erwerb von Fahrzeugen im Ausland	31	29
817	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen im Ausland	15	14
818	Erwerb von sonstigen beweglichen Sachen im Ausland	—	—
82	Erwerb von unbeweglichen Sachen	500	498
83	Erwerb von Beteiligungen und dergleichen	1 298	1 471
831	Erwerb von Beteiligungen und dergleichen im Inland	323	285
836	Erwerb von Beteiligungen und dergleichen im Ausland	975	1 186
85	Darlehen an öffentlichen Bereich	2 579	2 896
852	an Länder	2 554	2 877
853	an Gemeinden und Gemeindeverbände	25	19
856	an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesanstalt für Arbeit	—	—
86	Darlehen an sonstige Bereiche	3 454	3 126
861	an öffentliche Unternehmen	269	186
862	an private Unternehmen	244	59
863	Darlehen an Sonstige im Inland	32	55
866	Darlehen an Ausland	2 909	2 826
87	Inanspruchnahme aus Gewährleistungen	2 750	2 420
88	Zuweisungen für Investitionen an öffentlichen Bereich	5 822	6 593
882	an Länder	5 463	6 247
883	an Gemeinden und Gemeindeverbände	359	345
887	an Zweckverbände	—	—
89	Zuschüsse für Investitionen an sonstige Bereiche	10 074	10 217
891	an öffentliche Unternehmen	4 402	4 269
892	an private Unternehmen	1 697	1 910
893	an Sonstige im Inland	2 200	2 283
896	an Ausland	1 741	1 690
898	an DDR	33	65
9	**Besondere Finanzierungsausgaben**	**263**	**-1 068**
91	Zuführungen an Rücklagen, Fonds und Stöcke	—	—
96	Ausgaben zur Deckung von Fehlbeträgen aus Vorjahren	—	—
97	Globale Mehr- und Minderausgaben	263	-1 068
971	Globale Mehrausgaben	490	350
972	Globale Minderausgaben	-227	-1 418
98	Haushaltstechnische Verrechnungen	—	—
	Gesamtausgaben	**275 040**	**268 545**

	Ausgaben	1988	1987
		— Millionen DM —	

Teil I: Gruppierungsübersicht

B. Gliederung der Ausgaben und Einnahmen nach ökonomischen Arten

I Laufende Rechnung

1	**Personalausgaben**	**40 606**	**39 192**
11	Aktivitätsbezüge	32 362	31 310
12	Versorgung	8 244	7 882
2	**Laufender Sachaufwand**	**40 685**	**40 942**
21	Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	2 385	2 366
22	Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	21 481	21 539
23	Sonstiger laufender Sachaufwand	16 819	17 036
3	**Zinsausgaben**	**32 398**	**30 878**
31	an Verwaltungen	—	—
32	an andere Bereiche	32 398	30 878
321	Sozialversicherung	—	—
322	sonstige	32 398	30 878
4	**Laufende Zuweisungen und Zuschüsse**	**126 490**	**123 042**
41	an Verwaltungen	24 125	23 047
411	Länder	22 560	21 391
412	Gemeinden	788	829
413	LAF	770	820
414	ERP	—	—
415	Zweckverbände	6	6
42	an andere Bereiche	102 365	99 996
421	an Unternehmen	12 483	11 804
422	an öffentliche Unternehmen, soweit nicht durch den laufenden Betrieb bedingt	4 424	4 376
423	Renten, Unterstützungen u.ä. an natürliche Personen	33 293	34 376
424	an Sozialversicherung	46 289	43 713
425	an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	1 033	979
426	an Ausland	4 843	4 748
	Summe laufende Ausgaben	**240 178**	**234 054**

	Ausgaben	1986	1987
		— Millionen DM —	
	II Kapitalrechnung		
1	**Sachinvestitionen**	**8 184**	**7 894**
11	Baumassnahmen	6 446	6 194
12	Erwerb von beweglichen Sachen	1 238	1 202
13	Grunderwerb	500	498
2	**Vermögensübertragungen**	**16 824**	**18 102**
21	Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	15 895	16 809
211	an Verwaltungen	5 822	6 593
2111	Länder	5 463	6 247
2112	Gemeinden	359	345
212	an andere Bereiche	10 074	10 217
2121	Inland	8 299	8 462
2122	Ausland	1 774	1 755
22	sonstige Vermögensübertragungen	929	1 292
221	an Verwaltungen	264	257
2211	Länder	264	256
2212	Gemeinden	—	1
222	an andere Bereiche	665	1 035
2221	Unternehmen-Inland	197	186
2222	Private Haushalte-Inland	468	849
3	**Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen**	**10 081**	**9 914**
31	Darlehensgewährung	8 783	8 443
311	an Verwaltungen	2 579	2 896
3111	Länder	2 554	2 877
3112	Gemeinden	25	19
312	an andere Bereiche	6 204	5 546
3122	Sonstige-Inland	3 295	2 720
3123	Ausland	2 909	2 826
32	Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	1 298	1 471
321	Inland	323	285
322	Ausland	975	1 186
4	**Darlehensrückzahlungen an Verwaltungen**	—	—
	Summe Ausgaben der Kapitalrechnung	**35 089**	**35 909**
5	**Globalansätze (soweit nicht aufgeteilt)**	**—227**	**—1 418**
	Ausgaben zusammen	**275 040**	**268 545**
	III Finanzierung		
6	**Zuführung an Rücklagen**	—	—
	Summe	—	—
7	(Saldo Finanzierungsüberschuß)	—	—
	IV Haushaltstechnische Verrechnungen		
8	**Haushaltstechnische Verrechnungen**	—	—
	Ausgaben lt. Haushaltsplan	**275 040**	**268 545**

	Einnahmen	1988	1987
		— Millionen DM —	
	I Laufende Rechnung		
1	**Steuern**[1]	222 448	220 500
2	**Steuerähnliche Abgaben**	3	3
3	**Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit**	11 799	12 716
31	Mieten und Pachten	554	541
32	sonstige Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	11 244	12 175
4	**Zinseinnahmen**	1 074	1 266
41	von Verwaltungen	153	330
4111	Länder	146	324
4112	Gemeinden	7	6
4115	Zweckverbände	—	0
42	von anderen Bereichen	921	936
5	**Laufende Zuweisungen und Zuschüsse**	1 193	1 092
51	von Verwaltungen	433	404
5111	Länder	405	376
5112	Gemeinden	27	26
5115	Zweckverbände	2	2
52	von anderen Bereichen	759	688
521	Sozialversicherung	11	10
522	Sonstige-Inland	121	121
523	Ausland	628	557
6	**Sonstige laufende Einnahmen**	4 447	4 446
	Summe laufende Einnahmen	240 964	240 025

[1]) Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an finanzschwache Länder

	Einnahmen	1988	1987
		— Millionen DM —	
	II Kapitalrechnung		
1	**Veräußerung von Sachvermögen**	**237**	**218**
2	**Vermögensübertragungen**	**14**	**15**
21	Zuweisungen und Zuschüsse fur Investitionen	7	8
211	von Verwaltungen	—	—
212	von anderen Bereichen	7	8
2122	Sonstige-Inland	7	8
22	Sonstige Vermögensübertragungen	7	7
3	**Darlehnsrückflüsse, Veräußerung von Beteiligungen**	**3 965**	**5 620**
31	Darlehnsrückflüsse	2 164	2 318
311	von Verwaltungen	394	593
3111	Länder	377	578
3112	Gemeinden	16	15
3115	Zweckverbände	1	0
312	von anderen Bereichen	1 770	1 725
3122	Sonstige-Inland	755	727
3123	Ausland	1 016	998
32	Veräußerung von Beteiligungen, Rückflüsse von Kapitaleinlagen	1 801	3 302
4	**Darlehnsaufnahme bei Verwaltungen**	—	—
	Summe Einnahmen der Kapitalrechnung	**4 216**	**5 853**
5	**Globalansätze (soweit nicht aufgeteilt)**	—	—
	Einnahmen zusammen	**245 180**	**245 878**
	III Finanzierung		
61	**Nettokreditaufnahme**	**29 320**	**22 277**
62	**Entnahme aus Rücklagen**	—	—
63	**Münzeinnahmen**	**540**	**390**
	Summe	**29 860**	**22 667**
7	(Saldo Finanzierungsdefizit)	29 860	22 667
	IV Haushaltstechnische Verrechnungen		
8	**Haushaltstechnische Verrechnungen**	—	—
	Einnahmen lt. Haushaltsplan	**275 040**	**268 545**

Erläuterungen zum Teil I B

(Gruppierungsübersicht, Gliederung der Ausgaben und Einnahmen nach ökonomischen Arten)

Die vorstehende ökonomische Gliederung versucht die Einnahmen und Ausgaben des Bundes als Teil de gesamtwirtschaftlichen Kreislaufs darzustellen. Sie deckt sich nicht vollständig mit der des Staatskontos de Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, das teilweise Gesichtspunkten Rechnung tragen muß, denen eine au Haushaltszahlen basierende Einteilung naturgemäß nicht in allen Fällen folgen kann; die Gliederung der Aus gaben und Einnahmen nach ökonomischen Arten ist jedoch soweit dem Staatskonto der Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung angeglichen, daß sie einer gesamtwirtschaftlichen Beurteilung der Bundesfinanzen zugrund gelegt werden kann.

Die vorstehende ökonomische Gliederung (Teil I B) weicht vom Teil I A der Gruppierungsübersicht in folgende Punkten ab:

- Die Zahlungen an/von Sozialversicherungsträger werden - der Finanzstatistik folgend - den sonstigen Berei chen zugeordnet.
- Zahlungen im Rahmen der Schuldendiensthilfen an Dritte, die für die Tilgung von Schulden bestimmt sind werden **nicht** wie die Zinszuschüsse bei den laufenden Übertragungen, sondern bei den "sonstigen Vermö gensübertragungen" nachgewiesen.
- Global veranschlagte Personalverstärkungsmittel sind denjenigen ökonomischen Ausgabearten zugeordne die sie voraussichtlich berühren.

Im einzelnen schließen die Ausgabe- und Einnahmepositionen der ökonomischen Gliederung folgende Gruppe ein:

Aktivitätsbezüge: Obergruppen 41 und 42; Gruppen 441, 442, 443; Obergruppe 45.

Versorgung: Obergruppe 43; Gruppe 446.

Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens; Gruppen 519 und 521.

Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.: Obergruppe 55.

Sonstiger laufender Sachaufwand: Obergruppen 51 bis 54 (ohne Gruppen 519 und 521) und 67; Gruppe 685.

Zinsausgaben an Verwaltungen: Obergruppe 56.

Zinsausgaben an andere Bereiche: Obergruppe 57.

Laufende Zuweisungen an öffentlichen Bereich: Obergruppen 61 bis 65 (ohne Gruppen 616, 626, 636, 646 und 656), soweit nicht Tilgungszuweisungen.

Laufende Zuschüsse an Unternehmen: Gruppen 661, 662 und 663, soweit nicht Tilgungszuschüsse; Gruppen 68 und 683.

Laufende Zuschüsse an öffentliche Unternehmen, soweit nicht durch den laufenden Betrieb bedingt: Gruppe 687

Renten, Unterstützungen u.ä. an natürliche Personen: Gruppe 681.

Laufende Zuschüsse an Sozialversicherung: Gruppen 616, 626, 636, 646 und 656.

Laufende Zuschüsse an private Institutionen ohne Erwerbscharakter: Gruppe 684.

Laufende Zuschüsse an Ausland: Gruppen 666 und 686.

Baumaßnahmen: Hauptgruppe 7.

Erwerb von beweglichen Sachen: Obergruppe 81.

Grunderwerb: Obergruppe 82.

Zuweisungen für Investitionen an öffentlichen Bereich: Obergruppe 88 (ohne Gruppe 886).

Zuschüsse für Investitionen an sonstige Bereiche: Gruppen 886, 891, 892 und 893.

Zuschüsse für Investitionen an Ausland: Gruppe 896.

Sonstige Vermögensübertragungen an öffentlichen Bereich: Gruppen 692 und 693 (einschließlich Tilgungszu weisungen).

Sonstige Vermögensübertragungen an Unternehmen: Gruppe 697 (einschließlich Tilgungszuschüsse).

Sonstige Vermögensübertragungen an Sonstige im Inland: Gruppe 698 (einschließlich Tilgungszuschüsse).

Sonstige Vermögensübertragungen an Ausland: Gruppe 699 (einschließlich Tilgungszuschüsse).

Darlehen an öffentlichen Bereich: Obergruppe 85 ohne Gruppe 856.

Darlehen an sonstige Bereiche: Gruppen 856, 861, 862 und 863; Obergruppe 87.

Darlehen an Ausland: Gruppe 866.

Erwerb von Beteiligungen und dergleichen im Inland: Gruppe 831.

Erwerb von Beteiligungen und dergleichen im Ausland: Gruppe 836.

Darlehensrückzahlung an Gebietskörperschaften: Obergruppe 58 (ohne Gruppe 586).

Zuführung an Rücklagen: Obergruppe 91.

Steuern: Obergruppen 01 bis 08.

Steuerähnliche Abgaben: Obergruppe 09 (ohne Gruppe 092).

Mieten und Pachten: Gruppe 124.

Sonstige Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit: Obergruppe 12 (ohne Gruppe 124).

Zinseinnahmen aus dem öffentlichen Bereich: Obergruppe 15 (ohne Gruppe 156).

Zinseinnahmen aus sonstigen Bereichen: Obergruppe 16.

Laufende Zuweisungen aus dem öffentlichen Bereich: Obergruppen 21 bis 25 (ohne Gruppen 216, 226, 246 und 256 sowie ohne Tilgungszuweisungen).

Laufende Zuschüsse aus sonstigen Bereichen (Inland): Gruppen 216, 226, 236, 246, 256, 261, 281 und 282; Gruppe 112 (ohne Tilgungszuschüsse).

Laufende Zuschüsse aus sonstigen Bereichen (Ausland): Gruppen 266, 286 und 287 (ohne Tilgungszuschüsse).

Sonstige laufende Einnahmen: Gruppen 111, 113 und 119; Obergruppe 27.

Veräußerung von Sachvermögen: Gruppen 131 und 132.

Zuweisungen für Investitionen aus dem öffentlichen Bereich: Obergruppe 33 (ohne Gruppe 336).

Zuschüsse für Investitionen aus sonstigen Bereichen (Inland): Gruppen 336, 341 und 342.

Zuschüsse für Investitionen aus sonstigen Bereich (Ausland): Gruppe 346.

Sonstige Vermögensübertragungen: Obergruppe 29 einschließlich Tilgungszuweisungen und -zuschüssen.

Darlehensrückflüsse aus dem öffentlichen Bereich: Obergruppe 17 (ohne Gruppe 176).

Darlehensrückflüsse aus sonstigen Bereichen (Inland): Gruppen 141, 176, 181 und 182.

Darlehensrückflüsse aus sonstigen Bereichen (Ausland): Gruppen 146 und 186.

Veräußerung von Beteiligungen, Kapitalrückzahlungen: Gruppen 133 und 134.

Schuldenaufnahmen bei Gebietskörperschaften, Sondervermögen und gebietskörperschaftlichen Zusammenschlüssen: Gruppen 312 bis 317.

Nettoschuldenaufnahme am Kreditmarkt 1): Obergruppen 32 und 36 abzüglich Obergruppen 59 und 586.

Entnahme aus Rücklagen: Obergruppe 35.

Münzeinnahmen: Gruppe 092.

Die vorstehende ökonomische Gliederung berücksichtigt dagegen wie die Gruppierungsübersicht (Teil I A) die Fallgruppensystematik zur Bereinigung des Zahlungsverkehrs zwischen Bund und Ländern bzw. zwischen Bund und Gemeinden.

1) Zu den Kreditmarkttransaktionen rechnen auch die Darlehensgewährungen der Sozialversicherung bzw. deren Tilgung.

Kennziffer	Funktionen/Aufgabenbereiche	1988		1987	
		Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben
		— Millionen DM —			
	Teil II: Funktionenübersicht				
	Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Funktionen/Aufgabenbereichen				
0	**Allgemeine Dienste**	**3 591**	**73 824**	**3 504**	**72 796**
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung	305	8 193	288	7 893
011	Politische Führung	76	2 684	75	2 632
012	Innere Verwaltung	2	76	3	70
013	Informationswesen	12	137	8	132
014	Statistischer Dienst	4	310	4	322
015	Zivildienst	4	1 166	4	1 030
016	Steuer- und Zollverwaltung, Vermögensverwaltung	62	2 490	60	2 432
017	Schuldenverwaltung und sonstige Finanzverwaltung	2	18	2	18
018	Hochbauverwaltung	141	455	131	418
019	Sonstige allgemeine Staatsaufgaben	2	858	2	838
02	Auswärtige Angelegenheiten	2 283	9 168	2 240	9 201
021	Auslandsvertretungen	37	763	37	731
022	Internationale Organisationen	817	288	792	285
023	Wirtschaftliche Zusammenarbeit	1 411	6 792	1 394	6 880
024	Auslandsschulwesen und kulturelle Angelegenheiten im Ausland	9	907	10	880
029	Sonstiges	9	418	8	425
03	Verteidigung	967	54 354	945	53 624
031	Verwaltung	—	8 542	—	8 270
032	Deutsche Verteidigungsstreitkräfte	690	39 902	672	39 553
033	Verteidigungslasten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt ausländischer Streitkräfte	237	1 811	233	1 808
034	Zivile Verteidigung	15	882	14	874
036	Wissenschaftliche Forschung	26	2 752	26	2 787
037	Unterhaltssicherung	—	466	—	333
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	11	1 888	11	1 870
041	Bundesgrenzschutz	9	1 274	9	1 219
042	Polizei	1	328	1	356
044	Feuerschutz	—	—	—	—
049	Sonstiges	1	286	1	295
05	Rechtsschutz	26	220	20	209
051	Verfassungsgerichte	0	15	0	14
052	Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften	20	113	15	104
053	Verwaltungsgerichte	1	24	1	24
054	Arbeits- und Sozialgerichte	2	31	2	30
055	Finanzgerichte	2	18	2	18
059	Sonstige Rechtsschutzaufgaben	0	20	0	19

Kennziffer	Funktionen/Aufgabenbereiche	1988		1987	
		Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben
		— Millionen DM —			
1	**Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten**	**608**	**13 717**	**532**	**14 146**
11	Verwaltung	—	4	—	4
12	Schulen und vorschulische Bildung	—	11	—	13
13	Hochschulen	7	1 071	7	1 089
131	Universitäten, Technische Hochschulen, Technische Universitäten	—	2	—	2
137	Fachhochschulen	7	23	7	12
139	Sonstiges	—	1 046	—	1 075
14	Förderung des Bildungswesens	266	1 638	221	1 714
141	Ausbildungsförderung für Schüler	—	240	—	245
142	Ausbildungsförderung für Studierende	260	1 274	216	1 349
143	Andere Förderungsmaßnahmen für Schüler	—	—	—	—
144	Andere Förderungsmaßnahmen für Studierende	6	125	5	120
146	Studentenwohnraumförderung	—	—	—	—
149	Sonstiges	—	0	—	0
15	Sonstiges Bildungswesen	2	400	2	803
151	Außerschulische Jugendbildung	—	19	—	19
153	Sonstige Weiterbildung	—	19	—	19
155	Betriebliche und überbetriebliche berufliche Aus- und Fortbildung einschließlich Ausbilderförderung	2	126	2	560
156	Förderung der politischen Bildung	1	183	1	165
157	Bibliothekswesen	—	—	—	—
158	Berufsakademien, Fachakademien	—	3	—	3
159	Sonstiges	—	49	—	37
16/17	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen[1])	333	10 407	301	10 362
161	Fächerübergreifende Förderungs- und Trägerorganisationen in Wissenschaft und Forschung	—	930	—	899
162	Wissenschaftliche Bibliotheken, Archive, Dokumentation, Dokumentationsforschung	1	282	1	287
163	Wissenschaftliche Museen	—	23	—	21
164	Sonderforschungsbereiche	—	254	—	242
165	Kernforschung	—	2 195	—	2 317
166	Sonstige Energieforschung	—	419	—	434
167	Weltraumforschung und -technik	—	1 367	—	1 255
168	Informatik, Datenverarbeitung	—	265	—	247
169	Technologische Forschung und Entwicklung	23	1 067	23	1 067
171	Wirtschaft einschließlich Infrastruktur	233	1 013	197	1 092
172	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	—	449	—	459
173	Reinhaltung von Luft, Wasser und Erde, Lärmbekämpfung, Reaktorsicherheit, Strahlenschutz	—	308	—	324
174	Ernährung, Land- und Forstwirtschaft	20	293	19	296
175	Soziale Fragen, Arbeitsmarkt, Gesundheitswesen	28	881	22	804
176	Bau- und Wohnungswesen, Raum- und Städteplanung	0	84	0	87
177	Boden- und Meeresforschung	4	275	4	264

[1]) Einschl. Zuschüsse zu den Sonderforschungsbereichen, ohne Forschung der Verteidigung 036

Kennziffer	Funktionen/Aufgabenbereiche	1988		1987	
		Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben
		— Millionen DM —			
178	Bildungswesen	—	24	—	24
179	Sonstiges	26	278	36	242
18	Kunst- und Kulturpflege	0	152	—	127
181	Theater	—	—	—	—
182	Berufsorchester und -chöre, sonstige Musikpflege	—	21	—	21
183	Museen, Sammlungen, Ausstellungen	—	19	—	15
184	Denkmalsschutz und Denkmalspflege	—	9	—	10
185	Naturschutz und Landschaftspflege	0	22	—	10
189	Sonstiges	—	81	—	72
19	Kirchliche Angelegenheiten	—	33	—	34
2	**Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung**	**587**	**88 419**	**558**	**87 550**
21	Verwaltung	0	461	0	473
211	Versicherungsbehörden	0	24	0	23
214	Versorgungsämter	—	0	—	0
215	Lastenausgleichsverwaltung	0	17	—	17
216	Wiedergutmachungsbehörden	—	—	—	—
219	Sonstige Behörden im Bereich der sozialen Sicherung	0	420	0	433
22	Sozialversicherung einschließlich Arbeitslosenversicherung	9	44 221	9	41 744
221	Rentenversicherung der Angestellten und Arbeiter	—	29 984	—	27 872
222	Knappschaftsversicherung	—	9 056	—	8 776
223	Unfallversicherung	9	632	9	584
224	Krankenversicherung	—	1 323	—	1 255
225	Arbeitslosenversicherung	—	—	—	—
226	Altershilfe für Landwirte	—	2 762	—	2 682
229	Sonstige Sozialversicherungen	0	465	0	576
23	Familien-, Sozial- und Jugendhilfe	85	19 360	102	19 381
231	Kindergeld	1	13 375	1	14 000
232	Mutterschutz	—	3 115	—	2 635
233	Wohngeld	—	2 132	—	2 022
234	Sozialhilfeleistungen	42	302	45	283
236	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	0	53	0	52
237	Jugendhilfeleistungen	31	216	35	215
238	Einrichtungen der Jugendhilfe des öffentlichen Bereichs	11	8	11	7
239	Förderung der freien Jugendhilfe	—	159	10	167
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	298	14 381	273	14 397
241	Leistungen der Kriegsopferversorgung und gleichartige Leistungen	0	10 710	0	10 866
242	Einrichtungen der Kriegsopferversorgung	—	70	—	73
243	Lastenausgleich	—	770	—	820
244	Wiedergutmachung nach den Entschädigungsgesetzen	—	907	—	923
245	Sonstige Wiedergutmachungsleistungen	—	30	—	31
246	Vertriebene und Flüchtlinge	2	253	2	252
247	Kriegsopferfürsorge	295	1 281	263	1 110
249	Sonstiges	0	360	8	321

Kennziffer	Funktionen/Aufgabenbereiche	1988		1987	
		Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben
		— Millionen DM —			
25	Arbeitsmarktpolitik und Arbeitsschutz	195	8 571	174	9 747
251	Arbeitslosenhilfe	0	7 700	0	8 668
252	Hilfen für die Berufsausbildung, Fortbildung und Umschulung	29	193	26	163
253	Sonstige Anpassungsmaßnahmen und produktive Arbeitsförderung	164	591	147	843
254	Arbeitsschutz	0	87	0	73
26	Naturkatastrophen	—	—	—	—
27	Förderung der Vermögensbildung	—	870	—	1 265
29	Sonstige soziale Angelegenheiten	0	554	0	541
3	**Gesundheit, Sport und Erholung**	**4**	**774**	**6**	**642**
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	1	268	1	151
312	Krankenhäuser und Heilstätten	1	6	1	22
314	Maßnahmen des Gesundheitswesens	0	215	0	90
319	Sonstiges	0	48	0	40
32	Sport und Erholung	0	112	0	99
323	Sportstätten	—	32	—	31
324	Förderung des Sports	—	72	—	61
329	Sonstiges	0	7	0	7
33	Reinhaltung von Luft, Wasser und Erde, Lärmbekämpfung, Reaktorsicherheit, Strahlenschutz	2	394	5	392
4	**Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste**	**617**	**2 730**	**1 020**	**3 034**
41	Wohnungswesen	560	1 886	966	2 311
411	Förderung des Wohnungsbaues	560	1 883	966	2 307
419	Sonstiges	—	3	—	4
42	Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	—	2	—	2
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	57	125	54	114
44	Städtebauförderung	0	717	0	606
5	**Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**	**353**	**3 226**	**321**	**2 770**
51	Verwaltung (ohne Betriebsverwaltung)	6	61	6	54
511	Ernährung und Landwirtschaft	6	61	6	54
52	Verbesserung der Agrarstruktur	309	1 520	276	1 551
521	Flurbereinigung[1])	21	—	21	—
522	Einzelbetriebliche Förderung[1])	163	6	165	3
523	Verbesserung der Marktstruktur[1])	—	—	—	—
524	Wirtschaftswege[1])	—	—	—	—
528	EWG-Ausrichtungsfonds	122	—	86	—
529	Sonstiges[1])	3	1 515	4	1 549

[1]) Bundesanteil zur Finanzierung der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" nicht aufgeteilt (Nachweis in Funktion 529)

Kennziffer	Funktionen/Aufgabenbereiche	1988		1987	
		Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben
		— Millionen DM —			
53	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	15	1 465	12	995
531	EWG-Garantiefonds	—	—	—	—
532	Marktordnungen (einschl. EG)	11	800	7	343
533	Gasölverbilligung	—	660	—	644
534	Aufwertungsausgleich	—	—	—	—
539	Sonstiges	5	5	5	8
54	Sonstige Bereiche	23	179	27	168
6	**Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen**	**2 080**	**8 358**	**2 171**	**7 539**
61	Verwaltung	230	267	225	256
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	2	369	2	380
621	Kernenergie	—	66	—	61
622	Sonstige Energieformen	1	—	1	—
623	Wasserwirtschaft und Kulturbau[1])	0	—	0	—
624	Talsperren, Hochwasserrückhaltebecken	1	—	0	—
625	Küstenschutz[1])	—	—	—	—
626	Erdölversorgung	—	88	—	67
627	Sonstige Energieversorgung	—	177	—	200
628	Sonstige Rohstoffbeschaffungsmaßnahmen	—	25	—	36
629	Sonstiges	—	14	—	16
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	—	3 971	6	3 436
631	Kohlenbergbau	—	2 644	6	2 567
632	Sonstiger Bergbau	—	—	—	—
634	Verarbeitende Industrie	—	1 220	—	762
635	Handwerk und Kleingewerbe	—	107	—	107
639	Sonstiges verarbeitendes Gewerbe	—	1	—	1
64	Handel	0	111	0	109
641	Handel (allgemein)	—	14	—	15
642	Exportförderung, Auslandsmessen	—	69	—	64
643	Märkte und Inlandsmessen	0	—	0	—
649	Sonstiges	—	28	—	29
65	Fremdenverkehr	—	40	—	38
66	Geld- und Versicherungswesen	41	40	39	37
661	Banken und sonstige Kreditinstitute	20	19	18	18
662	Versicherungen	21	21	21	19
669	Sonstiges	—	—	—	—
67	Sonstige Dienstleistungen	—	1	—	1
68	Sonstige Bereiche	1 737	2 793	1 830	2 480
69	Regionale Förderungsmaßnahmen	70	766	69	802
691	Betriebliche Investitionen	—	286	—	223
692	Verbesserung der Infrastruktur	—	378	—	475
699	Sonstiges	70	102	69	104

[1]) Bundesanteil zur Finanzierung der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" nicht aufgeteilt (Nachweis in Funktion 529)

Kennziffer	Funktionen/Aufgabenbereiche	1988		1987	
		Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben
		— Millionen DM —			
7	**Verkehrs- und Nachrichtenwesen**	**963**	**13 004**	**939**	**13 250**
71	Verwaltung	296	439	307	431
711	Straßen- und Brückenbau	9	—	9	—
712	Wasserstraßen und Häfen	214	307	229	308
719	Sonstiges	73	132	69	123
72	Straßen	126	7 300	119	7 562
721	Bundesautobahnen	86	2 918	83	3 075
722	Bundesstraßen	20	2 954	20	2 800
723	Landstraßen	—	58	—	58
725	Gemeindestraßen	5	1 298	5	1 560
729	Sonstiges	14	73	11	69
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schiffahrt	90	1 931	77	1 920
74	Schienenverkehr	112	1 471	108	1 469
75	Luftfahrt	283	627	273	609
751	Flugsicherung	281	497	272	484
759	Sonstiges	2	130	2	125
76	Wetterdienst	56	210	55	223
77	Nachrichtenwesen	—	397	—	379
771	Post- und Fernmeldewesen	—	—	—	—
772	Rundfunkanstalten und Fernsehen	—	397	—	379
78	Sonstige Bereiche	0	628	0	657
8	**Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen**	**13 622**	**14 361**	**16 017**	**14 029**
81	Land- und forstwirtschaftliche Unternehmen	32	39	34	38
811	Domänen	—	0	—	0
812	Forsten	32	39	34	37
82	Versorgungsunternehmen	0	—	0	—
83	Verkehrsunternehmen	5 117	13 738	4 967	13 490
831	Straßenverkehrsunternehmen	—	373	—	200
832	Eisenbahnen	—	13 251	—	13 202
833	Schiffahrt	2	2	2	2
834	Häfen und Umschlag	—	—	—	—
835	Flughäfen und Luftverkehr	61	112	62	86
839	Sonstige Verkehrsunternehmen	5 054	—	4 903	—
84	Kombinierte Versorgungs- und Verkehrsunternehmen	—	—	—	—
85	Bergbau- und Gewerbeunternehmen	7 873	303	10 444	214
851	Bergbau	—	21	—	23
852	Industrielle Unternehmen	1 840	260	3 436	150
853	Banken und Kreditinstitute	6 015	—	7 006	—
859	Sonstiges	18	22	2	41

Kennziffer	Funktionen/Aufgabenbereiche	1988		1987	
		Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben
		— Millionen DM —			
86	Sonstige Wirtschaftsunternehmen	9	15	8	15
861	Staatsbäder	—	—	—	—
862	Lotterie, Lotto, Toto	—	—	—	—
869	Sonstiges	9	15	8	15
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	591	266	564	272
871	Allgemeines Grundvermögen	590	266	564	272
872	Allgemeines Kapitalvermögen	0	—	0	—
873	Sondervermögen	—	—	—	—
9	**Allgemeine Finanzwirtschaft**	**252 614**	**56 628**	**243 477**	**52 790**
91	Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	222 448	12 137	220 500	11 855
92	Schulden	28 530	33 229	22 485	31 705
93	Versorgung	88	10 235	95	9 511
931	Versorgung der Beamten und Richter	3	1 885	4	1 801
932	Versorgung der Soldaten der Bundeswehr	1	2 767	0	2 525
933	Beihilfen für Versorgungsempfänger	—	440	—	395
934	Versorgungsausgaben, die durch das Zweite Überleitungsgesetz vom Bund übernommen worden sind	—	43	—	43
935	Versorgung von verdrängten Angehörigen des öffentlichen Dienstes und von Angehörigen aufgelöster Dienststellen sowie ihrer Hinterbliebenen (nach G 131)	24	2 464	26	2 311
936	Versorgung von Berufssoldaten der früheren Wehrmacht und der berufsmäßigen Angehörigen des früheren Reichsarbeitsdienstes sowie ihrer Hinterbliebenen (nach G 131)	60	2 637	66	2 437
94	Beihilfen, Unterstützungen u.ä.	—	343	—	324
95	Rücklagen	—	—	—	—
96	Sonstiges	548	226	397	148
97	Abwicklung der Vorjahre	—	—	—	—
98	Globalposten	—	458	—	-753
981	Verstärkungsmittel für Personalausgaben	—	685	—	665
988	Globale Mehrausgaben/Globale Mindereinnahmen	—	—	—	—
989	Globale Minderausgaben/Globale Mehreinnahmen	—	-227	—	-1 418
99	Haushaltstechnische Verrechnungen	—	—	—	—
	Gesamteinnahmen und Gesamtausgaben	**275 040**	**275 040**	**268 545**	**268 545**

Teil III: Haushaltsquerschnitt

A. Gliederung der Einnahmen nach Funktionen und Einnahmegruppen

B. Gliederung der Ausgaben nach Funktionen und Ausgabegruppen

— Millionen DM —

Ord. Nr.	Funktion/Aufgabenbereich	Gebühren	Steuern	Übrige Verwaltungseinnahmen	Erlöse	Zinseinnahmen von				
						Verwaltungen			anderen Bereichen	zusammen
						Länder	Gemeinden	LAF, ERP, Zweckverbände		
		1	2	3	4	5	6	7	8	9
0	**Allgemeine Dienste**	**141**	—	**688**	**9**	**0**	**2**	—	**546**	**548**
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung	31	—	94	2	0	0	—	0	0
02	Auswärtige Angelegenheiten	27	—	53	1	—	—	—	518	518
03	Verteidigung	58	—	534	3	0	2	—	28	30
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	1	—	6	3	—	0	—	0	0
05	Rechtsschutz	24	—	2	0	—	—	—	—	—
1	**Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten**	234	—	49	0	—	—	—	13	13
13	Hochschulen	—	—	1	—	—	—	—	—	—
14	Förderung des Bildungswesens	—	—	—	—	—	—	—	3	3
15	Sonstiges Bildungswesen	—	—	1	—	—	—	—	0	0
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	234	—	48	0	—	—	—	10	10
19	Übrige Bereiche aus 1	—	—	0	—	—	—	—	—	—
2	**Soziale Sicherung, Soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung**	0	—	17	0	1	0	—	8	9
22	Sozialversicherung einschließlich Arbeitslosenversicherung	—	—	3	—	—	—	—	—	—
23	Familien-, Sozial- und Jugendhilfe	0	—	11	—	0	—	—	—	0
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	—	—	1	—	1	—	—	0	1
241	Kriegsopferversorgung (Leistungen und Einrichtungen)	—	—	0	—	—	—	—	—	—
247	Kriegsopferfürsorge	—	—	1	—	1	—	—	—	1
249	Vertriebene und Flüchtlinge; Sonstiges	—	—	1	—	—	—	—	0	0
25	Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	—	—	1	0	—	0	—	8	8
29	Übrige Bereiche aus 2	—	—	0	0	—	—	—	0	0
3	**Gesundheit und Sport**	0	—	1	0	0	—	—	—	0
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	0	—	0	—	0	—	—	—	0
312	Krankenhäuser und Heilstätten	—	—	—	—	0	—	—	—	0
319	Übrige Bereiche aus 31	0	—	0	—	—	—	—	—	—
32	Sport	—	—	0	—	—	—	—	—	—
33	Reinhaltung von Luft, Wasser und Erde, Lärmbekämpfung, Reaktorsicherheit, Strahlenschutz	0	—	1	0	—	—	—	—	—
4	**Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste**	7	—	13	—	74	4	—	96	174
41	Wohnungswesen	7	—	13	—	52	0	—	96	148
43	Komm. Gemeinschaftsdienste	—	—	—	—	22	4	—	—	26
44	Städtebauförderung	—	—	—	—	0	—	—	—	0

— Millionen DM —

Darlehensrückflüsse von					Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen von			Schuldenaufnahmen bei Verwaltungen	Zuweisungen, Zuschüsse für Investitionen	Sonstige Vermögensübertragungen	Sonstige Einnahmen	Einnahmen insgesamt	Ord. Nr.
Verwaltungen			anderen Bereichen	zusammen	Verwaltungen		anderen Bereichen						
Länder	Gemeinden	LAF, ERP, Zweckverbände			Länder	Gemeinden u. Sonstige							
10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	
0	**10**	**—**	**1 026**	**1 036**	**1**	**0**	**1 161**	**—**	**7**	**—**	**—**	**3 591**	**0**
0	0	—	3	4	0	0	174	—	—	—	—	305	01
—	—	—	1 016	1 016	—	—	669	—	—	—	—	2 283	02
0	10	—	7	16	—	—	318	—	7	—	—	967	03
—	0	—	0	0	1	—	0	—	—	—	—	11	04
—	—	—	—	—	—	—	0	—	—	—	—	26	05
—	—	—	**302**	**302**	**2**	—	**8**	—	—	—	—	**608**	**1**
—	—	—	—	—	—	—	6	—	—	—	—	7	13
—	—	—	263	263	—	—	—	—	—	—	—	266	14
—	—	—	1	1	—	—	—	—	—	—	—	2	15
—	—	—	38	38	2	—	2	—	—	—	—	333	16
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	0	19
24	**0**	**—**	**26**	**50**	**344**	**—**	**167**	**—**	**—**	**—**	**—**	**587**	**2**
—	—	—	—	—	—	—	6	—	—	—	—	9	22
0	—	—	0	0	73	—	1	—	—	—	—	85	23
24	—	—	1	25	271	—	0	—	—	—	—	298	24
—	—	—	—	—	0	—	0	—	—	—	—	0	241
24	—	—	—	24	270	—	—	—	—	—	—	295	247
—	—	—	1	1	1	—	0	—	—	—	—	3	249
—	0	—	25	25	—	—	160	—	—	—	—	195	25
—	—	—	0	0	—	—	0	—	—	—	—	0	29
0	—	—	**0**	**1**	**1**	—	**0**	—	—	—	—	**4**	**3**
0	—	—	—	0	—	—	0	—	—	—	—	1	31
0	—	—	—	0	—	—	—	—	—	—	—	1	312
—	—	—	—	—	—	—	0	—	—	—	—	1	319
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	0	32
—	—	—	0	0	1	—	—	—	—	—	—	2	33
204	**5**	**—**	**213**	**423**	**—**	**—**	**—**	**—**	**—**	**—**	**—**	**617**	**4**
179	0	—	213	392	—	—	—	—	—	—	—	560	41
26	5	—	—	31	—	—	—	—	—	—	—	57	43
0	—	—	—	0	—	—	—	—	—	—	—	0	44

— Millionen DM —

Ord. Nr.	Funktion/Aufgabenbereich	Gebühren	Steuern	Übrige Verwaltungseinnahmen	Erlöse	Zinseinnahmen von				
						Verwaltungen			anderen Bereichen	zusammen
						Länder	Gemeinden	LAF, ERP, Zweckverbände		
		1	2	3	4	5	6	7	8	9
5	**Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**	**9**	—	**23**	**0**	**18**	—	—	**11**	**29**
52	Verbesserung der Agrarstruktur	—	—	3	—	18	—	—	10	28
521	Flurbereinigung	—	—	—	—	1	—	—	—	1
522	Einzelbetriebliche Förderung; Verbesserung der Marktstruktur; Wirtschaftswege	—	—	—	—	17	—	—	10	27
528	EWG-Ausrichtungsfonds	—	—	—	—	—	—	—	—	—
529	Übrige Bereiche aus 52	—	—	3	—	—	—	—	0	0
53	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	0	—	15	—	—	—	—	—	—
533	Gasölverbilligung	—	—	—	—	—	—	—	—	—
539	Übrige Bereiche aus 53	0	—	15	—	—	—	—	—	—
59	Übrige Bereiche aus 5	9	—	5	0	—	—	—	1	1
6	**Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen**	**1 814**	—	**43**	**0**	**2**	—	—	**19**	**21**
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	—	—	1	—	—	—	—	0	0
622	Sonstige Energieformen	—	—	1	—	—	—	—	—	—
626	Erdölversorgung	—	—	—	—	—	—	—	—	—
629	Übrige Bereiche aus 62	—	—	—	—	—	—	—	0	0
63	Bergbau, und verarbeitendes Gewerbe	—	—	—	—	—	—	—	—	—
64	Handel	—	—	—	—	0	—	—	—	0
65	Regionale Förderungsmaßnahmen	—	—	—	—	2	—	—	—	2
69	Übrige Bereiche aus 6	1 814	—	42	0	—	—	—	19	19
7	**Verkehrs- und Nachrichtenwesen**	**612**	—	**105**	**8**	**51**	**0**	—	**0**	**52**
72	Straßen	—	—	63	3	6	0	—	0	6
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schiffahrt	56	—	6	0	0	—	—	0	0
74	Schienenverkehr	—	—	—	—	45	—	—	—	45
75	Luftfahrt	277	—	4	0	—	—	—	—	—
79	Übrige Bereiche aus 7	279	—	32	5	—	—	—	—	—
8	**Wirtschaftsunternehmen, allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen**	—	—	**11 581**	**2 020**	—	—	—	**16**	**16**
81	Wirtschaftsunternehmen	—	—	11 211	1 800	—	—	—	16	16
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	—	—	370	220	—	—	—	0	0
9	**Allgemeine Finanzwirtschaft**	—	**222 448**	**10**	—	—	—	—	**210**	**210**
91	Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	—	222 448	—	—	—	—	—	—	—
92	Schulden	—	—	—	—	—	—	—	210	210
93	Versorgung	—	—	2	—	—	—	—	—	—
99	Übrige Bereiche aus 9	—	—	8	—	—	—	—	—	—
	Gesamteinnahmen	**2 816**	**222 448**	**12 530**	**2 038**	**146**	**7**	—	**921**	**1 074**

— Millionen DM —

Darlehensrückflüsse von					Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen von			Schuldenaufnahmen bei Verwaltungen	Zuweisungen, Zuschüsse für Investitionen	Sonstige Vermögensübertragungen	Sonstige Einnahmen	Einnahmen insgesamt	Ord. Nr.
Verwaltungen			anderen Bereichen	zusammen	Verwaltungen		anderen Bereichen						
Länder	Gemeinden	LAF, ERP, Zweckverbände			Länder	Gemeinden u. Sonstige							
10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	
63	—	—	**105**	**169**	—	—	**122**	—	—	—	—	**353**	**5**
63	—	—	92	156	—	—	122	—	—	—	—	309	52
19	—	—	—	19	—	—	—	—	—	—	—	21	521
44	—	—	92	136	—	—	—	—	—	—	—	163	522
—	—	—	—	—	—	—	122	—	—	—	—	122	528
—	—	—	0	0	—	—	—	—	—	—	—	3	529
—	—	—	—	—	—	—	0	—	—	—	—	15	53
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	533
—	—	—	—	—	—	—	0	—	—	—	—	15	539
—	—	—	13	13	—	—	0	—	—	—	—	29	59
10	—	**1**	**88**	**99**	—	—	**103**	—	—	—	—	**2080**	**6**
—	—	1	0	1	—	—	—	—	—	—	—	2	62
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	622
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	626
—	—	1	0	1	—	—	—	—	—	—	—	1	629
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	63
0	—	—	—	0	—	—	—	—	—	—	—	0	64
10	—	—	—	10	—	—	58	—	—	—	—	70	65
—	—	—	88	88	—	—	45	—	—	—	—	2 008	69
75	**0**	—	**7**	**82**	**13**	—	**84**	—	—	**7**	—	**963**	**7**
7	0	—	1	8	—	—	45	—	—	—	—	126	72
1	—	—	6	6	12	—	3	—	—	7	—	90	73
67	—	—	—	67	—	—	—	—	—	—	—	112	74
—	—	—	1	1	—	—	2	—	—	—	—	283	75
—	—	—	0	0	1	—	35	—	—	—	—	352	79
—	—	—	**2**	**2**	—	—	**2**	—	—	—	—	**13622**	**8**
—	—	—	2	2	—	—	2	—	—	—	—	13032	81
—	—	—	0	0	—	—	—	—	—	—	—	591	87
—	—	—	—	—	**45**	**28**	**13**	—	—	—	—	**222754**	**9**
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	222448	91
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	210	92
—	—	—	—	—	45	28	13	—	—	—	—	88	93
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8	99
377	**16**	**1**	**1770**	**2164**	**405**	**28**	**1662**	—	**7**	**7**	—	**245180**	

— Millionen DM —

Ord. Nr.	Funktion/Aufgabenbereich	Personalausgaben	Sächliche Verwaltungsausgaben	Rüstungskäufe usw.	Zinsausgaben	Zuweisungen und Erstattungen mit Ausnahme für Investitionen an			
						Länder	Gemeinden	LAF, ERP, Zweckverbände	zusamm
		1	2	3	4	5	6	7	8
0	**Allgemeine Dienste**	29 802	9 489	21 481	—	1 257	29	—	1 2
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung	4 792	1 908	—	—	492	1	—	
02	Auswärtige Angelegenheiten	574	399	—	—	3	—	—	
03	Verteidigung	23 158	6 696	21 481	—	753	28	—	
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	1 119	453	—	—	2	—	—	
05	Rechtsschutz	158	33	—	—	6	—	—	
1	**Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten**	589	4 544	—	—	340	—	—	
13	Hochschulen	8	16	—	—	12	—	—	
14	Förderung des Bildungswesens	11	4	—	—	260	—	—	
15	Sonstiges Bildungswesen	9	162	—	—	—	—	—	
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	555	4 314	—	—	38	—	—	
19	Übrige Bereiche aus 1	6	47	—	—	30	—	—	
2	**Soziale Sicherung, Soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung**	111	997	—	—	5 888	540	770	7
22	Sozialversicherung einschließlich Arbeitslosenversicherung	—	8	—	—	—	—	—	
23	Familien-, Sozial- und Jugendhilfe	0	0	—	—	3 479	540	—	4
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	—	483	—	—	2 283	—	770	3
241	Kriegsopferversorgung (Leistungen und Einrichtungen)	—	291	—	—	61	—	—	
243	Lastenausgleich	—	—	—	—	—	—	770	
244	Wiedergutmachung	—	—	—	—	873	—	—	
247	Kriegsopferfürsorge	—	—	—	—	1 259	—	—	1
249	Vertriebene und Flüchtlinge; Sonstiges	—	192	—	—	90	—	—	
25	Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	35	60	—	—	—	—	—	
27	Vermögensbildung	—	—	—	—	—	—	—	
29	Übrige Bereiche aus 2	75	446	—	—	126	—	—	
3	**Gesundheit und Sport**	47	228	—	—	59	—	—	
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	7	96	—	—	—	—	—	
312	Krankenhäuser und Heilstätten	—	—	—	—	—	—	—	
319	Übrige Bereiche aus 31	7	96	—	—	—	—	—	
32	Sport	4	3	—	—	—	—	—	
33	Reinhaltung von Luft, Wasser und Erde, Lärmbekämpfung, Reaktorsicherheit, Strahlenschutz	36	129	—	—	59	—	—	
4	**Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste**	—	5	—	—	—	79	—	
41	Wohnungswesen	—	3	—	—	—	—	—	
42	Raumordnung, Landesplanung	—	2	—	—	—	—	—	
43	Komm. Gemeinschaftsdienste	—	—	—	—	—	79	—	
44	Städtebauförderung	—	—	—	—	—	—	—	

— Millionen DM —

Zuschüsse und Erstattungen mit Ausnahme für Investitionen					Schuldendiensthilfen an				Ord. Nr.
					Verwaltungen				
Renten, Unterstützungen usw.	an Unternehmen	an Sozialversicherung	an Sonstige	zusammen	Länder	Gemeinden und Sonstige	andere Bereiche	zusammen	
9	10	11	12	13	14	15	16	17	
559	**251**	**3**	**2 908**	**3 721**	—	—	**33**	**33**	**0**
58	250	0	167	475	—	—	—	—	01
119	—	—	2 267	2 386	—	—	33	33	02
382	1	3	466	852	—	—	0	0	03
0	—	—	6	6	—	—	—	—	04
0	—	—	2	2	—	—	—	—	05
181	**2 018**	**0**	**1 389**	**3 589**	—	—	—	—	**1**
20	—	—	4	24	—	—	—	—	13
123	—	—	—	123	—	—	—	—	14
5	—	—	179	184	—	—	—	—	15
34	2 017	0	1 122	3 173	—	—	—	—	16
—	1	—	84	86	—	—	—	—	19
32 542	**291**	**45 387**	**485**	**78 706**	—	—	**212**	**212**	**2**
182	—	44 032	—	44 213	—	—	—	—	22
14 505	290	325	213	15 333	—	—	—	—	23
9 856	—	690	184	10 730	—	—	68	68	24
9 789	—	607	3	10 400	—	—	28	28	241
—	—	—	—	—	—	—	—	—	243
—	—	2	61	62	—	—	—	—	244
—	—	—	—	—	—	—	—	—	247
66	—	81	119	267	—	—	40	40	249
8 000	1	0	73	8 073	—	—	144	144	25
—	—	—	—	—	—	—	—	—	27
—	—	340	16	357	—	—	—	—	29
0	**3**	—	**230**	**233**	—	—	**0**	**0**	**3**
—	—	—	151	151	—	—	0	0	31
—	—	—	1	1	—	—	0	0	312
—	—	—	150	150	—	—	—	—	319
—	—	—	72	72	—	—	—	—	32
0	3	—	6	9	—	—	—	—	33
—	—	—	**0**	**0**	**50**	—	**700**	**750**	**4**
—	—	—	0	0	50	—	700	750	41
—	—	—	—	—	—	—	—	—	42
—	—	—	—	—	—	—	—	—	43
—	—	—	—	—	—	—	—	—	44

— Millionen DM —

Ord. Nr.	Funktion/Aufgabenbereich	Baumaßnahmen	Erwerb von			Darlehen an				
			beweglichem Vermögen	unbeweglichem Vermögen	Beteiligungen	Verwaltungen		andere Bereiche		z sam
						Länder	Gemeinden u. Sonstige	Sozialversicherung	Sonstige	
		18	19	20	21	22	23	24	25	2
0	**Allgemeine Dienste**	867	838	117	1 033	—	1	—	2 915	2
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung	358	127	32	—	—	—	—	4	
02	Auswärtige Angelegenheiten	80	11	13	1 025	—	—	—	2 909	2
03	Verteidigung	321	487	72	—	—	1	—	0	
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	100	207	0	—	—	0	—	1	
05	Rechtsschutz	8	6	0	8	—	—	—	—	
1	**Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten**	485	82	0	0	1 270	—	—	—	1
13	Hochschulen	10	0	—	—	—	—	—	—	
14	Förderung des Bildungswesens	0	0	—	—	1 240	—	—	—	1
15	Sonstiges Bildungswesen	3	0	—	—	—	—	—	—	
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	472	78	0	0	30	—	—	—	
19	Übrige Bereiche aus 1	0	3	—	—	—	—	—	—	
2	**Soziale Sicherung, Soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung**	25	1	—	—	22	—	—	11	
22	Sozialversicherung einschließlich Arbeitslosenversicherung	—	—	—	—	—	—	—	—	
23	Familien-, Sozial- und Jugendhilfe	—	—	—	—	—	—	—	—	
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	12	—	—	—	22	—	—	4	
241	Kriegsopferversorgung (Leistungen und Einrichtungen)	—	—	—	—	—	—	—	—	
243	Lastenausgleich	—	—	—	—	—	—	—	—	
244	Wiedergutmachung	—	—	—	—	—	—	—	—	
247	Kriegsopferfürsorge	—	—	—	—	22	—	—	—	
249	Vertriebene und Flüchtlinge, Sonstiges	12	—	—	—	—	—	—	4	
25	Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	13	1	—	—	—	—	—	7	
27	Vermögensbildung	—	—	—	—	—	—	—	—	
29	Übrige Bereiche aus 2	0	1	—	—	—	—	—	—	
3	**Gesundheit und Sport**	2	24	—	—	—	—	—	—	
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	0	0	—	—	—	—	—	—	
312	Krankenhäuser und Heilstätten	—	—	—	—	—	—	—	—	
319	Übrige Bereiche aus 31	0	0	—	—	—	—	—	—	
32	Sport	—	0	—	—	—	—	—	—	
33	Reinhaltung von Luft, Wasser und Erde, Lärmbekämpfung, Reaktorsicherheit, Strahlenschutz	2	24	—	—	—	—	—	—	
4	**Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste**	—	—	—	—	1 118	24	—	15	
41	Wohnungswesen	—	—	—	—	1 118	—	—	15	
42	Raumordnung, Landesplanung	—	—	—	—	—	—	—	—	
43	Komm. Gemeinschaftsdienste	—	—	—	—	—	24	—	—	
44	Städtebauförderung	—	—	—	—	—	—	—	—	

— Millionen DM —

Zuweisungen, Zuschüsse für Investitionen an					Sonstige Vermögensübertragungen an				Sonstige Ausgaben	Ausgaben insgesamt	Ord. Nr.
Verwaltungen		andere Bereiche		zusammen	Verwaltungen		andere Bereiche	zusammen			
Länder	Gemeinden u. Sonstige	Sozialversicherung	Sonstige		Länder	Gemeinden u. Sonstige					
27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	
14	**129**	—	**1 860**	**2 003**	—	—	**239**	**239**	—	**73 824**	**0**
—	—	—	3	3	—	—	—	—	—	8 193	01
—	—	—	1 734	1 734	—	—	—	—	—	9 168	02
14	129	—	123	266	—	—	239	239	—	54 354	03
—	0	—	0	0	—	—	—	—	—	1 888	04
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	220	05
1 019	**1**	—	**1 799**	**2 818**	—	—	—	—	—	**13 717**	**1**
1 001	—	—	—	1 001	—	—	—	—	—	1 071	13
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1 638	14
—	—	—	42	42	—	—	—	—	—	400	15
9	—	—	1 738	1 747	—	—	—	—	—	10 407	16
10	1	—	19	29	—	—	—	—	—	201	19
7	**0**	—	**901**	**908**	—	—	**228**	**228**	—	**88 419**	**2**
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	44 221	22
7	—	—	—	7	—	—	—	—	—	19 360	23
—	—	—	—	—	—	—	10	10	—	14 381	24
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10 780	241
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	770	243
—	—	—	—	—	—	—	2	2	—	937	244
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1 281	247
—	—	—	—	—	—	—	8	8	—	613	249
—	—	—	21	21	—	—	218	218	—	8 571	25
—	—	—	870	870	—	—	—	—	—	870	27
—	0	—	10	10	—	—	—	—	—	1 015	29
32	—	—	**146**	**178**	—	—	**2**	**2**	—	**774**	**3**
—	—	—	12	12	—	—	2	2	—	268	31
—	—	—	2	2	—	—	2	2	—	6	312
—	—	—	10	10	—	—	—	—	—	262	319
32	—	—	—	32	—	—	—	—	—	112	32
—	—	—	134	134	—	—	—	—	—	394	33
711	**29**	—	—	**740**	—	—	—	—	—	**2 730**	**4**
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1 886	41
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	42
—	23	—	—	23	—	—	—	—	—	125	43
711	6	—	—	717	—	—	—	—	—	717	44

— Millionen DM —

Ord. Nr.	Funktion/Aufgabenbereich	Personalausgaben	Sächliche Verwaltungsausgaben	Rüstungskäufe usw.	Zinsausgaben	Zuweisungen und Erstattungen mit Ausnahme für Investitionen an			
						Länder	Gemeinden	LAF, ERP, Zweckverbände	zusamm.
		1	2	3	4	5	6	7	8
5	**Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**	48	242	—	—	1 260	—	—	1
52	Verbesserung der Agrarstruktur	—	12	—	—	565	—	—	
522	Einzelbetriebliche Förderung; Verbesserung der Marktstruktur; Wirtschaftswege	—	—	—	—	—	—	—	
528	EWG-Ausrichtungsfonds	—	—	—	—	—	—	—	
529	Übrige Bereiche aus 52	—	12	—	—	565	—	—	
53	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	—	187	—	—	660	—	—	
531	EWG-Garantiefonds	—	—	—	—	—	—	—	
533	Gasölverbilligung	—	—	—	—	660	—	—	
539	Übrige Bereiche aus 53	—	187	—	—	—	—	—	
59	Übrige Bereiche aus 5	48	43	—	—	35	—	—	
6	**Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen**	206	408	—	—	49	—	—	
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	—	99	—	—	—	—	—	
621	Kernenergie	—	—	—	—	—	—	—	
622	Sonstige Energieformen	—	—	—	—	—	—	—	
626	Erdölversorgung	—	13	—	—	—	—	—	
629	Übrige Bereiche aus 62	—	87	—	—	—	—	—	
63	Bergbau, und verarbeitendes Gewerbe	—	107	—	—	—	—	—	
64	Handel	—	49	—	—	—	—	—	
65	Regionale Förderungsmaßnahmen	—	—	—	—	49	—	—	
69	Übrige Bereiche aus 6	206	153	—	—	—	—	—	
7	**Verkehrs- und Nachrichtenwesen**	1 206	2 021	—	—	138	—	—	
72	Straßen	—	974	—	—	138	—	—	
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schiffahrt	532	345	—	—	—	—	—	
74	Schienenverkehr	—	—	—	—	—	—	—	
75	Luftfahrt	224	195	—	—	—	—	—	
79	Übrige Bereiche aus 7	450	507	—	—	—	—	—	
8	**Wirtschaftsunternehmen, allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen**	25	214	—	—	—	0	—	
81	Wirtschaftsunternehmen	25	30	—	—	—	—	—	
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	—	184	—	—	—	0	—	
9	**Allgemeine Finanzwirtschaft**	8 573	1 056	—	32 398	13 519	140	6	13
91	Allgemeine Finanzzuweisungen	—	—	—	—	12 137	—	—	12
92	Schulden	—	500	—	32 398	67	—	—	
93	Versorgung	8 036	86	—	—	1 070	140	6	1
99	Übrige Bereiche aus 9	538	470	—	—	245	—	—	
	Gesamtausgaben	40 606	19 204	21 481	32 398	22 509	788	776	24

— Millionen DM —

Zuschüsse und Erstattungen mit Ausnahme für Investitionen					Schuldendiensthilfen an				Ord. Nr.
					Verwaltungen				
Renten, Unterstützungen usw.	an Unternehmen	an Sozialversicherung	an Sonstige	zusammen	Länder	Gemeinden und Sonstige	andere Bereiche	zusammen	
9	10	11	12	13	14	15	16	17	
—	**642**	—	**71**	**713**	—	—	**41**	**41**	**5**
—	—	—	—	—	—	—	41	41	52
—	—	—	—	—	—	—	3	3	522
—	—	—	—	—	—	—	—	—	528
—	—	—	—	—	—	—	38	38	529
—	619	—	—	619	—	—	—	—	53
—	—	—	—	—	—	—	—	—	531
—	—	—	—	—	—	—	—	—	533
—	619	—	—	619	—	—	—	—	539
—	23	—	71	94	—	—	1	1	59
1	**2 739**	**0**	**115**	**2 855**	—	—	**252**	**252**	**6**
—	39	—	41	80	—	—	—	—	62
—	25	—	41	66	—	—	—	—	621
—	—	—	—	—	—	—	—	—	622
—	—	—	—	—	—	—	—	—	626
—	14	—	—	14	—	—	—	—	629
—	2 700	—	—	2 700	—	—	240	240	63
—	—	—	63	63	—	—	—	—	64
—	—	—	—	—	—	—	—	—	65
1	—	0	11	13	—	—	12	12	69
8	**3**	**1**	**676**	**688**	**1**	—	—	**1**	**7**
—	—	—	—	—	1	—	—	1	72
—	—	1	—	1	—	—	—	—	73
—	1	—	—	1	—	—	—	—	74
—	—	0	50	51	—	—	—	—	75
8	1	—	626	635	—	—	—	—	79
—	**9 725**	—	—	**9 725**	—	—	—	—	**8**
—	9 725	—	—	9 725	—	—	—	—	81
—	—	—	—	—	—	—	—	—	87
1	—	**898**	—	**899**	—	—	—	—	**9**
—	—	—	—	—	—	—	—	—	91
—	—	—	—	—	—	—	—	—	92
0	—	898	—	898	—	—	—	—	93
1	—	—	—	1	—	—	—	—	99
33 293	**15 670**	**46 289**	**5 875**	**101 128**	**51**	—	**1 237**	**1 288**	

— Millionen DM —

Ord. Nr.	Funktion/Aufgabenbereich	Baumaßnahmen	Erwerb von beweglichem Vermögen	Erwerb von unbeweglichem Vermögen	Beteiligungen	Darlehen an Verwaltungen: Länder	Darlehen an Verwaltungen: Gemeinden u. Sonstige	Darlehen an andere Bereiche: Sozialversicherung	Darlehen an andere Bereiche: Sonstige	sam
		18	19	20	21	22	23	24	25	
5	**Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**	6	2	—	3	—	—	—	4	
52	Verbesserung der Agrarstruktur	—	—	—	3	—	—	—	—	
522	Einzelbetriebliche Förderung; Verbesserung der Marktstruktur; Wirtschaftswege	—	—	—	3	—	—	—	—	
528	EWG-Ausrichtungsfonds	—	—	—	—	—	—	—	—	
529	Übrige Bereiche aus 52	—	—	—	—	—	—	—	—	
53	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	—	—	—	—	—	—	—	—	
531	EWG-Garantiefonds	—	—	—	—	—	—	—	—	
533	Gasölverbilligung	—	—	—	—	—	—	—	—	
539	Übrige Bereiche aus 53	—	—	—	—	—	—	—	—	
59	Übrige Bereiche aus 5	6	2	—	—	—	—	—	4	
6	**Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen**	1	5	—	—	53	—	—	2 990	
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	—	—	—	—	—	—	—	75	
621	Kernenergie	—	—	—	—	—	—	—	—	
622	Sonstige Energieformen	—	—	—	—	—	—	—	—	
626	Erdölversorgung	—	—	—	—	—	—	—	75	
629	Übrige Bereiche aus 62	—	—	—	—	—	—	—	—	
63	Bergbau, und verarbeitendes Gewerbe	—	—	—	—	—	—	—	165	
64	Handel	—	—	—	—	—	—	—	—	
65	Regionale Förderungsmaßnahmen	—	—	—	—	53	—	—	—	
69	Übrige Bereiche aus 6	1	5	—	—	—	—	—	2 750	
7	**Verkehrs- und Nachrichtenwesen**	4 991	285	373	—	91	—	—	158	
72	Straßen	4 349	97	370	—	8	—	—	3	
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schiffahrt	566	49	3	—	—	—	—	155	
74	Schienenverkehr	—	—	—	—	83	—	—	—	
75	Luftfahrt	56	101	—	—	—	—	—	0	
79	Übrige Bereiche aus 7	20	37	—	—	—	—	—	—	
8	**Wirtschaftsunternehmen, allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen**	68	1	10	262	—	—	—	112	
81	Wirtschaftsunternehmen	—	1	—	262	—	—	—	112	
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	68	1	10	—	—	—	—	—	
9	**Allgemeine Finanzwirtschaft**	—	—	—	—	—	—	—	—	
91	Allgemeine Finanzzuweisungen	—	—	—	—	—	—	—	—	
92	Schulden	—	—	—	—	—	—	—	—	
93	Versorgung	—	—	—	—	—	—	—	—	
99	Übrige Bereiche aus 9	—	—	—	—	—	—	—	—	
	Gesamtausgaben	6 446	1 238	500	1 298	2 554	25	—	6 204	

— Millionen DM —

Zuweisungen, Zuschüsse für Investitionen an					Sonstige Vermögensübertragungen an				Sonstige Ausgaben	Ausgaben insgesamt	Ord. Nr.
Verwaltungen		andere Bereiche		zusammen	Verwaltungen		andere Bereiche	zusammen			
Länder	Gemeinden u. Sonstige	Sozialversicherung	Sonstige		Länder	Gemeinden u. Sonstige					
27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	
900	—	—	**8**	**908**	—	—	—	—	—	**3 226**	**5**
900	—	—	—	900	—	—	—	—	—	1 520	52
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6	522
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	528
900	—	—	—	900	—	—	—	—	—	1 515	529
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1 465	53
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	531
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	660	533
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	805	539
—	—	—	8	8	—	—	—	—	—	240	59
628	—	—	**745**	**1 372**	—	—	**166**	**166**	—	**8 358**	**6**
80	—	—	35	115	—	—	—	—	—	369	62
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	66	621
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	622
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	88	626
80	—	—	35	115	—	—	—	—	—	216	629
—	—	—	593	593	—	—	166	166	—	3 971	63
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	111	64
548	—	—	117	664	—	—	—	—	—	766	65
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3 140	69
2 152	**197**	—	**697**	**3 046**	—	—	**7**	**7**	—	**13 004**	**7**
1 164	197	—	—	1 361	—	—	—	—	—	7 300	72
23	—	—	250	273	—	—	7	7	—	1 931	73
965	—	—	422	1 387	—	—	—	—	—	1 471	74
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	627	75
—	—	—	25	25	—	—	—	—	—	1 674	79
—	**4**	—	**3 919**	**3 923**	—	—	**21**	**21**	—	**14 361**	**8**
—	—	—	3 919	3 919	—	—	21	21	—	14 095	81
—	4	—	0	4	—	—	—	—	—	266	87
—	—	—	—	—	**264**	—	—	**264**	**—227**	**56 628**	**9**
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	12 137	91
—	—	—	—	—	264	—	—	264	—	33 229	92
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10 235	93
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—227	1 027	99
5 463	**359**	—	**10 074**	**15 895**	**264**	—	**665**	**929**	**—227**	**275 040**	

Teil IV

Übersicht

über die den Haushalt in Einnahmen und Ausgaben durchlaufenden Posten

(Die ausgewiesenen Titel sind Leertitel)

Einnahmen		Ausgaben	
Kap./Tit. Zweckbestimmung	Ist 1986 1 000 DM	Kap./Tit. Zweckbestimmung	Ist 1986 1 000 DM
Epl. 10 - Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten			
rläuterungen			
0 02/380 04 innahmen aus der Abgabe der Mühlen emäß § 12 des Mühlenstrukturgesetzes	475	10 02/980 04 Kosten der Stillegung von Mühlen, der Abfindungen für Ostmüller und anderer Maßnahmen gemäß § 12 des Mühlenstrukturgesetzes	610
0 02/380 05 eiträge zur Förderung des Fischabsatzes gemäß § 6 des Gesetzes über den erkehr mit Fischen und Fischwaren ischgesetz)	2 806	10 02/980 75 Förderung des Fischabsatzes gemäß § 6 des Gesetzes über den Verkehr mit Fischen und Fischwaren (Fischgesetz)	3 009
0 07/380 02 eiträge gemäß § 10 des Absatzfondsesetzes	88 939	10 07/980 02 Abführung der Beiträge an den zentralen Fonds zur Absatzförderung (Absatzfonds), die das Bundesamt gemäß § 10 des Absatzfondsgesetzes zu erheben hat	88 939
umme	92 220	Summe	92 558
Epl. 12 - Bundesminister für Verkehr			
2 03/380 02 otsgeld, Entgelte der Kanalsteurer auf em Nord-Ostsee-Kanal	126 724		
2 03/380 03 efahrungsabgaben, die für Dritte erhoen werden	11 023	12 03/980 01 Durchleitung von Fremdgeldern	137 747
umme	137 747	Summe	137 747
Epl. 60 - Allgemeine Finanzverwaltung			
1 01/380 01-03 astenausgleichsabgaben	679	60 04/980 01 Abführung der Ausgleichsabgaben an den Lastenausgleichsfonds	679
mme	679	Summe	679
esamtsumme	230 646	Gesamtsumme	230 984

a) = Oberste Bundesbehörde
b) = Nachgeordneter Bereich

Geschäftsbereich		Besoldungsordnung B											Höherer Dienst			
		B 11	B 10	B 9	B 8	B 7	B 6	B 5	B 4	B 3	B 2	B 1	Zus.	A 16	A 15	A 14	A 13
Bundespräsidialamt	a)	1	—	1	—	—	2	—	—	6	—	—	10	6	3	3	-
Geschäftsstelle der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung	a)	—	—	—	—	—	2	—	—	1	—	—	3	1	2	3	-
Deutscher Bundestag	a)	—	1	2	—	—	9	—	—	41	—	—	53	36	62	44	1
Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages	a)	—	—	—	—	—	1	—	—	3	—	—	4	3	5	4	-
Bundesrat	a)	—	1	1	—	—	1	—	—	6	—	—	9	3	7	4	
Bundeskanzleramt	a)	1	—	5	—	—	15	—	—	28	—	—	49	17	39	17	
	b)	1	—	—	—	—	1	—	—	6	—	—	8	5	6	2	
Presse- und Informationsamt der Bundesregierung	a)	1	2	4	—	—	6	—	—	18	—	—	31	14	36	24	
Auswärtiges Amt	a)	2	—	10	—	—	20	—	—	55	—	—	87	31	134	79	2
	b)	—	—	17	—	—	50	—	—	89	—	—	156	129	313	246	4
Bundesminister des Innern[1])	a)	2	—	9	—	1	14	1	—	73	—	—	100	22	106	58	
	b)	—	—	1	2	2	8	1	8	16	25	—	63	103	330	443	2
Bundesminister der Justiz	a)	1	—	6	—	—	12	—	—	47	—	—	66	17	64	20	
	b)	—	—	—	1	—	—	—	1	—	4	—	6	36	324	264	6
Bundesminister der Finanzen	a)	2	—	9	—	—	22	—	—	100	—	—	133	36	183	97	2
	b)	—	—	—	—	18	2	—	—	34	20	—	74	61	280	369	19
Bundesminister für Wirtschaft	a)	2	—	7	—	—	23	—	—	80	—	—	112	36	178	99	2
	b)	—	—	—	2	2	1	—	2	22	38	52	119	32	188	387	1
Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	a)	2	—	6	—	—	11	—	—	45	—	—	64	25	108	66	
	b)	—	—	—	—	—	2	—	2	19	37	60	120	7	91	221	
Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung	a)	2	—	7	—	—	12	—	—	61	—	—	82	24	84	41	
	b)	—	—	—	1	—	—	1	1	—	10	6	19	5	37	41	
Bundesminister für Verkehr	a)	1	—	8	—	—	12	—	—	57	—	—	78	23	132	73	
	b)	—	—	—	—	—	2	9	1	6	18	5	41	69	286	445	1
Bundesminister für das Post- u. Fernmeldewesen	b)	—	—	—	—	—	1	—	—	—	1	—	2	1	4	7	
Bundesminister der Verteidigung	a)	3	—	9	—	—	24	—	—	114	—	—	150	51	257	130	3
	b)	—	—	1	—	9	4	3	19	14	80	—	130	275	1 196	1 847	6
Bundesminister für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit	a)	1	—	4	—	—	8	—	—	39	—	—	52	23	63	35	
	b)	—	—	—	1	—	—	—	2	11	38	110	162	7	78	201	
Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	a)	1	—	5	—	—	9	—	—	33	—	—	48	18	79	43	
	b)	—	—	—	1	—	—	—	1	2	13	11	28	2	54	66	
Bundesverfassungsgericht	a)	2	—	—	—	—	—	1	—	1	—	—	4	1	3	1	
Bundesrechnungshof	a)	1	—	1	—	—	8	—	—	52	—	—	62	6	52	21	

nalübersicht
.mten
llen —
haushaltsplan 1988

ngsgruppen																		Gesamtzahl der Planstellen
Besoldungsordnung A																		
Gehobener Dienst					Mittlerer Dienst							Einfacher Dienst						
A 12	A 11	A 10	A 9	Zus.	A 9 mZ	A 9	A 8	A 7	A 6	A 5	Zus.	A 5 eZ	A 5	A 4	A 3/4	A 3	A 2/3	Zus.	
3	—	1	—	11	1	2	2	1	2	—	8	—	6	2	—	—	—	8	49
1	1	—	—	4	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	13
47	36	14	2	186	30	75	82	79	20	2	288	—	174	56	—	—	4	234	915
4	3	—	—	13	1	1	1	—	—	—	3	—	2	—	—	—	—	2	34
4	3	—	—	17	1	3	—	1	—	—	5	—	11	7	—	—	5	23	69
16	9	2	—	68	7	18	10	6	—	—	41	—	20	12	—	—	3	35	271
9	2	—	—	21	2	3	5	—	—	—	10	—	4	3	—	—	—	7	60
12	11	2	2	54	3	9	4	6	—	—	22	—	9	7	—	—	4	20	207
83	49	37	10	349	17	48	54	38	7	1	165	—	33	33	—	—	17	83	950
206	305	171	55	896	20	60	175	155	21	6	437	—	33	66	—	—	26	125	2 387
55	30	7	2	255	20	45	19	3	9	—	96	—	19	25	—	—	11	55	701
542	1 237	1 405	639	4 048	702	1 866	3 175	5 415	5 794	838	17 790	—	69	135	—	—	49	253	23 241
24	10	5	1	94	10	24	12	7	1	—	54	—	12	16	—	—	7	35	360
123	208	21	4	441	36	104	72	53	—	—	265	11	56	79	—	13	10	169	1 574
102	45	—	—	444	35	82	36	3	—	—	156	—	26	27	—	—	14	67	1 141
443	3 046	3 104	1 548	9 735	914	2 138	5 962	7 137	2 433	1 278	19 862	—	354	787	—	—	280	1 421	31 995
63	27	6	2	286	17	35	17	25	12	—	106	—	31	38	—	—	14	83	925
114	148	132	24	473	10	22	69	75	31	13	220	—	11	15	—	—	7	33	1 563
38	19	9	3	176	10	24	14	6	14	—	68	—	15	25	—	—	11	51	574
17	35	29	11	103	2	4	9	10	6	—	31	—	1	—	—	—	—	1	636
37	18	7	—	167	4	12	8	9	4	1	38	—	19	25	—	—	9	53	500
59	63	30	7	189	4	10	10	4	1	—	29	2	12	9	—	4	1	28	356
48	21	1	—	205	4	10	7	3	—	—	24	—	10	13	—	—	6	29	583
157	785	471	61	3 021	119	306	973	1 062	316	112	2 888	—	40	23	—	—	1	64	6 966
22	33	10	1	79	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	94
131	50	32	—	589	77	182	161	150	64	4	638	—	135	142	—	—	65	342	2 190
712	3 782	3 960	1 262	11 564	355	809	3 686	4 674	2 028	718	12 270	—	265	313	14	—	86	678	28 649
30	14	—	1	126	4	11	6	5	—	—	26	—	11	18	—	—	9	38	372
42	111	91	45	306	2	9	33	52	21	11	128	—	1	1	—	—	—	2	929
24	10	9	—	107	10	25	13	7	1	—	56	—	5	9	—	—	4	18	380
17	27	30	13	93	1	4	6	5	3	1	20	—	2	3	—	—	1	6	303
4	4	3	—	23	2	5	4	3	—	—	14	—	6	5	—	—	3	14	60
29	2	1	—	259	6	15	9	2	—	—	32	—	3	3	—	—	—	6	444

noch: A. Übersicht über die Pla

a) = Oberste Bundesbehörde
b) = Nachgeordneter Bereich

Geschäftsbereich		Besoldungsordnung B											Höherer Dienst			
		B 11	B 10	B 9	B 8	B 7	B 6	B 5	B 4	B 3	B 2	B 1	Zus.	A 16	A 15	A 14	A 1
Bundesminister für wirtschaftl. Zusammenarbeit	a)	1	—	3	—	—	8	—	—	27	—	—	39	15	65	36	1
Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	a)	1	—	3	—	—	8	—	—	30	—	—	42	17	45	29	
	b)	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	2	3	16	30	1
Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen	a)	1	—	4	—	—	3	—	—	16	—	—	24	9	16	11	
	b)	—	—	—	—	—	—	1	—	—	1	—	2	2	3	6	
Bundesminister für Forschung u. Technologie	a)	1	—	4	—	—	9	—	—	32	—	—	46	23	95	52	
	b)	—	—	—	—	—	—	—	1	3	—	1	5	—	5	10	
Bundesminister für Bildung und Wissenschaft.....	a)	1	—	3	—	—	7	—	—	24	—	—	35	12	47	25	
Bundesschulden— verwaltung	b)	—	—	—	1	—	—	—	1	2	—	—	4	—	4	2	
Zivile Verteidigung .	b)	—	—	—	—	—	1	1	—	1	2	—	5	6	24	45	
Summe	a)	30	4	111	—	1	246	2	—	989	—	—	1 383	469	1 865	1 015	2
Summe	b)	1	—	19	9	31	72	16	40	226	287	245	946	743	3 239	4 632	1 7
Insgesamt		31	4	130	9	32	318	18	40	1 215	287	245	2 329	1 212	5 104	5 647	1 9
[1]) darin enthalten für Polizeivollzugs— beamte im Bundesgrenzschutz .	a)	—	—	—	—	1	—	1	—	3	—	—	5	2	7	5	
	b)	—	—	—	—	—	5	—	—	2	1	—	8	11	51	76	
Gesamt		—	—	—	—	1	5	1	—	5	1	—	13	13	58	81	

onalübersicht
eamten
tellen –
eshaushaltsplan 1988

lungsgruppen																		Gesamtzahl der Planstellen
Besoldungsordnung A																		
Gehobener Dienst					Mittlerer Dienst							Einfacher Dienst						
A 12	A 11	A 10	A 9	Zus.	A 9 mZ	A 9	A 8	A 7	A 6	A 5	Zus.	A 5 eZ	A 5	A 4	A 3/4	A 3	A 2/3	Zus.	
25	11	2	–	101	3	7	4	–	–	–	14	–	9	7	–	–	4	20	300
26	11	1	–	103	3	7	5	3	–	–	18	–	7	7	–	–	3	17	278
14	**13**	**13**	**1**	**51**	–	–	**1**	**1**	**1**	–	**3**	–	–	–	–	–	–	–	**117**
14	9	6	–	60	3	7	5	5	–	–	20	–	9	8	–	–	5	22	166
4	**7**	**9**	**6**	**27**	–	–	**2**	**7**	–	–	**9**	–	**1**	**2**	–	–	**1**	**4**	**60**
28	11	8	1	114	7	15	8	5	1	–	36	–	16	9	–	–	7	32	412
1	**3**	**1**	**2**	**7**	–	–	**1**	–	–	–	**1**	–	–	–	–	–	–	–	**32**
14	7	3	–	65	3	9	3	4	1	–	20	–	13	4	–	–	4	21	232
12	**12**	**9**	**3**	**42**	**2**	**4**	**3**	**3**	–	–	**12**	–	**1**	**2**	–	–	**1**	**4**	**71**
20	**81**	**41**	**21**	**169**	**2**	**10**	**12**	**15**	**2**	**1**	**42**	–	**13**	**5**	–	–	**3**	**21**	**329**
862	411	156	24	3 876	278	671	484	371	136	8	1 948	–	601	498	–	–	209	1 308	12 126
5 514	**9 898**	**9 527**	**3 703**	**31 265**	**2 171**	**5 349**	**14 194**	**18 668**	**10 657**	**2 978**	**54 017**	**13**	**863**	**1 443**	**14**	**17**	**466**	**2 816**	**99 362**
6 376	**10 309**	**9 683**	**3 727**	**35 141**	**2 449**	**6 020**	**14 678**	**19 039**	**10 793**	**2 986**	**55 965**	**13**	**1 464**	**1 941**	**14**	**17**	**675**	**4 124**	**111 488**
5	2	6	–	21	4	8	2	3	–	–	17	–	–	–	–	–	–	–	59
142	**354**	**541**	**230**	**1 315**	**685**	**1 816**	**2 938**	**5 121**	**5 676**	**800**	**17 036**	–	–	–	–	–	–	–	**18 547**
147	356	547	230	1 336	689	1 824	2 940	5 124	5 676	800	17 053	–	–	–	–	–	–	–	18 606

B. Übersicht über die Planstellen der Richter und Staatsanwälte
— ohne Leerstellen —
im Bundeshaushaltsplan 1988

a) Bundesverfassungsgericht und Oberste Gerichtshöfe des Bundes
b) Sonstige Bundesgerichte

Geschäftsbereich		in den Besoldungsgruppen Besoldungsordnung R										Gesamtzahl der Planstellen
		R 10	R 9	R 8	R 7	R 6	R 5	R 4	R 3	R 2	R 1	
Bundesminister der Justiz	a)	3	1	37	3	224	—	—	25	—	—	293
	b)	—	—	1	—	—	—	1	29	131	3	165
Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung	a)	2	—	16	—	50	—	—	—	—	—	68
Bundesminister der Verteidigung	b)	—	—	—	—	—	—	—	3	23	—	26
Bundesverfassungsgericht	a)	14	—	—	—	—	—	—	—	—	—	14
Summe	a)	19	1	53	3	274	—	—	25	—	—	375
Summe	b)	—	—	1	—	—	—	1	32	154	3	191
Insgesamt		19	1	54	3	274	—	1	57	154	3	566

C. Übersicht über die Planstellen der Professoren und Hochschulassistenten — ohne Leerstellen — im Bundeshaushaltsplan 1988

) = Oberste Bundesbehörde
) = Nachgeordneter Bereich

Geschäftsbereich		in den Besoldungsgruppen Besoldungsordnung C				Gesamtzahl der Planstellen
		C 4	C 3	C 2	C 1	
uswärtiges Amt	a)	—	1	—	—	1
undesminister des Innern	b)	—	20	17	—	37
undesminister der Finanzen	b)	—	5	6	—	11
undesminister für Verkehr	b)	—	1	3	—	4
undesminister der Verteidigung	b)	120	131	87	13	351
umme	a)	—	1	—	—	1
umme	b)	120	157	113	13	403
sgesamt		120	158	113	13	404

a) = Oberste Bundesbehörde
b) = Nachgeordneter Bereich

D. Übersicht über die Stellen in

Geschäftsbereich		Außertarifliche Angestellte	in den							
			I	Ia	Ib	IIa	IIa (T)	IIb	III	IVa Kr. X
Bundespräsidialamt	a)	—	—	—	1	1	—	—	3	3
Geschäftsstelle der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung	a)	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Deutscher Bundestag	a)	3	3	10	2	10	—	—	6	30
Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages	a)	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Bundesrat	a)	—	—	—	—	—	—	—	1	—
Bundeskanzleramt	a)	—	—	1	—	—	—	—	2	7
	b)	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Presse- und Informationsamt der Bundesregierung	a)	1	6	29	47	13	2	—	14	71
Auswärtiges Amt	a)	—	2	15	20	5	—	—	17	27
	b)	—	1	15	36	45	—	—	9	47
Bundesminister des Innern	a)	—	—	1	6	2	—	—	5	10
	b)	—	5	25	56	43	3	—	113	261
Bundesminister der Justiz	a)	—	1	—	1	1	—	—	—	1
	b)	1	—	1	—	—	—	—	2	6
Bundesminister der Finanzen	a)	1	—	3	1	—	1	—	9	6
	b)	1	—	5	7	65	25	—	104	233
Bundesminister für Wirtschaft	a)	—	—	3	12	—	2	—	31	40
	b)	—	2	21	173	90	28	—	107	174
Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	a)	—	—	1	—	—	—	—	11	11
	b)	—	1	—	88	121	5	—	51	117
Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung	a)	1	—	2	2	—	—	—	10	15
	b)	—	—	5	14	6	2	—	12	14
Bundesminister für Verkehr	a)	—	—	4	4	3	15	—	17	20
	b)	—	2	22	122	194	54	1	467	379
Bundesminister der Verteidigung	a)	—	2	17	18	11	15	—	26	17
	b)	—	15	53	211	330	72	17	568	1 016
Bundesminister für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit	a)	—	—	1	6	—	—	—	2	4
	b)	—	—	17	44	50	3	—	12	42
Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	a)	—	1	3	1	1	3	—	7	3
	b)	—	1	1	21	21	2	—	21	16
Bundesverfassungsgericht	a)	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Bundesrechnungshof	a)	—	—	—	—	—	—	—	—	1
Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit	a)	1	3	5	10	1	—	—	11	16
	b)	—	—	1	3	2	3	—	1	6
Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	a)	—	—	5	5	2	11	—	7	8
	b)	—	—	3	11	53	43	—	91	39
Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen	a)	—	5	—	2	2	—	—	2	4
	b)	—	—	2	8	22	—	—	4	12
Bundesminister für Forschung und Technologie	a)	—	—	—	3	1	—	—	8	4
	b)	—	—	5	15	25	—	—	3	3
Bundesminister für Bildung und Wissenschaft	a)	—	—	1	9	—	—	—	—	1
Bundesschuldenverwaltung	b)	—	—	—	—	—	—	—	2	11
Zivile Verteidigung	b)	—	2	2	6	23	2	—	22	70
Summe	a)	7	23	101	150	53	49	—	189	299
Summe	b)	2	29	178	815	1 090	242	18	1 589	2 446
Insgesamt		9	52	279	965	1 143	291	18	1 778	2 745

[1]) ohne Schreib- und Fernschreibdienst

der Angestellten und Arbeiter
Bundeshaushaltsplan 1988

Vergütungsgruppen										Schreib- und Fernschreibdienst	Gesamtzahl der Stellen für Angestellte	Gesamtzahl der Stellen für Arbeiter
IV b Kr. IX	V a Kr. VIII	V b Kr. VII	V c Kr. VI	VI a Kr. V	VI b Kr. IV	VII[1]) Kr. III	VIII[1]) Kr. II	IX b[1]) Kr. I	X			
3	—	5	7	—	7	9	—	—	2	7	48	18
—	—	1	—	—	3	—	1	1	—	1	7	2
13	—	54	54	—	205	40	11	11	7	54	513	220
1	—	2	1	—	7	2	1	—	—	6	20	5
1	—	9	14	—	14	—	4	—	4	4	51	5
5	—	12	20	—	38	17	2	8	12	44	168	41
—	—	1	1	—	7	1	—	—	—	7	17	11
32	2	28	39	—	44	19	28	2	24	56	457	29
10	—	56	69	—	54	36	37	10	28	189	575	121
17	—	125	323	—	804	125	11	5	14	52	1 629	779
8	—	16	40	—	88	23	21	—	12	95	327	71
100	6	345	1 017	—	572	1 453	437	43	63	768	5 310	3 272
2	—	13	35	—	54	24	3	2	13	52	202	28
8	—	56	145	—	164	361	243	137	31	455	1 610	163
10	—	31	54	—	83	42	3	2	21	162	429	72
141	—	340	384	—	762	1 539	320	65	115	1 536	5 642	2 676
5	—	36	93	—	59	21	4	3	19	155	483	66
188	—	219	203	—	264	207	83	11	19	140	1 929	277
1	—	11	58	—	30	5	9	—	4	73	214	42
165	—	217	275	—	440	180	103	8	7	126	1 904	942
3	—	11	53	—	47	8	7	2	8	78	247	59
6	—	23	37	—	78	76	16	—	9	87	385	58
9	—	27	71	—	80	7	11	—	38	124	430	41
297	67	390	836	—	1 454	1 232	559	71	175	504	6 826	8 457
28	—	69	188	—	257	166	13	1	2	340	1 170	198
858	29	1 313	4 112	480	6 008	8 046	16 758	574	74	11 030	51 564	84 434
5	—	9	18	—	32	5	13	—	5	53	153	23
96	—	255	245	—	155	114	90	3	20	135	1 281	339
1	—	7	12	—	32	22	3	—	1	50	147	32
8	—	16	27	—	50	15	4	2	—	37	242	30
1	—	4	18	—	5	—	—	1	1	13	43	9
3	—	2	23	—	29	6	2	—	10	15	91	9
1	—	11	23	—	38	5	2	—	5	43	175	25
6	—	2	2	—	4	2	2	—	—	10	44	1
6	—	16	19	—	33	10	1	1	2	49	175	30
34	—	10	10	—	22	32	8	9	3	49	417	20
2	—	18	13	—	17	8	5	2	15	28	123	24
6	—	28	8	—	27	12	7	6	7	22	171	17
8	—	10	19	—	36	14	—	—	9	50	162	28
4	—	22	20	—	30	9	9	1	—	4	150	46
4	—	3	21	—	27	8	3	—	—	29	106	8
7	—	17	8	—	58	67	34	1	5	12	222	14
61	—	106	39	—	68	147	28	—	6	84	666	459
162	2	461	962	—	1 319	497	184	46	242	1 770	6 516	1 206
2 002	102	3 485	7 692	480	10 967	13 618	18 712	936	548	15 058	80 009	101 995
2 164	104	3 946	8 654	480	12 286	14 115	18 896	982	790	16 828	86 525	103 201

E. Übersicht
über die Planstellen der Berufssoldaten und Soldaten auf Zeit im Bundeshaushaltsplan 1988

Bes.-Gr.	Dienstgrad	Gesamtzahl der Planstellen	
		Ministerium	Nachgeordneter Bereich
B10	Generale	1	3
B9	Generalleutnante, Vizeadmirale usw.	7	14
B7	Generalmajore, Konteradmirale usw.	7	51
B6	Brigadegenerale, Flottillenadmirale usw.	26	111
	zusammen Generale	41	179
B3	Oberste, Kapitäne z.S. usw	150	219
A16	Oberste, Kapitäne z.S. usw.	51	855
A15	Oberstleutnante, Fregattenkapitäne usw.	422	2 106
A14	Oberstleutnante, Fregattenkapitäne usw.	334	5 204
A13	Majore, Korvettenkapitäne usw.	51	4 820
A12	Hauptleute, Kapitänleutnante	84	1 009
A11	Hauptleute, Kapitänleutnante	127	10 481
A10	Oberleutnante, Oberleutnante z.S.	65	9 847
A9	Leutnante, Leutnante z.S.	—	6 919
	zusammen übrige Offiziere	1 284	41 460
A10	Oberstabsfeldwebel, Oberstabsbootsmänner	—	58
A9mZ	Oberstabsfeldwebel, Oberstabsbootsmänner	38	1 003
A9	Stabsfeldwebel, Stabsbootsmänner	175	5 034
A8mZ	Hauptfeldwebel, Hauptbootsmänner usw.	70	22 075
A7mZ	Oberfeldwebel, Oberbootsmänner	3	29 050
A7	Feldwebel, Bootsmänner usw.	—	28 023
A6	Stabsunteroffiziere, Obermaate	—	38 177
A5	Unteroffiziere, Maate	—	37 658
	zusammen Unteroffiziere	286	161 078
A4	Hauptgefreite	—	21 638
A3	Obergefreite	—	21 813
A2	Gefreite	—	22 221
	zusammen Mannschaften	—	65 672
	Berufssoldaten und Soldaten auf Zeit insgesamt	1 611	268 389
	Nachrichtlich: Grundwehrdienstpflichtige	—	218 400
	Wehrübende	—	6 600

Bundesrat Drucksache 300/87 (Beschluß)

25.09.87

Stellungnahme

des Bundesrates

zum

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 1988 (Haushaltsgesetz 1988)

Der Bundesrat hat in seiner 580. Sitzung am 25. September 1987 gemäß Artikel 110 Abs. 3 des Grundgesetzes beschlossen, zu dem Gesetzentwurf wie folgt Stellung zu nehmen:

Allgemeines

1. Der Bundesrat begrüßt die von der Bundesregierung verfolgte Wirtschafts- und Finanzpolitik, die ursächlich für einen nunmehr seit Jahren anhaltenden stetigen Wachstumsprozeß ist. Ergebnisse dieser Politik sind anhaltende Preisstabilität, niedrige Zinsen und erhebliche reale Lohnzuwächse. Sie hat auch den Arbeitsmarkt positiv beeinflußt. Die Zahl der Beschäftigten hat seit dem Tiefstand von 1983 um über eine halbe Million zugenommen.

Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 08 21, 5300 Bonn 2
ISSN 0720-2946

2. Mit dem Bundeshaushalt 1988 setzt die Bundesregierung ihre Ende 1982 eingeleitete Politik der Sanierung der Bundesfinanzen, der Zurückgewinnung des finanzpolitischen Handlungsspielraums und zur Begrenzung der Staatstätigkeit auf die eigentlichen Aufgaben fort. Der im Vergleich zu den Vorjahren geringere Ausgabenzuwachs von 2,4 % unterstreicht die Stetigkeit der stabilitätsorientierten Haushaltspolitik des Bundes. Auch nach Auffassung des Bundesrates ist die konsequente Fortsetzung dieser Politik der Sparsamkeit und Konsolidierung ein wichtiger Beitrag der Finanzpolitik zur Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, zur Stärkung der wirtschaftlichen Antriebskräfte und damit zu verbesserten Perspektiven für die Beschäftigungssituation.

3. Mit der 1988 in Kraft tretenden erweiterten 2.Stufe der Steuerreform werden Wachstum und Beschäftigung günstig beeinflußt sowie sozialen Belangen angemessen Rechnung getragen. Deshalb ist ein begrenzter vorübergehender Anstieg der Neuverschuldung vertretbar

4. Der Bundesrat sieht in der geplanten 3.Stufe des Steuerreformkonzepts der Bundesregierung überdies die Möglichkeit, das Steuerrecht zu vereinfachen und Sonderregelungen abzubauen. Der Bundesrat erwartet in diesem Zusammenhang eine fühlbare Verringerung der Subventionen mit dem Ziel, den vorübergehenden Anstieg der Nettokreditaufnahme so gering wie möglich zu halten.

   Zugleich fordert er die Bundesregierung auf, den Abbau von Subventionen so zu gestalten, daß erste Wirkungen so früh wie möglich eintreten.

5. Die angemessene Dotierung gesamtwirtschaftlich wichtiger Bereiche muß auch in einem knappen Finanzrahmen möglich sein. So sind angesichts der erheblichen Probleme in der Landwirtschaft zusätzliche Hilfen notwendig.

6. Der Bundesrat weist erneut darauf hin, daß sich der Bund durch Rückzug aus gemeinsamen Finanzierungen entlastet, ohne den Ländern einen angemessenen Ausgleich zu gewähren oder daß für die Länder entsprechende Entlastungsmöglichkeiten bestehen. Beispiele für den Rückzug des Bundes sind die Haushalts- und Finanzplanungsansätze in den Bereichen Städtebauförderung, sozialer Wohnungsbau und Gemeindeverkehrsfinanzierung.

   Der Bundesrat fordert die Bundesregierung unter Hinweis auf die Berechnungen zum 17. Rahmenplan für den Hochschulbau auf sicherzustellen, daß die Mittelansätze für die Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau dem Bedarf entsprechend erhöht werden. Nur durch eine Erhöhung kann gesichert werden, daß die Gemeinschaftsaufgabe, wie in den letzten Jahren, ein Instrument zur Förderung der notwendigen Zukunftsinvestitionen an den Hochschulen bleibt.

   Zu der vorgeschlagenen befristeten Fortführung des Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramms erwartet der Bundesrat, daß der Bund entsprechend den noch zu treffenden Vereinbarungen die erforderlichen Mittel bereitstellt. Über die Art und Weise sowie über das Volumen der endgültigen Entflechtung ab 1991 muß unter Berücksichtigung der dann gegebenen aktuellen Bedarfssituation entschieden werden.

   Der Bundesrat weist erneut darauf hin, daß er das durch den Rückzug des Bundes aus der gemeinsamen Finanzierung des sozialen Wohnungsbaus entstehende Volumen keinesfalls als Grundlage für die angestrebte Entflechtung anerkennen kann.

7. Der Bundesrat sieht davon ab, bei einzelnen Ausgabeansätzen, die durch zur Zeit laufende Gesetzgebungsvorhaben berührt werden, Änderungsanträge zu stellen. Er geht davon aus, daß der Bundeshaushalt im weiteren Verfahren an die sich dann ergebende Rechtslage angepaßt wird.

Zu den Bundesergänzungszuweisungen weist der Bundesrat darauf hin, daß er mit Beschluß vom 10. Juli 1987 (Drucksache 225/87 - Beschluß -) einer Plafondierung einstimmig widersprochen hat. Darüber hinaus hat er die Erwartung geäußert, daß der Bund die Bundesergänzungszuweisungen ab 01.01.1988 auf 2,0 v. H. des Umsatzsteueraufkommens erhöht und für den Nachteilsausgleich zugunsten der Länder Bremen und Nordrhein-Westfalen zusätzliche Bundesmittel bereitstellt.

8. Die Finanzierung der Verpflichtungen im Rahmen der Europäischen Gemeinschaften fällt ausschließlich in die Zuständigkeit des Bundes. Der Bundesrat widerspricht vorsorglich einer Beteiligung der Länder an steigenden deutschen EG-Belastungen, wie sie unter Ziffer I. 7.1 des Finanzplans erwogen wird.

9. In ihrer Finanzplanung hat die Bundesregierung die Ansätze für die Steuereinnahmen um geschätzte Nettoauswirkungen der Steuersenkung gemindert. Der Bundesrat geht davon aus, daß Länder und Gemeinden an den Maßnahmen zur Finanzierung der Steuerausfälle proportional beteiligt werden und ihr Anteil am Gesamtsteueraufkommen durch die Steuersenkung nicht verändert wird. Diesen Erfordernissen wird die Minderung von lediglich rd. 10 Mrd DM im Finanzplan ab 1990 nicht gerecht.

Zum Entwurf des Haushaltsplans

10. Einzelplan 06 - Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

Kapitel 06 02 - Allgemeine Bewilligungen

Titel 685 25 (S. 52) - Zuschüsse an die im Arbeitskreis selbständiger Kulturinstitute, Bonn, zusammengeschlossenen Einrichtungen (ASKI)

Der Bundesrat bittet die Bundesregierung, im weiteren Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens zu prüfen, ob der Ansatz von 6,637 Mio DM um 0,384 Mio DM auf 7,021 Mio DM erhöht werden sollte.

Begründung:

Bei der Veranschlagung des Zuschusses für die Gesellschaft für deutsche Sprache (GfdS) wurde davon ausgegangen, daß sie ab 1988 in den Katalog der gemeinsamen Finanzierungen der KMK aufgenommen wird. Da die endgültige Entscheidung noch aussteht, ist die bisherige Finanzierung durch den Bund beizubehalten. Dies bedeutet, daß auf der Grundlage des von der Unterkommission "Gemeinsame Finanzierungen" der Verwaltungskommssion der KMK beratenen Wirtschaftsplans 1988 der GfdS der Bundeszuschuß auf 789.000 DM zu erhöhen ist. Für einen Betrag in Höhe von 384.000 DM ist ein Sperrvermerk auszubringen.

11. Einzelplan 09 - Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

Kapitel 09 02 - Allgemeine Bewilligungen

Titel 685 51 (S. 50) - Zuschüsse zu Personalaufwendungen im Forschungs- und Entwicklungsbereich kleiner und mittlerer Unternehmen

Das Personalkosten-Zuschußprogramm des BMWi war nach den Beschlüsse der Bundesregierung bis einschließlich 1988 befristet. Hierauf haben sich die von dieser Fördermaßnahme begünstigten kleinen und mittleren Unternehmen bei ihren Dispositionen eingestellt. Die von der Bundesregierung nun beabsichtigte - um ein Jahr vorgezogene - Beendigung des Personalkosten-Zuschußprogramms trifft nach Auffassung der Betroffenen gerade die mittelständische Wirtschaft hart und steht im Widerspruch zu den früher gegebenen Zusagen; die Entscheidung sollte daher überprüft werden.

12. Einzelplan 10 - Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Die Bundesregierung wird gebeten, die Mittel für die Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" aufzustocken, um die von der EG eingeräumten Verbesserungen bei der Ausgleichszulage zu finanzieren.

Der Bundesrat hält außerdem weitere Schritte zur Entlastung einkommensschwacher Betriebe von den Kosten im Bereich der sozialen Sicherung für notwendig.

Im Haushaltsjahr 1988 sind im übrigen auch die von der Europäischen Gemeinschaft bereits beschlossenen Extensivierungsmaßnahmen durchzuführen und die dafür erforderlichen Finanzierungsmittel im Agrarhaushalt des Bundes bereitzustellen.

Kapitel 10 02 - Allgemeine Bewilligungen

13. Titel 652 05 (S. 30) - Zuweisungen zur Förderung eines Großversuchs "Grünbrache"

Der Bundesrat stellt fest, daß der "Großversuch Grünbrache" in Niedersachsen, für den im Bundeshaushalt 1988 wiederum 35 Mio DM vorgesehen sind, kein Präjudiz für eine finanzielle Beteiligung der Länder an Marktentlastungsprogrammen der EG darstellt.

Der Bundesrat bekräftigt seine Auffassung, daß Marktentlastungsprogramme in den Aufgabenbereich der EG und des Bundes fallen und daher nicht in der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" durchgeführt und finanziert werden können.

Begründung:

Die Bundesregierung hat in Verbindung mit ihrer Stellungnahme zum Gesetzentwurf des Bundesrates zur Änderung des Gesetzes über die Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" (Drucks. 181/87 - Beschluß) angekündigt, daß sie zur Beratung des Rahmenplanes 1988 der Gemeinschaftsaufgabe Vorschläge zur Durchführung und Finanzierung der sozio-strukturellen Extensivierungsmaßnahmen - Flächenstillegung bei Getreide, Reduzierung des Viehbestandes bei Rindfleisch und Senkung der Hektarerträge bei Wein - im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe vorlegen werde. Diese Absicht hätte zur Folge, daß Maßnahmen zur Entlastung der Agrarmärkte, die durch die gemeinsame Agrarpolitik voll in den Zuständigkeitsbereich der EG übergegangen sind, von den Ländern mitfinanziert werden müßten. Dies steht im Widerspruch zur bisherigen Haltung des Bundesrates, die er z.B. in seiner Stellungnahme vom 11. Juli 1986 (Drucksache 285/86 - Beschluß) zum Ausdruck gebracht hat.

14. Titelgruppe 03 - Forschung

Titel 683 67 (S. 44) - Zuschüsse zu den Betriebskosten der Versuchsanlagen zur Weiterentwicklung der Ver- und Bearbeitung nachwachsender Rohstoffe zu Eiweißen, Enzymen und anderen Stoffen

Der Bundesrat bittet, im weiteren Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens zu prüfen, ob der Ansatz von 5 Mio DM um 5 Mio DM auf 10 Mio DM erhöht werden sollte.

Begründung:

Das Hauptanliegen des Forschungsprojektes, wenigstens ein Jahr lang einen kontinuierlichen Betrieb der Gesamtanlage zu prüfen, kann nur bei einer Aufstockung des Ansatzes realisiert werden.

Das Forschungs- und Entwicklungsvorhaben der Begleitforschung der Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft, insbesondere die Erprobung der kürzlich erstellten II. Stufe der Biogasanlage in einem Tag-/Nachtbetrieb, ist nur mit dem erhöhten Ansatz entsprechend den Arbeitsplänen und dem auch für diese Arbeiten über einen längeren Zeitraum erforderlichen kontinuierlichen Betrieb weiterzuführen.

Die Pilotanlage in Ahausen-Eversen ist zur Zeit die einzige in größerem Umfang laufende Produktionsstätte von Bioäthanol zur Treibstoffbeimischung in der Bundesrepublik. Eine Beschränkung der Bundesmittel auf 5 Mio DM hätte wirtschaftliche und energiepolitische Nachteile zur Folge. Im übrigen sind auch auf EG-Ebene die ersten Grundzüge für ein Äthanolprogramm erkennbar.

15. Titelgruppe 04 - Fischerei

Titel 892 78 (S. 53) - Strukturmaßnahmen für die Seefischerei aufgrund von Rechtsvorschriften der Europäischen Gemeinschaften und ergänzende nationale Maßnahmen

Der Ansatz von 5,9 Mio DM wird um 8,1 Mio DM auf 14 Mio DM erhöht.

Begründung:

Die Deutsche Seefischerei war in den letzten Jahren einem erheblichen strukturellen Anpassungsprozeß unterworfen. Zur Sicherung der Existenz dieses Wirtschaftszweiges ist es erforderlich, daß dieser Anpassungsprozeß durch Erneuerung und Modernisierung der vorhandenen Flotte in den nächsten Jahren fortgesetzt wird.

Im Rahmen der gemeinsamen Fischereipolitik hat die Europäische Gemeinschaft Rechtsvorschriften (VO (EWG) 4028 des Rates vom 18. Dezember 1986) erlassen, um über Gemeinschaftsmaßnahmen eine Verbesserung und Anpassung der Strukturen in der Seefischerei zu gewährleisten. Aufgrund der bisherigen nationalen Beteiligung an den gemeinsamen Fischereistrukturmaßnahmen setzt diese Gemeinschaftsmaßnahme zumindestens eine 20 %ige nationale Beteiligung voraus.

Im Rahmen der Rechtsvorschriften haben die 4 Küstenländer ein gemeinsames Programm erarbeitet, das die Entwicklung der Seefischerei für die Jahre 1987 bis 1991 festlegt. Neben den ebenfalls möglichen Modernisierungsmaßnahmen sind allein für das Jahr 1988 Neubauten von Fischereifahrzeugen mit einer Gesamtinvestitionssumme von rd. 67 Mio DM geplant. Der Ansatz reicht nicht aus, um eine ausreichende nationale Mitfinanzierung und damit die notwendige Weiterführung der erfolgreichen Strukturpolitik zu gewährleisten. Er muß entsprechend erhöht werden.

Deckungsvorschlag: vgl. Empfehlung zu Kap. 32 08 Tit. 870 01

16. Kapitel 10 02 - Allgemeine Bewilligungen
(S. 52/53)

Der Bundesrat bittet die Bundesregierung, im Verlauf des weiteren Gesetzgebungsverfahrens zu prüfen, ob eine zeitlich begrenzte Überbrückungshilfe zur Überwindung des augenblicklichen wirtschaftlichen Notstandes in der Fischwirtschaft aufgrund der Nematoden-Diskussion in den Bundeshaushalt eingestellt werden kann.

Einzelplan 12 - Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

Kapitel 12 02 - Allgemeine Bewilligungen
(S. 23 ff.)

17. Es wird ein neuer Titel mit der Zweckbestimmung "Schiffsentsorgung nach MARPOL" mit einem Ansatz von 6,75 Mio DM ausgebracht.

Begründung:

Der Bundesrat bekräftigt seinen Beschluß Drs. 350/86 (Beschluß) und ist nach wie vor der Auffassung, daß der Bund sich zur Hälfte an den Kosten der Schiffsentsorgung nach MARPOL beteiligen müsse.

Die Bundesregierung hat gegen diesen Beschluß verfassungsrechtliche Bedenken erhoben und eine juristische Prüfung bis spätestens zum 30.06. 1987 angekündigt. Das Ergebnis dieser Prüfung liegt den Ländern bisher nicht vor.

Bekanntgeworden ist aber eine Stellungnahme des Bundesministers der Justiz vom 10.Juni 1987, in der es u.a. heißt:

> "Der Umstand, daß vorliegend Seeaufgabengesetz und Abfallgesetz ... einschlägig sein können, würde eine Mitfinanzierungskompetenz des Bundes ... grundsätzlich wohl nicht ausschließen.".

Für die zweite Internationale Nordseeschutz-Konferenz im November 1987 in London schlägt die Bundesregierung vor, daß die Entsorgungseinrichtungen benutzt werden sollen, ohne besondere Gebühren für das einzelne Schiff zu erheben. Für die Realisierung dieses Beschlusses sind die finanziellen Voraussetzungen zu schaffen, indem sich Bund und Länder jeweils zur Hälfte an den Entsorgungskosten beteiligen.

Es ist festzustellen, daß die nach wie vor hohe Verschmutzung der Nordsee einhergeht mit der mangelnden Akzeptanz der Ölauffanganlagen, was auf die hohen Kosten der Benutzung für die Schiffahrt zurückzuführen ist.

Die Ministerpräsidentenkonferenz Norddeutschland hat insofern nochmals wie auch die Wirtschafts- und Verkehrsminister sowie die Umweltminister der Küstenländer die gemeinsame Finanzierung der Schiffsentsorgung durch Bund und Länder gefordert.

Hinsichtlich der Kosten wurde auf der Grundlage von Gutachten und Schätzungen für 1985 ermittelt, daß für die Länder Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein 13,5 Mio. DM jährlich an Betriebsmitteln für die Entsorgung gemäß MARPOL Anlage I und II anfallen, wovon der Bund die Hälfte zu tragen hat.

Deckungsvorschlag: vgl. Empfehlung zu Kap. 32 08 Tit. 870 01

18. Titelgruppe 01 - Seeschiffahrtshilfen

Titel 892 14 (S. 44) - Finanzbeitrag (pauschalierte Zinsbeihilfe) an die Seeschiffahrt

Der Bundesrat bittet, im weiteren Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens zu prüfen, ob der Ansatz von 160 Mio DM um 60 Mio DM auf 220 Mio DM erhöht werden sollte.

Begründung:

Der negativen Entwicklung der deutschen Seeschiffahrt und der damit einhergehenden zunehmenden Ausflaggung konnte trotz der im Jahre 1987 erfolgten Verdoppelung der Finanzbeiträge auf 160 Mio DM nicht Einhalt geboten werden. Die Ausflaggungsquote deutscher Handelsschiffe ist auf über 50 % (gegenüber rund 42 % in 1986) angewachsen.

Die Bundesregierung hat durch Kabinettsbeschluß vom 1. Juli 1987 die Hilfen für Schiffahrt und Schiffbau neu geregelt mit der Folge, daß die in den Vorjahren zur Verfügung stehenden Mittel zum Bau bzw. Umbau schiffahrtspolitisch förderungswürdiger Handelsschiffe deutscher Reeder in den Haushalt des Bundeswirtschaftsministers umgeschichtet und künftig als reine Werfthilfe gewährt werden. Damit sind die Finanzbeiträge zum tragenden Instrument der Schiffahrtsförderung geworden. Diesem Anspruch können sie jedoch im Hinblick auf den Wegfall der bisher auch die Reeder begünstigenden Schiffbauzuschüsse nur gerecht werden, wenn sie zumindest um 60 Mio DM aufgestockt werden, da anderenfalls trotz wachsender Probleme in der Seeschiffahrt eine Reduzierung der Schiffahrtshilfe zu verzeichnen wäre. Verstärkte Ausflaggungen und zunehmende Substanzverluste der deutschen Flotte wären die Folge.

Das Bemühen der Küstenländer, als flankierende Maßnahme zu den Schiffahrtshilfen des Bundes eine Streichung bzw. Senkung der ertragsunabhängigen Steuern mit Einnahmeminderungen allein bei Ländern und Kommunen herbeizuführen, wird in seiner Wirkung in Frage gestellt, wenn die ohnehin nur einen Teilausgleich der Wettbewerbsnachteile der deutschen Flotte bewirkenden Seeschiffahrtshilfen des Bundes gekürzt werden.

Einzelplan 15 - Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit

Kapitel 15 02 - Allgemeine Bewilligungen

19. Titel 684 03 (S. 30) - Zuschüsse an die Wohlfahrts- und Vertriebenenverbände für die Betreuung der Aussiedler, Zuwanderer und Besuchsreisenden aus der DDR sowie von ausländischen Flüchtlingen

Der Bundesrat bittet die Bundesregierung, im weiteren Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens zu prüfen, ob der Ansatz im Hinblick auf die gestiegene Zahl der Aussiedler erhöht werden sollte.

Begründung:

Im Aussiedlerbereich ist gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres eine Zugangssteigerung von rd. 45 v.H. festzustellen.
Eine sachgerechte Betreuung dieses Personenkreises ist ohne eine spürbare Erhöhung des Ansatzes nicht mehr gewährleistet.

20. Titel 686 06 (S. 41) - Beiträge der Bundesrepublik Deutschland an das Zwischenstaatliche Komitee für Auswanderu (ICM)

Der Ansatz von 9,785 Mio DM wird um 7,0 Mio DM auf 16,785 Mio DM erhöht.

Begründung:
Die Bundesrepublik Deutschland ist Mitglied des Zwischenstaatlichen Komitees für Auswanderung (ICM). Von diesem wird seit 1979 im Auftrag der Bundesregierung ein Programm zur Weiterbeförderung und Rückkehr von in der Bundesrepublik Deutschland sich aufhaltenden ausländischen Asylbewerbern und Flüchtlingen durchgeführt(REAG-Programm).
Bereits 1986 mußten die Länder 3,636 Mio DM für die Rück- bzw. Weiterreise von Asylbewerbern selber tragen. Auf Grund der hohen Asylbewerberzugänge werden sich die Gesamtaufwendungen weiter erhöhen, so daß eine erhebliche Aufstockung der Mittel für das REAG-Programm erforderlich ist. Für 1988 ist voraussichtlich mit insgesamt 16,785 Mio DM zu rechnen.

Deckungsvorschlag: vgl. Empfehlung zu Kap. 32 08 Tit. 870 0

21. Titelgruppe 01 - Maßnahmen der Jugendpolitik

Titel 652 11 (S. 42) - Beihilfen (Überbrückungsvorschüsse und Zuschüsse) an junge Zuwanderer für ihre Schul- und Berufsausbildung (einschließlich Umschulung und Fortbildung)

Der Ansatz von 116 Mio DM wird um 40 Mio DM auf 156 Mio DM erhöht.

Begründung:

Im Aussiedlerbereich ist gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres eine Zugangssteigerung von rd. 45 v.H. festzustellen.
Hieraus resultiert ein wesentlich erhöhter Betreuungsbedarf bei jungen Aussiedlern, jungen Zuwanderern aus der DDR und jungen ausländischen Flüchtlingen.

Eine sachgerechte Schul- und Berufsausbildung dieses Personenkreises ist ohne eine deutliche Erhöhung des Mittelansatzes nicht mehr gewährleistet.

Deckungsvorschlag: vgl. Empfehlung zu Kap. 32 08 / Tit. 870 01

Einzelplan 16 - Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Kapitel 16 02 - Allgemeine Bewilligungen, Umweltschutz, Naturschutz

22. Titel 532 16 (S. 27) - Förderung der Forschung auf den Gebieten der Wasserwirtschaft und der Abfallwirtschaft sowie Förderung der Entwicklung von Verfahren und Einrichtungen auf diesen Gebieten

Titel 892 01 (S. 35) - Investitionen zur Verminderung von Umweltbelastungen

Der Bundesrat bittet die Bundesregierung, im weiteren Gesetzgebungsverfahren zu prüfen, ob für die erforderlichen Forschungsvorhaben der vorhandene Rahmen der Verpflichtungsermächtigungen ausreicht oder ob eine Erhöhung der Verpflichtungsermächtigungen notwendig ist.

23. Kapitel 16 02 - Allgemeine Bewilligungen, Umweltschutz, Naturschutz (S. 35)

Es wird ein neuer Titel 882 70 mit der Zweckbestimmung "Zuschüsse zu Abwasserbeseitigungsmaßnahmen im Rahmen des Programms 'Sanierung von Saar und Mosel'" mit einem Ansatz von 50 Mio DM ausgebracht.

Begründung:

Die erhebliche Verschmutzung von Saar und Mosel rührt zu einem bedeutenden Teil von grenzüberschreitenden Zuflüssen her. Insbesondere die Rossel als französischer Zufluß der Saar zählt zu den schmutzigsten Flüssen Europas. Starke Belastungen bringt auch die Mosel aus ihrem im Ausland belegenen Oberlauf mit.

Die "Internationale Kommission zum Schutze der Mosel und der Saar gegen Verunreinigung" hat Empfehlungen zum Abbau der Gewässerbelastungen ausgesprochen. Auf den hierzu erstellten Gutachten bauen die Abwasserbeseitigungspläne im Saarland und in Rheinland-Pfalz auf.

Danach werden allein im Saarland im mittelfristigen Zeitraum 1987 bis 1991 für den Bau von Kläranlagen und überörtlichen Sammlern Baukosten in Höhe von rund 650 Mio DM anfallen. In den folgenden Jahren werden weitere 500 Mio DM für Anlagen im überörtlichen Bereich bereitzustellen sein; hinzu kommen über 500 Mio DM für die Sanierung bereits bestehender Anlagen und fast 1,2 Mrd.DM für innerörtliche Sanierungs- und Erweiterungsinvestitionen.

Im rheinland-pfälzischen Einzugsgebiet von Saar und Mosel sind Abwassermaßnahmen in Höhe von 1,8 Mrd.DM erforderlich.

Für den Einzugsbereich der Saar sind kurzfristig rund 200 Mio DM für Abwasseranlagen, davon 150 Mio DM für Kläranlagen, Verbindungssammler- und Regenwasserbehandlungen zu investieren.

Im Einzugsbereich der Mosel sind kurz- und mittelfristig 1.600 Mio DM für Abwassermaßnahmen bereitzustellen.

Diesen Mittelbedarf in Höhe von rund 3 Mrd.DM innerhalb angemessener Zeit zu decken sind weder die beteiligten Länder und Kommunen noch die angeschlossenen Haushalte und Unternehmen in der Lage. Daher ist ein "Saar-Mosel-Programm" (ähnlich dem früheren "Rhein-Bodensee-Programm") für den Bau von Abwasseranlagen im Einzugsgebiet der Saar und Mosel erforderlich. Der Finanzierungsmodus sollte analog der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" festgelegt werden.

Von dem auszubringenden Mittelansatz sollen auf das Land Rheinland-Pfalz 30 Mio DM und auf das Saarland 20 Mio DM entfallen.

Deckungsvorschlag: vgl. Empfehlung zu Kap. 32 08 Tit. 870 01

24. Kapitel 16 04 - Reaktorsicherheit und Strahlenschutz

Titel 642 04 (S. 48) - Erstattung von Zweckausgaben der Länder beim Vollzug des Strahlenschutzvorsorgegesetzes

Nach dem Strahlenschutzvorsorgegesetz haben die Länder in Bundesauftragsverwaltung die Radioaktivität in verschiedenen Medien zu ermitteln. Die dabei entstehenden Zweckausgaben der Länder sind gemäß § 10 des Strahlenschutzvorsorgegesetzes i.V.m. Art. 104 a Abs. 2 Grundgesetz vom Bund zu tragen.

Der Bundesrat bittet die Bundesregierung, im weiteren Gesetzgebungsverfahren den Ansatz dem Bedarf anzupassen, wie er sich aufgrund der Abstimmung zwischen Bund und Ländern ergibt.

25. Einzelplan 25 - Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Kapitel 25 02 - Allgemeine Bewilligungen einschließlich Verwendung zweckgebundener Einnahmen für den sozialen Wohnungsbau

Titelgruppe 02 - Förderung des sozialen Wohnungsbaues
(S. 34 ff.)

Der Bundesrat ist der Auffassung, daß die Verpflichtungsrahmen für den sozialen Wohnungsbau im Programmjahr 1988 mindestens in gleicher Höhe wie im Programmjahr 1987 ausgebracht werden sollten.

Begründung:

Nach dem Entwurf zum Bundeshaushaltsplan beabsichtigt der Bund eine Reduzierung der Verpflichtungsrahmen für den sozialen Wohnungsbau im Programmjahr 1988 für

- Baudarlehen (1. Förderungsweg) von 300 Mio DM auf 150 Mio DM,
- Aufwendungsdarlehen (2. Förderungsweg) von 400 Mio DM auf 300 Mio DM.

Dies kann von den Ländern nicht akzeptiert werden, da diesen sonst - ausgehend von den ohnehin schon reduzierten Ansätzen im Haushalt 1987 - 250 Mio DM fehlen würden, die durch Landesmittel ausgeglichen werden müßten.

Wohnungsneubau wird auch künftig - besonders in Ballungsgebieten - notwendig sein; der Bund darf sich dieser gemeinsamen Verpflichtung nicht einseitig entziehen. Es geht nicht an, daß der Bund sich aus der Mischfinanzierung zurückzieht, ohne daß den Ländern ein finanzieller Ausgleich gewährt wird.

Einzelplan 30 - Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

Kapitel 30 02 - Allgemeine Forschungsförderung

26. Titel 683 04 (S. 30) - Förderung des Zuwachses der Forschungs- und Entwicklungskapazität in der Wirtschaft

Der Ansatz von 80 Mio DM wird um 0,614 Mio DM auf 79,386 Mio DM gekürzt.

Begründung:

Der Finanzierungsanteil des Bundes müßte angesichts eines Haushaltsansatzes von 80 Mio DM und eines späteren Rechnungsergebnisses im Haushaltsjahr 1986 von 40 Mio DM aus Kapitel 30 02 Titel 683 04 auszugleichen sein.

Deckungsvorschlag für die Empfehlung zu Kap. 30 02 / Tit. 685 55

27. Titel 685 55 (S. 34) - Zuschuß für das Programm der Akademien der Wissenschaften

Der Ansatz von 15,7 Mio DM wird um 0,614 Mio DM auf 16,314 Mio DM erhöht.

Begründung:

Die Akademie der DDR in Berlin arbeitet seit Jahrzehnten zusammen mit der Akademie Göttingen in Verbindung mit dem Leibniz-Archiv Hannover und der Leibniz-Forschungsstelle der Universität Münster an einer kritischen Gesamtausgabe der Schriften und Briefe von G.W. Leibniz. Es ist eines von ganz wenigen bekannten Vorhaben deutsch-deutscher Zusammenarbeit in einem Langfristvorhaben im

geisteswissenschaftlichen Bereich. Sowohl das Land Niedersachsen für die Akademie in Göttingen als auch das Land Nordrhein-Westfalen für die Leibniz-Forschungsstelle in Münster bemühen sich seit Jahren vergeblich, für die Gesamtausgaben dieses Vorhabens in der Bundesrepublik im Rahmen des Programms der Akademie der Wissenschaften eine gemeinsame Förderung durch den Bund und die Länder Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen zu erreichen.

Die gemeinsame Förderung des Akademienprogramms erfolgt nach einer Ausführungsvereinbarung aufgrund des Artikels 2 (1) Nr. 7 und Abs. 3 der Rahmenvereinbarung "Forschungsförderung" nach Artikel 91 b GG.

Vor wenigen Jahren ist es zwar gelungen, ein Teilgebiet der Arbeiten der Akademie Göttingen in die gemeinsame Förderung des Akademienprogramms einzubeziehen, jedoch bemühen sich das Land Niedersachsen und das Land Nordrhein-Westfalen seither vergebens, die Gesamtkosten der Arbeiten, die in der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen des deutsch-deutschen Gesamtvorhabens durchgeführt werden, voll in die Finanzierung dieses Programms einzubringen: Will der Bund mit dem mit der DDR abgeschlossenen Kulturabkommen Ernst machen, so ist hier sicher eine gute Gelegenheit, den Willen zu deutsch-deutscher Zusammenarbeit zu dokumentieren. Der niedersächsische Minister für Wissenschaft und Kunst hat bei der Bund-Länder-Kommission (BLK) für Bildungsplanung und Forschungsförderung in Bonn die Förderung der Arbeiten am Leibniz-Archiv Hannover Teil II sowie der Leibniz-Forschungsstelle Münster beantragt. Angemeldet sind für die Forschungsstelle in Münster 644.700 DM und für die Forschungsstelle beim Leibniz-Archiv in Hannover (Teil II) ein Betrag von 583.300 DM, insgesamt also 1.228.000 DM. Hiervon hätte der Bund nach der zitierten Ausführungsvereinbarung 50 % zu übernehmen. Den Rest finanzieren die Länder Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen je für ihre Arbeitsstellen. Die Gesamtbetreuung des Vorhabens hat die Akademie Göttingen. Die gemeinsame Förderung im Rahmen des Akademieprogramms ist auch von der Konferenz der Akademien der Wissenschaften in der Bundesrepublik nachhaltig befürwortet worden.

Deckungsvorschlag: vgl. Empfehlung zu Kap. 30 02 / Tit. 683 04

28. Kapitel 30 03 - Naturwissenschaftlich-technische Forschung und Entwicklung

Titelgruppe 02 - Förderung der Ökologie und Klimaforschung

Titel 683 24 (S. 63) - Forschungs- und Entwicklungsvorhaben der ökologischen Forschung, der Umwelttechnologie und Umweltplanung

Der Bundesrat bittet, im weiteren Gesetzgebungsverfahren zu prüfen, ob die Verpflichtungsermächtigung von 206,3 Mio DM um 40 Mio DM auf 246,3 Mio DM erhöht werden sollte.

Begründung:

Zur Gewährleistung ausreichender Fahrwassertiefen entnimmt Hambu der Elbe jährlich ca. 2 Mio m^3 Baggergut und lagert es landseit ab. Darin eingeschlossen sind u.a. ca. 5 t Quecksilber, 2,5 t Cadmium, 12 t Arsen, 50 t Blei, 100 t Kupfer, 25 t Nickel und 60 t Chrom. Auf die Ursache der Belastung des Baggergutes haben Hamburg und die Elbanliegerländer Niedersachsen und Schleswig-Holstein keinen Einfluß, da dies durch die Vorbelastung aus den Oberliegerländern bestimmt wird.
Die Entnahme des Baggergutes und der daran angelagerten Schadstoffe führt zu einer direkten Entlastung der Elbe und der Nordsee, gleichzeitig aber zu einer Belastung der Spülfelder, ihres Untergrunds und schließlich des Grundwassers. Außerdem sind die Ablagerungsflächen in einem Stadtstaat räumlich begrenzt. Eine denkbare Wiedereinbringung in den Fluß wird u.a. von der Bundesregierung negativ bewertet. Diese ökologische und ökonomische Lastenverteilung zu Hamburgs Ungunsten wird langfristig nicht zu tragen sein.
Hamburg hat daher u.a. als eine Perspektive ein Pilotprojekt ge-

meinsam mit namhaften wissenschaftlich-technischen Instituten entwickelt, die im Schlick enthaltenen Schadstoffe umweltverträglich durch Keramisierung im Feststoff einzubinden und daraus ein deponiefähiges und für die Bauindustrie gut verwendbares Agglomerat zu erzeugen. Dabei entstehende Abgasemissionen könnten auf ein solches Minimum reduziert werden, daß die zulässigen Grenzwerte eingehalten bzw. unterschritten werden.
Hamburg ist bereit, gemeinsam mit dem Bund eine derartige Anlage zu errichten. Die Investitionskosten für eine Pilotanlage, mit der die Verarbeitung von einem Drittel des Hafenschlicks erprobt werden soll, belaufen sich auf ca. 80 Mio DM.
Die Bundesregierung, die

- zuständig für den Schutz der Nordsee ist,
- für die Bewältigung der Probleme zuständig ist, die aus der deutschen Teilung herrühren,

und

- die Elbe als Bundeswasserstraße unterhält,

sollte die Hälfte der Kosten, das sind 40 Mio DM, tragen.

29. Kapitel 30 04 - Informationstechnologien

Titelgruppe 06 (S. 106 f.) - Gesellschaft für Information und Dokumentation mb (GID) in Frankfurt (Main)

Die Bundesregierung wird gebeten, die Verwendung der 65 freiwerdenden Stellen der Gesellschaft für Information und Dokumentation mbH (GID) für verschiedene institutionell geförderte Forschungseinrichtungen mit dem Ziel zu überprüfen, daß über die einvernehmliche Verwendung von 51 Stellen hinaus weitere 14 Stellen wie folgt verwendet werden:

IfM 1 Stelle, ZBM 2 St., FIZ 3 1 St., PAS 2 St., HPI 1 St., IfK 2 St., DFG 5 St.

30. Einzelplan 32 - Bundesschuld

Kapitel 32 08 - Inanspruchnahme aus Bürgschaften, Garantien oder sonstigen Gewährleistungen

Titel 870 01 (S. 30) - Bedingungsgemäße Entschädigung aus Bürgschaften, Garantien oder sonstigen Gewährleistungen; Zahlungen zur Abwendung oder Minderung von Schäden; Kosten der Gewährleistungen

Der Ansatz von 2.750 Mio DM wird um 111,85 Mio DM auf 2.638,15 Mio DM gekürzt.

Begründung:

Nach den bisherigen Erfahrungen und der absehbaren Entwicklung reicht der verringerte Ansatz aus, um die Verpflichtungen des Jahres 1988 abzudecken.

Deckungsvorschlag für die Empfehlungen zu

Kap. 10 02	Titelgr. 04	Tit. 892 78
Kap. 12 02	neuer Titel	
Kap. 15 02	Tit. 686 06	
Kap. 15 02	Titelgr. 01	Tit. 652 11
Kap. 16 02	neuer Titel	882 70

31. Einzelplan 36 - Zivile Verteidigung

Kapitel 36 04 - Maßnahmen der zivilen Verteidigung im Aufgabenbereich des Bundesministers des Innern einschl. Bundesamt für Zivilschutz

Titelgruppe 03 - Erweiterung des Katastrophenschutzes

Titel 425 42 (S. 27 ff.) - Vergütungen der Angestellten in Zentralwerkstätten

Titel 426 42 (S. 30 f.) - Löhne der Arbeiter in Zentralwerkstätten

In den Erläuterungen sind die Vollzugstermine (z. B. "mit Schluß des Hj. 1988") bei den kw-Vermerken zu streichen.

Begründung:

Durch die vom Bund einseitig gesetzten Vollzugstermine sollen die Länder gezwungen werden, die betreffenden, bisher vom Bund bezahlten Mitarbeiter in den Zentralwerkstätten der Länder jeweils bei Ablauf der Fristen auf freie Stellen in den Länderhaushalten zu übernehmen oder neue Stellen für sie schaffen.

Dieser Zwang seitens des Bundes entbehrt der Rechtsgrundlage; denn der Bund ist nach dem Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes vom 9. Juli 1968 (BGBl. I S. 776) verpflichtet, die Kosten für die o.a. Einrichtungen einschließlich der Personalkosten zu tragen. Diese Kostentragungspflicht umfaßt auch die "Abwicklungskosten" bei vom Bund veranlaßten Neuordnungs- und Stellenabbaumaßnahmen. Der Bund kann sich dieser finanziellen Verpflichtung nicht einseitig entziehen, indem er unabhängig vom tatsächlichen Freiwerden der Stellen von bestimmten Stichtagen an seine Zahlungen einstellt und die Länder zur Übernahme der Vergütung der betreffenden Bediensteten zwingt. Daher müssen die Länder darauf bestehen, daß die Termine bei den kw-Vermerken gestrichen werden.